

# JENSEITS DER **PREKARITÄT** ...

MATERIALIEN  
FÜR POLITISCHE  
BILDUNG UND  
LINKE POLITIK





# IMPRESSUM

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V.i.S.d.P.: ————— Martin ————— Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Redaktionsschluss: ————— Mai ————— 2015

Verfasserin: ————— Sabine ————— Vogel

Redaktionelle Bearbeitung: Britta Grell, Miriam Pieschke

Lektorat: ————— TEXT-ARBEIT, ————— Berlin

Gestaltung: [www.zersetzer.com](http://www.zersetzer.com) ||||| freie grafik

Druck: [hinkelsteindruck](http://hinkelsteindruck.com) | [www.hinkelstein-druck.de](http://www.hinkelstein-druck.de)

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

# INHALT

••• EINLEITUNG	4
1 PREKARITÄT – EINE BEGRIFFSBESTIMMUNG	6
2 VERSCHIEDENE DIMENSIONEN VON PREKARISIERUNG	8
2–1 PREKARISIERUNG DER ERWERBSARBEIT	8
2–2 KRISE DER REPRODUKTION UND DASEINSVORSORGE	11
2–3 DESINTEGRATION, ENTSOLIDARISIERUNG UND ENTDEMOKRATISIERUNG	13
3 VON DER KRISE DES FORDISMUS ZUR EUROKRISE – ÖKONOMISCHE HINTERGRÜNDE VON PREKARISIERUNG	15
4 «HABE ICH DENN KEIN RECHT AUF EINEN VERNÜNFTIGEN JOB?» – ENTWICKLUNG UND AUSWIRKUNGEN PREKÄRER ARBEIT	18
4–1 LEIHARBEIT UND ANDERE BEFRISTUNGEN	18
4–2 UNFREIWILLIGE TEILZEIT – VERTEILUNG VON ARBEITSZEIT	19
4–3 SOLO-SELBSTSTÄNDIGKEIT UND WERKVERTRÄGE	21
4–4 DISKRIMINIERUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT	22
5 «ERFAHRUNGEN, DIE VON WUT UND OHNMACHT BEFREIEN» – BEISPIELE VON ORGANISIERUNG UND GEGENWEHR	23
5–1 «MEHR VON UNS IST BESSER FÜR ALLE!» – ARBEITSKÄMPFE AN DER BERLINER CHARITÉ	24
5–2 KOTTI & CO.: «UNSER PROBLEM IST NICHT DIE SOZIALE MISCHUNG, SONDERN DIE ZU HOHE MIETE»	26
5–3 «WIR WOLLEN UNSER LEBEN ZURÜCK» – WIDERSTAND VON GEFLÜCHTETEN: DAS BEISPIEL «LAMPEDUSA IN HAMBURG»	28
6 (HERAUS-)FORDERUNGEN FÜR KÄMPFE GEGEN PREKARITÄT	31
••• LITERATUR	34

# EINLEITUNG

**Ob in Spanien** oder der Türkei, in den USA oder in Brasilien – weltweit wehren sich Menschen gegen die vielfältigen Zumutungen des Neoliberalismus. Die neuen Demokratiebewegungen haben neben Fragen der politischen Repräsentation auch prekäre Arbeitsverhältnisse und unsichere Lebensbedingungen auf die politische Tagesordnung gesetzt. Zeitstress, die Unmöglichkeit, das eigene Leben planen zu können, Verdrängung aus den Städten und wachsende Reproduktionslücken betreffen nicht mehr nur die vermeintlich «Abgehängten». Viele dieser Proteste werden von einem besser denn je ausgebildeten urbanen Prekariat getragen, einer Gruppe, der bisher kaum jemand ein Potenzial für selbstorganisierte Kämpfe zugetraut hätte. In der Parole «Ihr werdet Euch noch wünschen, wir wären politikverdrossen!», die immer wieder auf Demonstrationen auftaucht, kommt der auch hierzulande zunehmend formulierte Anspruch auf ein gutes Leben für alle zum Ausdruck.

Dennoch ist die Angst vor dem sozialen Abstieg im krisengeschüttelten Europa nach wie vor dominant – selbst im vergleichsweise noch wohlhabenden Deutschland. Die immer wieder von verschiedenen Seiten geschürte Vorstellung, prekär sei, wer ganz unten und ausgeschlossen von der Gesellschaft lebt, lenkt dabei von den realen Verhältnissen und Dynamiken ab. Prekarisierung trifft nämlich schon längst nicht mehr nur die «Ungelernten» und Schwachen. Verunsicherung und soziale Entsicherung sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen: durch umfassende Prekarisierungstendenzen in der Arbeitswelt, von denen auch Hochqualifizierte und «Stammebelegschaften» nicht gefeit sind, aber auch dadurch, dass das Leben in vielerlei Hinsicht immer teurer wird; siehe steigende Kosten für Miete, Energie- und Gesundheitsversorgung, den öffentlichen Nahverkehr und so weiter. Zugleich findet in immer mehr Bereichen ein Abbau von öffentlichen Sozial- und Dienstleistungen statt. Die Kosten hierfür werden zunehmend auf diejenigen abgewälzt, die dieser Angebote am meisten bedürfen.

Diese Broschüre thematisiert die Prekarisierung immer größer werdender Teile der Bevölkerung in Deutschland sowie deren Ursachen und Auswirkungen, um am Ende Vorschläge für Strategien und Forderungen zu unterbreiten, wie diesen Entwicklungen entgegengewirkt werden kann. Aufgrund des Umfangs

und der Verbreitung von prekarisierten Verhältnissen sowie der Komplexität des Themas ist es nicht möglich, im Detail auf die jeweiligen Hintergründe und Entwicklungen in allen Lebensbereichen einzugehen. Dargestellt werden vor allem die Tendenzen und Auswirkungen, die besonders augenfällig sind und die besonders viele Menschen betreffen. Dabei unterscheiden wir nach einer Begriffsbestimmung in Kapitel 1 zwischen drei verschiedenen Dimensionen von Prekarisierung: erstens der Prekarisierung im Bereich der Erwerbsarbeit, zweitens der Prekarisierung von Lebensverhältnissen, die in einem engen Zusammenhang mit einer Krise der Daseinsvorsorge und der Reproduktion steht, und drittens Prozessen der gesellschaftlichen Desintegration, Entsolidarisierung und Entdemokratisierung (Kapitel 2).

In Kapitel 3 wird auf wenigen Seiten versucht, zu erklären, wie es in den westlichen Industriestaaten zu dem kam, was heute in der Regel unter Prekarisierung verstanden wird. Zwar sind viele Verschlechterungen, mit denen derzeit Erwerbstätige sowie Erwerbslose in Deutschland zu kämpfen haben, eng mit der Umsetzung der sogenannten Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung unter der Führung von Gerhard Schröder verbunden. Die Entwicklung hin zu mehr individueller «Eigenverantwortung» und weniger sozialen Rechten begann jedoch schon in den 1970er Jahren, als die spezifische Form des Nachkriegskapitalismus, die in der Fachliteratur auch als Fordismus bezeichnet wird, in eine Krise geriet. Hinter der Entsicherung von Arbeits- und Lebensverhältnissen stehen vor allem Verwertungsinteressen des Kapitals, da damit Arbeitskosten gesenkt beziehungsweise Kosten zur Reproduktion der Arbeitskraft auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden können. Zudem wächst der Ausbeutungsgrad der Beschäftigten. Auch der Ausbruch der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise, die Eurokrise und die anschließenden Maßnahmen zur Bearbeitung der «Vielfachkrise» (Demirović u.a. 2011) müssen vor dem Hintergrund zunehmend aggressiver werdender Akkumulationsstrategien verschiedener Kapitalfraktionen betrachtet werden.

Wir haben in die Broschüre auch Beschreibungen und Eindrücke aus dem Alltag prekär arbeitender und lebender Menschen aufgenommen (Kapitel 4).

Sie veranschaulichen die subjektive Perspektive und geben einen Eindruck davon, was die Erfahrung, prekariert und zunehmend «überflüssig» für die Gesellschaft zu sein, mit Menschen macht. So berichten etwa Oskar, der als Leiharbeiter in der Automobilbranche tätig ist, Mia, die mit befristeten Verträgen seit Jahren als Lehrerin arbeitet, Christina, die Teilzeitverkäuferin, der solo-selbstständige IT-Experte Hans-Jörg und der nach einem Unfall schwerbehinderte Berthold von Entmutigungen, Ohnmachtsgefühlen und von ihrer Wut auf das System. Ihre Erfahrungen illustrieren: Prekarität ist «normal» geworden, wobei die immer schneller voranschreitende Ausbreitung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse die Haltung, dass sich doch eh nichts ändern lässt, oftmals befördert. Ergänzt wird dieses Kapitel durch Erläuterungen und Informationen zu Themen wie Leiharbeit, sogenannten Ich-AGs oder Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt.

Wie aktuelle Auseinandersetzungen zeigen, gibt es jedoch nicht nur Orientierungslosigkeit und Resignation, sondern auch eine Vielzahl ermutigender Beispiele von sozialen Kämpfen. Die Menschen lassen sich trotz weitverbreiteter Individualisierungstendenzen nicht alles gefallen, sondern kommen zusammen, weil sie ihre unsichere Situation und damit verbundene Zumutungen und Bedrohungen nicht länger tatenlos hinnehmen wollen. Sie wehren sich und setzen sich zusammen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen ein. Es zeigt sich auch, dass sich Organisations- und Protestformen zum Teil gewandelt haben und bisher häufig übersehene Akteure wie Frauen und MigrantInnen als die treibende Kraft auftreten. In Kapitel 5 werden einige dieser beeindruckenden Kämpfe und Organisationsformen kurz vorgestellt: der Arbeitskampf am Berliner Universitätskrankenhaus Charité, in dem es um die Beendigung des Pflegenotstands in deutschen Krankenhäusern geht; die Berliner Nachbarschafts- und Mietergemeinschaft Kotti & Co., die sich zusammen mit anderen seit Jahren für eine Rekommunalisierung der Wohnungspolitik einsetzt; und als Beispiel für die neue Refugee-Bewegung in Deutschland und die damit verbundenen Bündnisse die Kämpfe der Gruppe «Lampedusa in Hamburg» und die «Streikaktivitäten» von SchülerInnen, Auszubildenden und Studierenden. Auch dieses Kapitel

bietet Hintergrundinformationen, diesmal zu Themen wie Vermarktlichung und Privatisierung des Gesundheitswesens, Wohnungsnot oder die restriktive Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland.

Die Beispiele veranschaulichen die Bandbreite von aktuellen Konflikten sowie Kämpfen, die sich hierzulande gegen Prozesse der Prekarisierung richten. Aber sie können auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Organisation der davon Betroffenen in vielen Bereichen und an vielen Orten noch relativ schwach ist und es eine Reihe von Hindernissen gibt, die das Zusammenkommen von Prekarisierten erschweren. So gelingt es häufig nicht, gemeinsame Anknüpfungspunkte zu finden und gemeinsame Ziele zu formulieren.

In Kapitel 6 werden unter der Überschrift «(Heraus-)Forderungen für Kämpfe gegen Prekarität» daher eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie diese Hindernisse überwunden werden könnten. Den Abschluss des Kapitels bildet eine Liste, in der wichtige Forderungen an die Politik zusammengefasst sind. Sie formulieren die Mindestforderungen, die erfüllt werden müssten, um allgegenwärtigen Prekarisierungstendenzen in den verschiedenen Lebensbereichen tatsächlich entgegenzuwirken. Eine Ergänzung um Themen, Aspekte und Forderungen, die sich durch lokale Bedingungen und Auseinandersetzungen ergeben, ist ausdrücklich erwünscht, genauso wie Ansätze und Projektideen, die auf eine grundsätzlichere gesellschaftliche Transformation verweisen.

Viele der in dieser Broschüre zitierten Publikationen sind online frei zugänglich. Zu den jeweiligen Themenkomplexen haben wir eine Liste von Literaturtipps zusammengestellt, die einen Einstieg in bestimmte Fragestellungen, das heißt ein schnelles Nachschlagen und Nachlesen, erleichtern sollen. Ergänzend wird auf der Internetseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den nächsten Wochen und Monaten weiteres Material zur Verfügung gestellt werden, das für Bildungsarbeit zum Thema Prekarität genutzt werden kann, darunter eine Power-Point-Präsentation sowie methodische Anregungen und Hinweise. ●●●

# 1 PREKARITÄT – EINE BEGRIFFSBESTIMMUNG

## PREKÄR: UNFREIWILLIG IN UNSICHERHEIT

**Der Begriff** prekär stammt aus dem Lateinischen (*precarius*) und bedeutet zum einen «unsicher», zum anderen «wider Willen – unfreiwillig», aber auch «durch Bitten erlangt». Im römischen Recht gab es das *Prekarium*. Das war ein Stück Land, das ein Grundbesitzer einem Bauern überließ, allerdings nur auf unbestimmte Zeit. Der Eigentümer hatte das Recht, sein Land jederzeit zurückzufordern. Ein *Prekarium* nahmen nur diejenigen in Anspruch, die keine Aussicht auf eigenen Grundbesitz hatten. Die Situation der sogenannten Prekarier oder Prekaristen war also insofern von Ungewissheit und Willkür geprägt, als sie viel Zeit und Arbeit in das Land investierten, aber jederzeit damit rechnen mussten, alles wieder zu verlieren. Oftmals war dies aber der einzige Weg, um sich besserzustellen und freier leben zu können. Bis heute hat der Begriff im Wesentlichen seine Bedeutung beibehalten. Prekär zu sein heißt: unfreiwillig einer Situation ausgesetzt zu sein, die mit Planungsunsicherheit und einem niedrigen arbeitsrechtlichen oder staatsbürgerschaftlichen Status verbunden ist.

Besonders häufig ist daher von Prekarisierung die Rede, wenn es um die Zunahme von nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen geht. Heute verdienen etwa zehn Millionen Menschen in Deutschland Niedriglöhne (vgl. Kap. 2.1), und zahlreiche weitere Arbeitsformen sorgen für Unsicherheit: befristete Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeitarbeit (vor allem in Form von sogenannten Minijobs), Solo- und Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit, Werkverträge, Ein-Euro-Jobs oder andere öffentlich geförderte Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt, (dauerhafte) Scheinpraktika und undokumentierte Erwerbstätigkeit. Ihnen allen ist gemein, dass Arbeits- und Mitbestimmungsrechte hier gar nicht oder nur eingeschränkt gelten. Aber auch innerhalb eines «Normalarbeitsverhältnisses» – so die geläufige Bezeichnung für unbefristete, sozial und rechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse – kann es durch die generelle Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie durch die Verdichtung des Arbeitsalltags zu Erfahrungen mit Prekarisierung kommen: etwa dadurch, dass von Angestellten extrem viele Überstunden, eine ständige Erreichbarkeit oder besonders hohe Leistungen gefordert werden. Dieser Druck und die damit einhergehenden Ängste können zu Depressionen, Burn-out oder anderen Erkrankungen und damit zu einer unsicheren Lebenssituation führen. Immer mehr Beschäftigte leiden zudem unter einer mangelnden Wertschätzung ihrer Tätigkeit oder unter dem Verlust von Arbeitsqualität, wie etwa LeiharbeiterInnen, die in vielen Betrieben wie Beschäftigte zweiter Klasse behandelt werden, oder KrankenpflegerInnen, die trotz besten Willens keine Zeit mehr haben, sich angemessen um das Wohl ihrer PatientInnen zu kümmern.

Die folgende Definition von Klaus Dörre und Mitarbeitern erfasst sehr gut die verschiedenen Dimensionen von Prekarität mit Bezug auf die Erwerbsarbeit:

- Als prekär kann ein Erwerbsarbeitsverhältnis
- bezeichnet werden, wenn die Beschäftigten
- aufgrund ihrer Tätigkeit deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert und mehrheitlich anerkannt wird. Und prekär ist Erwerbsarbeit auch, sofern sie subjektiv mit Sinnverlusten, Anerkennungsdefiziten und Planungsunsicherheit in einem Ausmaß verbunden ist, das gesellschaftliche Standards deutlich zuungunsten der Beschäftigten korrigiert.

●●● Zit. nach Brinkmann u.a. 2006: 17

Es gerät aber häufig aus dem Blick, dass sich in Deutschland schon seit längerem allgemeine Tendenzen hin zu einer Prekarisierung der Lebensverhältnisse abzeichnen, die nicht allein aus gewandelten Beschäftigungsbedingungen herrühren. In prekären Lebenslagen befinden sich nämlich auch all jene, die aufgrund von enormen Preissteigerungen nur noch mit großen Anstrengungen die Miete oder ihre Stromrechnung bezahlen können; PatientInnen in Krankenhäusern, die nach einer Operation aus Kostengründen zu früh nach Hause geschickt werden; eine wachsende Zahl an RentnerInnen und Kindern, die in Armut lebt, oder Erwerbslose, die willkürlich vom Jobcenter sanktioniert werden, obwohl der Leistungssatz für Hartz IV ohnehin schon viel zu niedrig bemessen ist. Und nicht zu vergessen: Ein großer Teil der nach Deutschland Geflüchteten darf überhaupt keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, die meisten derjenigen, die es schaffen, hier Asyl zu beantragen, müssen unter menschenunwürdigen Verhältnissen in Sammelunterkünften leben, viele werden wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben, trotz der ihnen dort drohenden Gefahren.

In vielen Fällen bedingen sich prekäre Jobs und prekäre Lebensverhältnisse gegenseitig, oftmals verstärken sie sich noch. Wer beispielsweise von Niedriglöhnen leben muss, leidet besonders unter dem Abbau öffentlicher Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, weil sie oder er nicht auf private Angebote und Dienstleistungen ausweichen kann. Und häufig zwingen hohe Lebenskosten zur Aufnahme von prekären Jobs, oftmals von einem Zweit- oder Drittjob, oder zur Ableistung von Überstunden, um sich etwa die Miete der Wohnung in einer Nachbarschaft, in der man schon lange lebt und sozial gut vernetzt ist, weiterhin leisten zu können. Es gibt also sehr viele unterschiedliche Ausprägungen und Facetten von Prekarisierung, von denen in dieser Broschüre einige besonders prägnante und weitverbreitete dargestellt werden. Zweifelsohne sind diejenigen mit wenigen Ressourcen

und wenig nachgefragten beruflichen Qualifikationen von Prekarisierung vorrangig betroffen, aber auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft hat sich Verunsicherung breitgemacht und hat der Druck auf Einzelne und Familien zugenommen.

### WENN PREKARITÄT ZUM RANDPHÄNOMEN ERKLÄRT WIRD

In der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte sind verschiedene Definitionen von Prekarität im Umlauf. Bis vor Kurzem dominierten Ansätze, in denen Lebenslagen «jenseits der Erwerbsarbeit» unberücksichtigt blieben. Typisch ist weiterhin, prekäre Beschäftigung mit ganz bestimmten Arbeitsformen gleichzusetzen. In Arbeitsmarkt- und anderen offiziellen Statistiken etwa werden in der Regel nur «atypische Beschäftigungsverhältnisse» wie Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit (unter 20 Wochenstunden), befristete Beschäftigung oder Selbstständige (ohne Mitarbeiter) erfasst.

Ebenfalls recht verbreitet ist ein problematisches Verständnis von «den Prekären» als den Armen, die ganz unten und außerhalb der Gesellschaft stehen. Besonders hervorgetan hat sich mit der These von der «neuen Unterschicht» die SPD. 2006 griff der damalige Vorsitzende Kurt Beck Ergebnisse einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie auf, in der von einem «abgehängten Prekariat» in Deutschland die Rede war (vgl. Neugebauer 2007). Seitdem hat sich das Bild von einem «bildungsfernen» Milieu, das lieber Hartz IV kassiert, als einer Arbeit nachzugehen, sich nicht richtig um den zahlreichen Nachwuchs kümmert, den ganzen Tag vor dem Fernseher abhängt und sich vor allem von Fast Food ernährt, in der Öffentlichkeit festgesetzt. Damit wird jedoch der Blick auf die realen Verhältnisse und gegenwärtigen gesellschaftlichen Dynamiken versperrt. Es stimmt zwar, dass prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation erschweren (vgl. hierzu Kap. 2.3), trotzdem sind Prekarisierte keineswegs immer nur die Abgehängten oder sogenannte Außenseiter. Man denke nur an die vielen wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an den Universitäten, die sich über viele Jahre von einer befristeten Stellen zur nächsten hangeln oder unbezahlte Lehraufträge übernehmen, um ihre Aussicht auf eine Festanstellung zu verbessern. Oder an die vielen Selbstständigen im Kultur- und Medienbereich, die vor allem auf Projektbasis arbeiten und sich in der Regel keinerlei vernünftige Altersvorsorge leisten können. Und die in den letzten Jahren vor allem in den Großstädten stark gestiegenen Mieten und Lebenshaltungskosten, fehlende Kita-Plätze oder der gravierende Mangel an Pflegekräften machen ganz offensichtlich nicht nur «gesellschaftlichen Außenseitern» zu schaffen.

Das Problem der Prekarisierung auf nur wenige Bevölkerungsgruppen oder gar auf die «Unterschicht» zu beschränken, ist Teil des neoliberalen Diskurses. Mit dieser Engführung wird von der sich zuspitzenden sozialen Frage und den negativen Auswirkungen vieler Maßnahmen der letzten Jahrzehnte zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und zum Abbau des Sozialstaats, häufig auch «Reformen» genannt (vgl. hierzu vor allem Kap. 2.1), abgelenkt. Immer noch wird so getan, als käme es nur darauf an, die vielfältigen Möglichkeiten der Weiterqualifizierung und Selbstoptimierung wahrzunehmen, sich ausreichend anzustrengen und sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Damit bezweckt man eine Spaltung der Prekarisierten und trägt zu deren Stigmatisierung als defizitär, disziplinlos und arbeitsscheu bei. Dies führt dazu, dass kaum jemand zu denen «da unten» gehören will. «Jeder sehnt sich danach, [dem Prekariat] zu entfliehen, niemand will Teil davon sein» (Wacquant 2015: 10).

Zudem impliziert die Darstellung von Prekarität als einem Unterschichtenphänomen, dass diejenigen in der Mitte der Gesellschaft in stabilen Verhältnissen leben würden und nichts zu befürchten hätten.

Hierzu passt auch: Die Bundesregierung und die Wirtschaftslobby versuchen mit allen möglichen Mitteln, uns den Beschäftigungszuwachs der vergangenen Jahre in Deutschland als großartigen Erfolg und als Wohltat für alle zu verkaufen. Das Bild eines zufriedenen dreinschauenden jungen Industriearbeiters mit dem Slogan «So viele Menschen in Arbeit wie nie zuvor – Danke, Deutschland.» (vgl. Abb. 1) ist Teil dieser Propaganda von der heilen und sauberen Arbeitswelt. Das Foto gehörte zu einer Kampagne des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, die 350.000 Euro an Steuergeldern verschlang, und war vor wenigen Jahren überall in Zeitungen, Zeitschriften und auf Plakatwänden im öffentlichen Raum zu sehen (vgl. Hermann 2012).



Abb. 1: Anzeigenkampagne «Danke Deutschland» des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

Dass zwei Drittel der seit Beginn der Krise in Deutschland geschaffenen Stellen prekär sind (vgl. Schulten/Schulze-Buschhoff 2015), wird in dieser Erfolgsstory gern verschwiegen, genauso wie die gezielte Deklassierung von ArbeitnehmerInnen durch die sogenannte Agenda 2010, dauerhafte Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, Einbußen beim Realeinkommen und sinkende soziale Standards. Darüber hinaus haben verschiedene Regierungskoalitionen in den letzten Jahrzehnten mit zahlreichen Gesetzesinitiativen bewusst eine Umverteilung von unten nach oben befördert, mit dem Ergebnis, dass gerade in Deutschland die soziale Polarisierung der Gesellschaft außerordentlich zugenommen hat (vgl. hierzu Wehler 2013; Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 2014). Einerseits hat es noch nie so viel Privatvermögen in Deutschland gegeben, andererseits gilt mittlerweile jeder zehnte Erwachsene als überschuldet und hat im Durchschnitt über 30.000 Euro Schulden (Rosenbrock 2014: 2). Auf die allgemeinen, teilweise bis in die 1970er Jahre zurückreichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen und Hintergründe um sich greifender prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse wird in Kapitel 3 näher eingegangen. Die staatlichen Maßnahmen und Gesetze, die aktuell eine Ausbreitung prekärer Lebenslagen forcieren, werden vor allem in Kapitel 4 und 5 thematisiert.

## ●●● LESETIPP

*Mehr als prekär**Zeitschrift LuXemburg 1/2015**www.zeitschrift-luxemburg.de/mehr-als-prekaer-luxemburg-1-2015*

## 2 VERSCHIEDENE DIMENSIONEN VON PREKARISIERUNG

«**Prekarität ist überall.**» Diese Einschätzung stammt von dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu, der sich schon in den 1990er Jahren ausführlich mit dem Wandel der Erwerbsgesellschaft und dem Auseinanderfallen der «sozialen Mitte» befasst hat, zu einer Zeit, in der Prekarisierung in der sozialwissenschaftlichen und politischen Debatte in Deutschland noch kaum eine Rolle spielte. Bourdieu (1998: 100) thematisierte Prekarisierung als «Teil einer neuartigen Herrschaftsform, die auf die Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmenden zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen». Auch andere sprechen von Prekarisierung als einem weitreichenden «Macht- und Kontrollsystem» (vgl. z.B. Pelizzari 2012: 74).

Mit dieser soziologischen Lesart von Prekarität wird hervorgehoben, dass Strategien, die auf mehr Flexibilisierung, Mobilität, Eigeninitiative, Selbstverantwortung und auf eine allgemeine Entsicherung setzen, bereits tief in die Kernbereiche der Arbeits- und Sozialwelt eingedrungen sind und dort ihre disziplinierende Wirkungen entfalten. Von diesen neuen Leitbildern sozialer und wirtschaftlicher Organisation sind also nicht nur Menschen mit geringem Einkommen, Erwerbslose oder die wachsende Gruppe der heute schon prekär Beschäftigten betroffen, sondern auch all jene um die Prekären herum, die vermeintlich Abgesicherten, die Stammkräfte in den Verwaltungen, Unternehmen und Betrieben (vgl. Candeias/Völpel 2014: 11 ff.). Diese bekommen vorgeführt, dass sie ersetzbar sind. Nicht nur werden immer mehr (gute) Stellen abgebaut oder zunehmend von Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen sowie mit weniger Rechten und Ansprüchen ersetzt. Eine zunehmende Unsicherheit resultiert auch aus dem vom Finanzmarktkapitalismus vorangetriebenen wirtschaftlichen Strukturwandel (vgl. hierzu Dörre 2008 und Kap. 3) und nicht zuletzt aus dem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Die Angst davor, nach einer Entlassung «in Hartz IV zu landen» und dort nicht wieder herauszukommen, treibt nicht nur ältere ArbeitnehmerInnen um, sondern quält auch Jüngere. Zwar ist die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland deutlicher geringer als etwa in Griechenland, Spanien oder Italien, aber auch hier haben viele der «Generation Praktikum» bereits zahlreiche prägende Erfahrungen mit prekärer Beschäftigung und verschiedenen Formen der Selbstausbeutung gemacht (vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2014a und 2014b).

Dementsprechend gehen wir im Folgenden zunächst auf die Ausbreitung von prekarierten Arbeitsverhältnissen ein und auf die Bedeutung, die das Kernstück der Agenda 2010 – die Umstrukturierung des Systems der Sozialhilfe und der Arbeitslosenunterstützung, kurz: die Durchsetzung des Hartz-IV-Regimes – in diesem Prozess hat(te). In einem zweiten Schritt werden die Entwicklungen erläutert, die sich unter dem Schlagwort «Krise der Reproduktion» zusammenfassen lassen. Damit ist gemeint, dass im derzeitigen kapitalistischen System die Vereinbarung von Lohn- und Sorgearbeit, sei es für Kinder, kranke oder gebrechliche Angehörige, für die meisten immer schwieriger wird, unter anderem auch deswegen, weil vielerorts öffentliche Dienstleistungen und

Institutionen, die eine Stütze sein könnten, zurückgefahren oder privatisiert werden. Unter der zunehmenden Privatisierung der Daseinsvorsorge, die mit politischen Entscheidungen etwa zur Einführung einer Schuldenbremse noch weiter vorangetrieben wird, leiden vor allem Einkommensschwache und die bereits «Benachteiligten». Die dritte Dimension von Prekarisierung, die häufig vergessen wird, sind ihre langfristigen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Miteinander. Denn die hier angesprochenen Veränderungen der Lebens- und Arbeitswelt haben nicht nur weitreichende individuelle und biografische Konsequenzen. Vielmehr werfen sie grundlegende Fragen nach zukünftigen Formen des sozialen Zusammenhalts und demokratischer Teilhabe auf.

### 2—1 PREKARISIERUNG DER ERWERBSARBEIT

Die Diagnose von einer Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse ist sowohl historisch als auch räumlich/geografisch eingebettet. Denn: «Jede aktuelle Kritik an einer Prekarisierung von Erwerbsarbeit muss sich damit auseinandersetzen, dass sie einen für Teile der Erwerbsbevölkerung längst bekannten Umstand problematisiert» (Jürgens 2011: 379). Das heißt: Die Rede davon, Prekarität sei allgegenwärtig oder zur gar zur Normalität geworden (vgl. z.B. Candeias/Veth 2007), bedarf einiger Erläuterungen. Der Referenzrahmen ist in der Regel das «goldene Zeitalter» des Wohlfahrtsstaates und der annähernden Vollbeschäftigung, mit Bezug auf die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten häufig auch die Phase des Fordismus genannt (vgl. hierzu Kap. 3). Zumindest in weiten Teilen Europas war es in den Nachkriegsjahren des 20. Jahrhunderts gelungen, Armut zurückzudrängen, und es schien auch die soziale Frage, die Frage der politischen und sozialen Teilhabe der besitzlosen Massen von Arbeitenden, zumindest vorübergehend gelöst zu sein. «Die Lösung lag in der «Einhegung des Marktes» (Castel 2005: 133) durch Schritte der gesellschaftlichen Demokratisierung, der Anerkennung von Gewerkschaften, von Tarifverträgen» sowie dem Ausbau sozialstaatlicher Leistungen (Reitzig 2010: 1).

Aber auch in dieser Phase des allgemeinen Wirtschaftswachstums und der zunehmenden Prosperität – darauf haben insbesondere feministische Analysen hingewiesen – gab es weltweit und selbst in der Bundesrepublik immer auch Bevölkerungsgruppen, die von diversen Segnungen des Wohlfahrtsstaats und eines tariflich abgesicherten «Normalarbeitsverhältnisses» ausgeschlossen blieben. In Westdeutschland waren es vor allem Menschen ohne formalen Schulabschluss, sogenannte Ungelernte, viele ArbeitsmigrantInnen und Frauen. Trotz einer stetigen Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen (die in Ostdeutschland schon immer höher lag als im Westen; vgl. hierzu Holst/

## ●●● LESETIPP

*Hans-Böckler-Stiftung 2014: Atypisch ist fast normal.**Minijobs und Co. bleiben weit verbreitet: Fast jeder zweite**Job ist kein Normalarbeitsverhältnis, Düsseldorf*



Wieber 2014) und ihrer gesteigerten beruflichen Qualifikationen verdienen diese durchschnittlich noch immer deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen und gehen – teils gewollt, teils ungewollt – häufig nur einer geringfügigen Beschäftigung nach.

● **Prekarisierung von Erwerbsarbeit bedeutet also etwas Unterschiedliches. Ist sie für die einen die Fortsetzung oder Verschärfung einer fragilen arbeitsvertraglichen Situation, bedeutet sie für andere den Verlust von Sicherheitsstandards, auf die man bislang den Lebensalltag und Zukunftsplanungen ausgerichtet hatte.**

●●● Jürgens 2011: 380

**AUSBREITUNG PREKÄRER BESCHÄFTIGUNG** Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Voraussetzungen lassen sich verschiedene Entwicklungen festhalten, die sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht einen Wandel in den Arbeitsverhältnissen anzeigen. Am leichtesten lassen sich Veränderungen dokumentieren, die den formalen Beschäftigungsstatus betreffen.

Besonders aufschlussreich sind in dieser Hinsicht die Antworten des Bundesarbeitsministeriums auf zwei Anfragen der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom März und April 2015 (vgl. Bundesregierung 2014a u. 2014b). Das Ergebnis: Immer mehr ArbeitnehmerInnen in Deutschland verdienen ihren Lebensunterhalt inzwischen mit zeitlich befristeten oder unsicheren Jobs. Die Zahl der von «atypischer Beschäftigung» Betroffenen ist innerhalb der letzten 20 Jahre (von 1993 bis 2013) von 4,4 auf 7,6 Millionen gestiegen, das heißt um ganze 70 Prozent. Parallel dazu ist der Anteil der «Normalarbeitsverhältnisse» um knapp 10 Prozentpunkte (von 76,8 auf 67,5 Prozent) gesunken. Hatten 1993 noch 25,9 Millionen ArbeitnehmerInnen einen unbefristeten Vertrag über mindestens 21

### ●●● LESETIPP

*Deutscher Gewerkschaftsbund 2012: Prekäre Beschäftigung – Herausforderung für die Gewerkschaften. Anregungen und Vorschläge für die gewerkschaftliche Diskussion, Berlin*

Wochenstunden mit voller sozialer Absicherung, waren es 2005 nur noch 22,1 Millionen (vgl. hierzu auch Abb. 3). In diesem Jahr trat die sogenannte Hartz-IV-Reform in Kraft, auf die später noch näher eingegangen wird. Auffällig ist: Besonders stark ging die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen zurück. Zwischen 2001 und 2014 fiel die Vollzeitquote hier von 55 auf 40 Prozent. Offensichtlich haben sich die Rahmenbedingungen für «weibliche Berufskarrieren» – trotz vielfacher Versprechungen der Politik, die Vereinbarkeit von Job und Familie erleichtern zu wollen – in den letzten Jahren tendenziell eher verschlechtert. «Zuwachs» bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Sabine Zimmermann, «finde vor allem in Branchen mit geringen Verdiensten statt» (zit. nach: neues deutschland, 2.3.2015)

Eine umfangreiche Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WISO) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ist zu einem ähnlich alarmierenden Befund gekommen: In Deutschland waren demnach im Jahr 2014 fast 40 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Teilzeit, Leiharbeitsverhältnissen oder Minijobs tätig. Insbesondere die Zahl der Teilzeit- und LeiharbeiterInnen hat zugenommen (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2015a). Gerade viele Jüngere, so die Einschätzung von Arbeitsmarktexperten, würden unbefristete Vollzeitstellen nur noch aus Erzählungen kennen (zit. nach: dpa, 21.4.2015).

Dass der Abbau von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten gleichbedeutend ist mit einem wachsenden Armutsrisiko, das verdeutlichen folgende Zahlen: 1,3 Millionen Menschen waren 2013 trotz Erwerbsarbeit von Aufstockungen durch das Jobcenter abhängig. Das heißt, sie mussten zusätzlich zu ihrem Gehalt staatliche Unterstützung beantragen, um über die Runden zu kommen. Niedrige Löhne von Unternehmen werden auf diese Weise schon viele Jahre durch den Staat subventioniert. Mittlerweile arbeitet fast jede/r Vierte im Niedriglohnbereich, darunter keineswegs nur Geringqualifizierte. Immerhin haben 11 Prozent von ihnen einen Hochschulabschluss (vgl. Butterwegge 2013). Damit hat Deutschland mit einem der größten Niedriglohnsektoren in Europa. Eng verbunden damit ist das stetige Wachstum der Lohnungleichheit seit 1990 (vgl. Rhein 2013). Mit den Arbeitsmarktreformen, die in Deutschland im Zusammenhang mit der Agenda 2010 durchgeführt wurden, hat sich dieser Trend noch weiter verfestigt.

Abb. 2: Verteilung prekärer Arbeitsverhältnisse nach Geschlecht

Was	Frauen	Männer
Erwerbstätigkeit der 20- bis 64-Jährigen (2012)	71,5 %	81,8 %
Anteil Befristungen (2012)	8,8 %	6,3 %
Anteil an Minijobs (Juni 2013)	62,2%	37,8 %
Teilzeitanteil an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (Juni 2013)	44,9 %	9,9 %
Anteil mit Wochenendarbeit (2012)	26,2 %	22,0 %
Niedriglohnanteil an Erwerbstätigen (2011: weniger als 9,14 €/h; Niedriglohnschwelle des IAQ)	29,6 %	18,6 %
Anteil an Erwerbstätigen in Hartz IV (Aufstocker)	54,5 %	45,5 %
Gender Pay Gap (Unterschied Bruttostundenverdienst Männer – Frauen (2012))	22,0 %	

## VERNICHTUNG VON VOLLZEITJOBS 2000 – 2013

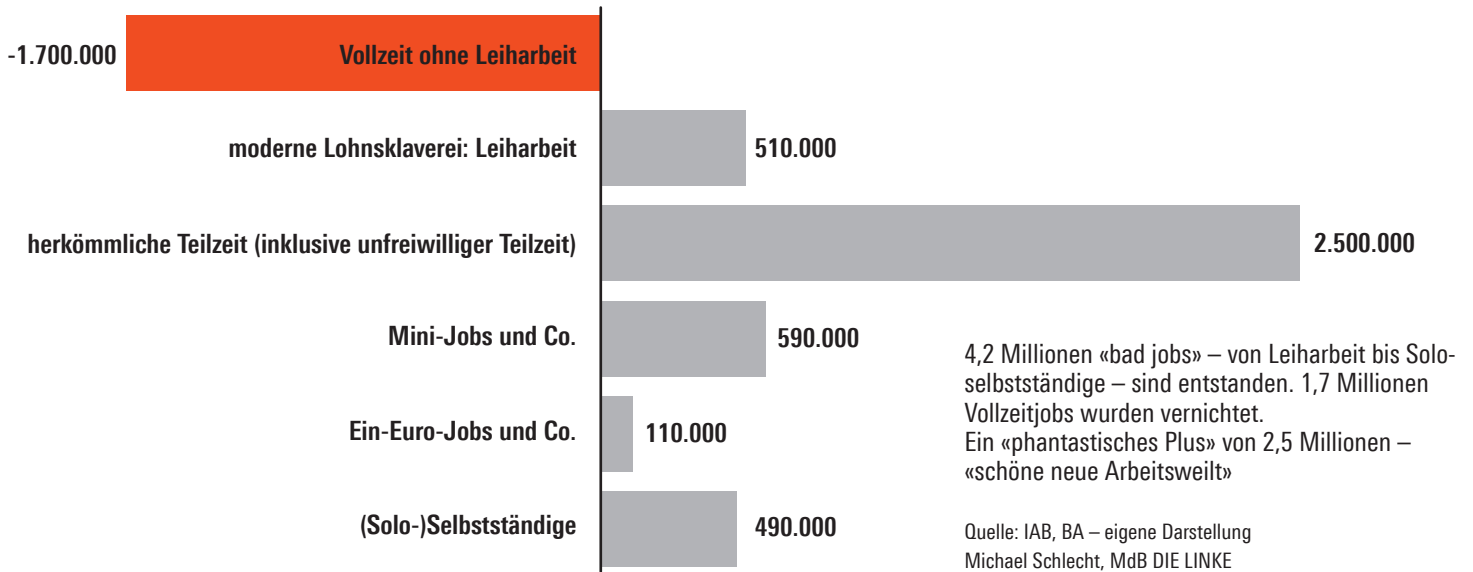


Abb. 3: Rückgang von Vollzeitstellen in Deutschland zwischen 2000 und 2013

«**HARTZ IV IST ARMUT PER GESETZ**» Die oben beschriebenen Entwicklungen, die im wiedervereinigten Deutschland bereits in den 1990er Jahren einsetzen, sind nicht zuletzt auf eine geschwächte Verhandlungsposition der Gewerkschaften zurückzuführen. Diese war nicht nur die Folge extrem hoher Arbeitslosigkeit in den Nachwendejahren, sinkender Mitgliedszahlen sowie abnehmender Tarifbindung (sie sank zwischen 1998 und 2013 in Westdeutschland auf 60 Prozent, in Ostdeutschland gar auf 47 Prozent), sondern auch Ergebnis der von der rot-grünen Regierungskoalition zwischen 2003 und 2005 durchgesetzten Agenda 2010, ein Programm zum Umbau des deutschen Sozialsystems und zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, wobei die «Hartz-Reformen» am wirkmächtigsten und besonders umstritten waren. Offiziell lautet ihre Bezeichnung «Gesetze 1 bis 4 für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt» (vgl. ausführlicher zu den Auswirkungen dieser Gesetze Butterwegge 2015, Dörre 2014 und Knuth 2014).

Am 1. Januar 2005 trat mit der Einführung des Zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) die vierte Stufe des Pakets in Kraft, in dessen Zentrum die Einführung des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe stand. Lag die Lohnersatzrate der Arbeitslosenhilfe noch bei 53 Prozent des früheren Lohneinkommens, wurde die Höhe der neuen Leistung Hartz IV auf das Niveau der Sozialhilfe abgesenkt. Zugleich ist die Bezugsdauer des regulären Arbeitslosengeldes (heute: Arbeitslosengeld I) deutlich verkürzt worden, sodass nach einem Jahr Arbeitslosigkeit nicht länger ein an dem früheren Erwerbseinkommen orientierter Lebensstandard, sondern lediglich ein Existenzminimum garantiert wird.

Die Erfinder des Hartz-IV-Regimes brüsten sich damit, dass der ihm zugrunde liegende Aktivierungsansatz erfolgreich war. Das viel zitierte Motto «Fördern und Fordern» macht deutlich, was als Ursache von Langzeitarbeitslosigkeit betrachtet wird: nicht die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes, sondern die mangelnde Motivation und das individuelle Versagen von Erwerbslosen. Zu viel Sicherheit in Form von zum Leben ausreichenden Sozialleistungen gilt in diesem neoliberalen Denken als Fehlanreiz für die Aufnahme einer Beschäfti-

● Die Höhe der Leistung für eine alleinstehende Person (391 Euro Regelsatz<sup>1</sup> zuzüglich Unterkunftskosten) liegt damit deutlich unterhalb der offiziellen Armutsschwelle von 979 Euro. Die plakative Parole «Hartz IV ist Armut per Gesetz» entspricht damit leider der Realität. Hartz-IV-Empfänger sind verpflichtet jede zumutbare Arbeit anzunehmen. Dabei wird keine Rücksicht auf Berufserfahrung und Qualifikation des Arbeitssuchenden oder die Höhe der Entlohnung genommen. Löhne, die ein Drittel unterhalb des tariflichen Niveaus liegen, müssen akzeptiert werden. Die Kombination der beiden Elemente – Arbeitslosenunterstützung auf Sozialhilfeniveau für langjährige Beschäftigte und Zwang zur Annahme fast jeden Arbeitsangebotes – ist das zentrale Druckmittel gegen alle Lohnabhängigen.

●● Niggemeyer 2015: 1

gung. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte dementsprechend 2003 bei der Ankündigung der Agenda 2010 im Bundestag erklärt: «Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem abfordern müssen. Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Beschäftigte, freiberuflich Tätige und auch Rentner» (Plenarprotokoll des Bundestages 15/32). In Wirklichkeit wurden die Unternehmen entlastet, während sich Erwerbslose seitdem mit verstärkter Armut, Ausgrenzung und einem Sonderrechtssystem konfrontiert sehen (vgl. Kipping u.a. 2014a).

Zuständig für die «Aktivierung» von derzeit etwa sechs Millionen Hartz-IV-EmpfängerInnen sind die Jobcenter. Inzwischen landet jede/r vierte Erwerbslose direkt im Hartz-IV-System (ebd.). Wer diese Form der Fürsorge erhält, kann seit Januar 2005 von staatlicher Seite dazu gezwungen werden, fast jeden prekären Job anzunehmen. Hartz-IV-EmpfängerInnen müssen sich vertraglich verpflichten, allen Vermittlungsvorschlägen nachzugehen, wenn die Aussicht auf den Abschluss eines wie auch immer gearteten Arbeitsverhältnisses

### ●●● LESETIPP

Butterwegge, Christoph 2013: *Gerhard Schröders Agenda 2010. Zehn Jahre unsoziale Politik*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2015: 399 Euro für Alleinstehende.

besteht. Wird diesen nicht nachgekommen oder wird eine andere Auflage nicht erfüllt, droht eine Sanktionierung. Im Regelfall erfolgt diese für einen Zeitraum von drei Monaten. Bei mehrmaligen Verstößen erhöht sich der Betrag, der einbehalten werden kann. Besonders häufig werden junge Arbeitslose für ihr vermeintliches Fehlverhalten bestraft. Inge Hannemann zufolge, der als «Whistleblowerin» bekannt gewordenen Jobcenter-Mitarbeiterin aus Hamburg, gibt es Zielvorgaben, wie viele Menschen zu vermitteln sind. Die müssten aus den Arbeitslosenstatistiken verschwinden. Ob mithilfe von teuren Maßnahmen, die wenig helfen, oder durch Vermittlung in schlechte und kurzfristige Jobs, sei dabei mehr oder minder egal. Anhand der Sanktionsraten werde ein Ranking der Jobcenter erstellt. Zwar sei noch keines wegen einer besonders hohen Sanktionsquote ausgezeichnet worden, aber diese spiele bei der Beförderung der Angestellten eine entscheidende Rolle (vgl. Hannemann 2013). Infolge von immer mehr Klagen hat das Bundessozialgericht die Jobcenter hinsichtlich ihrer Sanktionsmöglichkeiten jedoch inzwischen in die Schranken verwiesen und entschieden, dass die Kürzungen 30 Prozent des Hartz-IV-Satzes nicht überschreiten dürfen. Aus einer Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der LINKEN geht zudem hervor, dass nicht wenige der verhängten Sanktionen wohl aus reiner Willkür erfolgen. Nach den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit wurden im Jahr mehr als eine Million Leistungskürzungen gegen Hartz-IV-BerberInnen verhängt, über 60.000 Betroffene legten dagegen Widerspruch ein. Über 22.000 dieser Widersprüche wurden 2013 vollständig oder teilweise zugunsten der Betroffenen entschieden (vgl. zum Sanktionsregime Kipping u.a. 2014b).

**DIE AGENDA 2010 – EINE ERFOLGSGESCHICHTE?** Mehr als zehn Jahre nach Inkrafttreten des Kernstücks der Agenda 2010 – der sogenannten Hartz-IV-Reform – kann folgende Bilanz gezogen werden: Zum einen genügt das neu geschaffene System zur Unterstützung von Bedürftigen und Erwerbslosen den normativen Ansprüchen einer rechtlich fundierten sozialen Grundversicherung nicht. Es wirkt sich vielmehr armutsverschärfend aus. Die Armutsquote unter Erwerbslosen hat massiv zugenommen. Galt vor der Einführung von Hartz IV noch die Hälfte aller Erwerbslosen als arm, so sind es heute fast 60 Prozent (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut 2014: 623). Dies schlägt sich auch auf ihren Gesundheitszustand nieder. Mehr als 40 Prozent aller Hartz-IV-EmpfängerInnen klagen über schwerwiegende krankheitsbedingte Beeinträchtigungen (vgl. Eggs u.a. 2014).

Zum anderen wurden aber noch nicht einmal die von den politisch Verantwortlichen und ihren einflussreichen Beratern (wie zum Beispiel der Bertelsmann Stiftung) selbst vorgegebenen Zielsetzungen erreicht. Hierzu gehörte das Versprechen, sich besser um die besonders schwer Vermittelbaren zu kümmern und mit Hartz IV die Langzeitarbeitslosigkeit zurückzudrängen. Zwar ist nach der Einführung der Hartz-Reformen die offizielle Zahl der Erwerbslosen deutlich gesunken, aber wirklich mehr Beschäftigung wurde nicht geschaffen. Das Gesamtvolumen der Arbeitsstunden ist im Vergleich zum Jahr 2000 nahezu konstant geblieben (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2014b). Ein Großteil der beschäftigungspolitischen Zuwächse geht, wie bereits dargestellt, auf eine Zunahme prekärer und schlecht entlohnter Arbeitsverhältnisse zurück. Damit scheint das eigentliche Ziel der Hartz-Reformen – die Ausweitung des Niedriglohnssektors in Deutschland – erreicht zu sein. Arbeitslose werden seit der Umsetzung der Hartz-Gesetze vielerorts bevorzugt in Leiharbeit vermittelt (vgl. hierzu Kap. 4.1). Zudem sind die Arbeitslosenstatistiken inzwischen geschönt: Alle Mini- und Ein-Euro-JobberInnen werden nicht mehr mitgezählt, genauso wenig Erwerbslose, die über

58 Jahre alt sind und mindestens ein Jahr kein Jobangebot bekommen haben, sich in Weiterbildung befinden und erkrankt sind. Würde man diese in der Berechnung belassen, so gäbe es statt der offiziellen Zahl von 2,7 Millionen Arbeitslosen tatsächlich 3,5 Millionen (vgl. DIE LINKE 2015). Damit schnitte Deutschland im internationalen Vergleich wesentlich schlechter ab.

Hinzu kommt, dass sich Langzeitarbeitslosigkeit in den letzten Jahren eher verfestigt hat. Über 80 Prozent aller erwerbsfähigen Hartz-IV-EmpfängerInnen befinden sich länger als zwei Jahre im Leistungsbezug, bei fast der Hälfte sind es vier Jahre (vgl. Institut für Arbeit und Qualifikation 2015). Damit fallen die Vermittlungsergebnisse des Hartz-IV-Regimes, das anderen europäischen Ländern unterdessen sogar als großes Vorbild – etwa zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – dient und mancherorts regelrecht aufgezwungen wird, hinter dem viel kritisierten alten Vorgängersystem der Grundsicherung und Arbeitslosenunterstützung zurück.

Viele der Erwerbslosen und unsicher Beschäftigten müssen sich zudem im Rentenalter auf Altersarmut einstellen (vgl. Reiner 2013). Das Modell der paritätischen (= gleichwertigen) Rente wurde ersetzt durch das «Drei-Säulen-Modell»: Die gesetzliche Rente, die von den Beschäftigten und den Unternehmen anteilig finanziert wird, sollte durch eine private Altersvorsorge ergänzt werden. Allerdings entfallen damit immer größere Lasten auf die abhängig Beschäftigten, während der Rentenbeitrag der Unternehmen gesenkt wurde. Auch die Einführung der staatlich subventionierten «Riesterrente» erweist sich vielfach als Mogelpackung beziehungsweise als ein Geschenk an die Finanz- und Versicherungsindustrie. Die Verwaltungskosten sind so hoch und die Renditen vor allem für Geringverdienende so gering, dass sich die Investitionen für viele wohl niemals auszahlen werden. Aber auch Erwerbstätige mit mittleren Einkommen werden nur schwer über das Grundsicherungsniveau hinauskommen. Das Rentenniveau ist drastisch gesenkt worden: Betrug es 2005 nach 40 Beitragsjahren noch 53 Prozent, so soll es bis 2030, wenn die Baby-Boomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden wird, auf 43 Prozent fallen.

Abb. 4: Drohende Altersarmut

bei einem Monatslohn von	bei Rentenniveau von		
	bis 2005 53 %	heute 48,9 %	2030 43 %
2.000 €	767 €	708 €	623 €
3.000 €	1.151 €	1.062 €	934 €
4.000 €	1.535 €	1.416 €	1.245 €
5.000 €	1.918 €	1.770 €	1.556 €

Tabelle nach Berechnungen von Ingo Schäfer

## 2—2 KRISE DER REPRODUKTION UND DASEINSVORSORGE

Die Agenda 2010 sowie der Umbau des Rentensystems stehen beispielhaft für einen Transformationsprozess des fordistischen Sozialstaates, in dem nicht nur klassenbedingte und geschlechterspezifische Ungleichheiten neu forciert werden, sondern durch den sich auch mittel- und langfristig die «Krise der Reproduktion» (vgl. hierzu Winker 2015 sowie Fried/Dück 2015) weiter zuspitzen droht.

Die grundlegende Strategie, die bis zum Ausbruch der «Vielfachkrise» vor ein einigen Jahren zentral geblieben ist, ist der wettbewerbsstaatliche Umbau nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche und staatlichen Aufgaben. Das betrifft in unterschiedlichem Ausmaß auch traditionelle Felder der Wohlfahrtsproduktion und öffentlichen Daseinsvorsorge. Unter Daseinsvorsorge versteht

### LESETIPP

Reiner, Sabine 2013: »Alte kassieren! Junge zahlen nur drauf!« – Mythen und Fakten zur Rentenpolitik, unter Mitarbeit von Ingo Schäfer, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente 7, Berlin

- Der in der Hochphase des neoliberalen Projekts
- vollzogene Paradigmenwechsel in der Sozial-
- politik lässt sich folgendermaßen beschreiben:

Es geht darum, bei der Absicherung von Lebensrisiken (Alter, Verlust des Arbeitsplatzes, Krankheit etc.) und bei Care-Aufgaben (gemeint ist damit die Gesamtheit der familiären Sorge- und Erziehungsarbeit sowie der Betreuungstätigkeiten in Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Alters- und Pflegeheimen) ehemals staatliche beziehungsweise kollektive Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten (wieder) verstärkt auf die Individuen und privaten Haushalte abzuwälzen beziehungsweise zu einer Frage der persönlichen Zahlungsbereitschaft und vor allem der Zahlungsfähigkeit zu machen.

man Dienstleistungen der Kommunen, an deren Erbringung ein allgemeines öffentliches Interesse besteht. Es ist ein Tätigkeitsbereich mit einem seit dem 19. Jahrhundert historisch gewachsenen Inhalt. Hierzu zählen etwa das Gesundheits- und Bildungswesen, heute auch das System der Alten- und Kinderbetreuung oder die Bereitstellung zentraler Infrastrukturleistungen wie der öffentliche Personennahverkehr, die Müllbeseitigung oder die Versorgung mit Energie oder Wohnraum. Es kam in Deutschland seit den 1990er Jahren zu deutlichen Kürzungen bei den staatlichen Investitionen in die Daseinsvorsorge und in die soziale Infrastruktur. Insgesamt wird der Investitionsstau, mit dem der Durchschnitt aller OECD-Staaten zu erreichen wäre, auf rund 90 Milliarden Euro jährlich geschätzt (vgl. Payandeh 2015). Der Anteil öffentlicher Investitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stagniert bei rund zwei Prozent und ist damit nur etwa halb so hoch wie in den USA, in Japan oder in Frankreich (ebd.).

### DEUTSCHLANDS KOMMUNEN STEHEN UNTER DRUCK UND ZEHREN VON DER SUBSTANZ

Seit 2003 fallen die öffentlichen Investitionen auf kommunaler Ebene, die als Gegengewicht zu allgemeinen Prekarisierungstendenzen besonders wichtig wären, sogar geringer als die Abschreibungen aus, wobei sich finanzstarke und finanzschwache Städte immer mehr auseinanderentwickeln (Paritätischer Wohlfahrtsverband 2015): Immer mehr Kommunen in Deutschland sind hochgradig verschuldet und wirtschaften am absoluten Limit. Gerade die finanzschwachen Kommunen haben ihre Angebote bereits auf das gesetzliche Minimum reduziert. Das bekommen die Menschen in den ärmeren Regionen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland deutlich zu spüren: Schulen und der öffentliche Raum wie Straßen, Plätze und Grünanlagen sind vernachlässigt worden. Programme wie der soziale Wohnungsbau wurden schon vor längerer Zeit ganz eingestellt. Dies zeigt sich heute zum Teil in erheblichen Versorgungsengpässen und -lücken, insbesondere in beliebten Ballungszentren wie Berlin, Frankfurt am Main oder München und in vielen mittleren und kleineren Universitätsstädten. Hier fehlen Hunderttausende an bezahlbaren Mietwohnungen (vgl. hierzu auch Kap. 5.2).

In zahlreichen deutschen Bundesländern, Städten und Gemeinden entschieden sich die politisch Verantwortlichen, dem angelsächsischen Vorbild und dem Druck der EU-Binnenmarkts- und Wettbewerbspolitik folgend, gar für die Privatisierung wesentlicher kommunaler Aufgaben und Güter. Sie veräußerten reihenweise Krankenhäuser und kommunale Wohnungsbestände, privatisierten ihre Feuerwehr, Bahnstrecken, Verkehrs- und Energieunternehmen oder Stadtwerke, die heute zum Teil wieder mühsam rekommunalisiert werden (vgl. Klein 2007; Matecki/Schulten 2013). Häufig waren diese Eigentümerwechsel mit umfangreichen Entlassungen, einer Senkung der Löhne der übrig gebliebenen Beschäftigten und einer Verteuerung der Leistungen verbunden. Wer den Rückzug des Staates und die «Schrumpfung des Öffentlichen» betrieb, konnte jedoch bis vor Kurzem des Beifalls von Wirtschaftsredaktionen, etablierten Ökonomieprofessoren und unternehmensfinanzierten Stiftungen sicher sein.

Privatisierung und Modernisierung wurden zu Synonymen. Die BürgerInnen mutierten vielfach zu KundInnen. Diejenigen, die über ausreichend Geld verfügen, konnten sich als die einstweiligen GewinnerInnen fühlen; die anderen, denen es an Einkommen und Vermögen mangelt, hatten dagegen das Nachsehen. Auch bei freiwilligen sozialen Programmen und kulturellen Einrichtungen kam es in vielen Kommunen in den letzten Jahren zu erheblichen Einschnitten, unter anderem durch die Verhängung sogenannter Haushaltssperren durch die übergeordneten Bundesländer. Dass die Menschen Gesundheit, Bildung, Mobilität, eine bezahlbare Unterkunft, Freizeit- und Kulturangebote sowie soziale Hilfen und Dienstleistungen für ein gutes Leben brauchen, tritt häufig hinter dem Argument der kaum noch zu kontrollierenden Kostenexplosion zurück.

- Was aus dem Blickfeld gerät, ist der Sozialstaat
- und damit eine gelingende Gesellschaft. Die
- öffentliche Infrastruktur ist die Struktur des Sozialstaates: Marode Verkehrswege schaden der Wirtschaft, aber sie behindern auch die Mobilität der Menschen. [...] Noch offensichtlicher wirkt sich die Vernachlässigung der Infrastruktur im Bildungs- und Gesundheitswesen, im Kultur- und Freizeitbereich, in der Stadtentwicklung und im Wohnungsbau aus. Dabei geht es nicht nur um Beton, sondern auch um Köpfe, also die Menschen, die gesellschaftlich notwendige Dienste leisten.

●●● Uellenberg-Van Dawen 2014

Dabei hat sich schwierige finanzielle Lage vieler Kommunen in den 1990er und den 2000er Jahren noch dadurch verschlimmert, dass der Bund immer wieder versucht hat, ihnen zusätzliche sozialstaatliche Zuständigkeiten aufzubürden wie etwa die «Hilfe zur Pflege», die «Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung» oder die «Eingliederungshilfe für Behinderte» (vgl. Grell 2011). Auch beim gesetzlich vorgeschriebenen Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung kommt den Kommunen eine zentrale Rolle zu. In Westdeutschland scheitert dieser jedoch vor allem daran, dass es in den Kommunen an qualifiziertem Personal und an den notwendigen Mitteln fehlt.

Eine weitere ernsthafte Bedrohung des Versorgungsauftrages der Kommunen stellt die 2009 über eine Verfassungsänderung ermöglichte Einführung der Schuldenbremse dar, die dafür sorgen soll, dass die öffentlichen Haushalte ohne jegliches strukturelles Defizit (Länder) beziehungsweise mit einer sehr geringen Verschuldung (0,35 Prozent des BIP beim Bund) auskommen. Zwar werden die Kommunen von diesen Vorschriften direkt nicht erfasst. Mittelbar ist jedoch mit Auswirkungen der Schuldenbremse auf die Gemeinden und Städte zu rechnen. Viele befürchten nämlich, dass die Länder ihre Haushalte teilweise über kommunale Mehrbelastungen konsolidieren werden (vgl. Vesper 2012). Besorgniserregend sind auch die gegenwärtigen Verhandlungen über das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen Europa und den USA. Die Europäische Union hat in ihrem Verhandlungsmandat definiert, dass nur wenige öffentliche Dienstleistungen wie Justiz, Polizei, Strafvollzug und Ähnliches von der geplanten Liberalisierung ausgeklammert werden sollen, nicht aber Bildung, Kultur sowie der Wasser- und Abwasserbereich (vgl. Krajewski/Kynast 2014). Damit könnten bestimmte Privatisierungsmaßnahmen von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, um die es in den letzten Jahren in Deutschland eine breit geführte öffentliche Debatte gegeben hat und die von der Bevölkerung in der Regel mehrheitlich abgelehnt werden, durch die Hintertür erzwungen werden.

### PREKARISIERUNG ÖFFENTLICHER DIENSTE UND DES ALLTAGS

Galt der öffentliche Sektor lange Zeit als Ort der Stabilität, der Gemeinwohlorientierung und eines gewissen Amts- und Arbeitsethos, so ist er heute in vielerlei Hinsicht zu einem Experimentierfeld für prekäre Beschäftigungsformen

und verschiedene Austeritäts-, Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen verkommen. Verwerfungen und offene Konflikte tun sich gegenwärtig am deutlichsten im Gesundheitswesen und im Care-Bereich auf.

● **Denn «die vermeintlich kostensparende, marktformige Organisation von Care-Tätigkeiten [führt] zu einer Zerstörung der Fürsorglichkeit. Die Arbeit am Menschen orientiert sich weder am gesellschaftlichen Bedarf, sondern soll – wie alles andere – möglichst effizient erfolgen. Aufwendig zu dokumentierende Zeitverwendungen bilden nicht nur die Grundlage komplizierter Abrechnungssysteme, sondern legen Rationalisierungspotenzial offen. Während die Arbeitsverdichtung zunimmt und die Beschäftigten unter Überbelastung leiden, sinkt die Qualität der Versorgung, nehmen die Infektionsraten in den Krankenhäusern zu, müssen die BewohnerInnen in Alten- und Pflegeheimen im Minutentakt ihr Essen verschlingen, bestehen frühkindliche Bildungspläne nur auf dem Papier.**

●● Dück/Fried 2015: 85

Dabei setzt die gegenwärtige Politik vor allem darauf, dass die Privathaushalte, die Familien und dort insbesondere die Frauen einen Teil der notwendigen Sorge- und Pflegearbeit möglichst umsonst oder wenn bezahlt, dann nur für eine geringe finanzielle Entschädigung übernehmen, um damit die Kosten für staatlich finanzierte personennahe Dienstleistungen niedrig zu halten (vgl. Winker 2015). Da die Frauen trotz eines veränderten Vatermodells in der Praxis weiterhin die Hauptverantwortung insbesondere für die Kinderbetreuung und -erziehung tragen, kommt es mit der zunehmenden Erwerbsarbeit beider Elternteile verstärkt zu Doppelbelastungen und als eine Reaktion darauf häufig auch schon wieder zu einer Rückkehr zu traditionellen Geschlechterrollen. Das viel diskutierte Vereinbarkeitsproblem stellt sich noch einmal neu durch die Anforderungen, die ältere und pflegebedürftige Angehörige, etwa an Demenz erkrankte Eltern, mit sich bringen. Hier, so die Einschätzung von ExpertInnen, zeichne sich bereits ab, dass die öffentlichen Dienstleistungsangebote nicht ausreichen oder für viele private Lösungen, wie etwa die Anstellung einer professionellen Pflegekraft, nicht finanzierbar sein werden. Insbesondere für Frauen, aber zum Teil auch für Männer, sei davon auszugehen, dass neue Aufgaben an sie herangetragen werden, die den Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen, die sie sonst aus der Arbeitswelt kennen, in vielerlei Hinsicht zuwiderlaufen. Führen diese zum Teil recht widersprüchlichen Ansprüche und Herausforderungen – wie Gesundheitsforschung und Studien von Krankenkassen nahelegen – zunehmend zu Überforderung, Verschleiß der Arbeitskraft und Erschöpfung, weil der prekär gewordene Alltag kaum mehr Spielräume lässt für Selbstsorge, Muße und solidarische Austauschbeziehungen, dann kann von einer Reproduktionskrise der Gesellschaft gesprochen werden (vgl. Jürgens 2011).

## 2—3 DESINTEGRATION, ENTOLIDARISIERUNG UND ENTDEMOKRATISIERUNG

Mit ihren verschiedenen strukturellen Ausprägungen verändern sich zugleich die subjektiven und kollektiven Verarbeitungsformen und Bewältigungsstrategien von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Je nach Klassenzugehörigkeit, geschlechtlichen, ethnischen, nationalen und anderen Merkmalen, Zuschreibungen und entsprechenden Ressourcen können Prekarisierungserfahrungen recht unterschiedlich ausfallen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass ökonomische Instabilität soziale Unsicherheit verschärft, was dramatische Folgen für das Gelingen von Gesellschaft haben kann. Werden nicht organisierte Anstrengungen unternommen, um Menschen zusammenzubringen und

dem Gefühl des Ausgeliefertseins etwas kollektiv entgegenzusetzen, ist mit einer Vertiefung bereits vorhandener gesellschaftlicher Spaltungen und Fragmentierungen zu rechnen. Damit werden progressive Organisationsformen wie Gewerkschaften, linke Parteien oder soziale Bewegungen geschwächt. Die Basis gemeinsamen politischen Handelns droht zu erodieren.

Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass für manche die Veränderungen, sei es bei den familiären Strukturen, in der Arbeitswelt oder im gesellschaftlichen Zusammenleben, die zuvor beschrieben wurden, auch mehr individuelle Freiheiten und Möglichkeiten der Selbstentfaltung mit sich bringen. «Die Menschen wissen, dass das alte Normalarbeitsverhältnis kaum zurückzuhaben ist, viele streben es auch nicht mehr an» (Candeias/Veth 2007). Außerdem war für viele von tariflichen Verträgen und sozialpolitischen Leistungen Ausgeschlossenen wie einem Teil der Frauen oder (illegalisierten) MigrantInnen die Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen keine negative Entwicklung, mit der sie vorrangig Angst und Unsicherheit verbinden. Vielmehr bot diese ihnen zum ersten Mal die Chance, auf dem hiesigen Arbeitsmarkt, der lange Zeit im internationalen Vergleich sehr stark reguliert war und ein traditionelles Ernährer-Hausfrauen-Modell beförderte, Fuß zu fassen und Erwerbsarbeit und familiäre Verpflichtungen miteinander zu vereinbaren. Wie soziologische Befunde zeigen, gelingt es auch anderen «Individualisierungsgewinnern» durchaus, die geänderten Bedingungen für sich zu nutzen, solange sie dem fortwährenden Leistungs- und Bewährungsdruck standhalten, sich immer wieder selbst aktivieren und die Konkurrenz auf Abstand halten können. So ist gerade von Hochqualifizierten oder Menschen in sogenannten kreativen Berufen bekannt, dass das große Interesse an der Tätigkeit und der Freiheitsgewinn, der mit flexiblen Arbeitsformen einhergeht, das Empfinden sozialer Unsicherheit überlagern können (vgl. Brinkmann u.a. 2006; Dörre 2008).

Dennoch überwiegt in der Literatur die Einschätzung, dass für immer mehr Menschen und Familien die Ausbreitung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse mit materiellem Mangel und/oder eingeschränkten Teilhabechancen und Möglichkeiten einhergeht und eher desintegrierend wirkt, als die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft oder sozialen Gruppe zu stärken. Einige Menschen leiden vor allem unter fehlender Anerkennung, wenn ihrer (Erwerbs-)Arbeit der Sinn fehlt oder wenn sie überwiegend für Sorgetätigkeiten zuständig sind, dies jedoch nicht als Arbeit betrachtet und angemessen entlohnt wird. Andere belastet, dass ihnen ein stabiler Lebensentwurf und Planungssicherheit verwehrt bleiben, da Kurzzeitjobs, dauerhafte Befristung oder die Hire-and-fire-Politik in bestimmten Branchen keine langfristige Perspektive (mehr) erlauben. Während manche Menschen von völliger Überlastung und Stress betroffen sind, erleben andere lang anhaltende Phasen von Unterbeschäftigung, wieder anderen widerfährt der ständige Wechsel von beidem.

**DISZIPLINIERUNG UND ENTOLIDARISIERUNG** Problematisch für das gesellschaftliche Miteinander und eine dringend benötigte Demokratisierung von Politik und Gesellschaft ist jedoch vor allem, dass breiten gesellschaftlichen Schichten vermittelt wird, längst überflüssig und entbehrlich zu sein. Ein gelingendes Leben wird im alltäglichen Verständnis als persönliche Leistung gewürdigt, Lebenskrisen und Scheitern meist als persönliches Versagen. Selbst wer sich momentan noch relativ sicher wähnt, spürt das allgegenwärtige Damoklesschwert eines möglichen Statusverlusts. Die omniprésente Angst vor dem sozialen Abstieg diszipliniert: Die «Unterschicht» fungiert als ein kontinuierliches Bedrohungsszenario, Prekarisierung entfaltet sich als Macht- und Kontrollsystem, wird so zum Herrschaftsverhältnis (vgl. Dörre 2006). Der Druck ist für alle wahrnehmbar. Wer von den gesellschaftlichen Normalitätsstandards abweicht, bekommt dies schnell zu spüren. Abgrenzungen und Entsolidarisierung können die Folge sein, weil gemeinsame Bezugssysteme (wie z.B. die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe oder zum Proletariat etc.) und Deutungsmuster verloren gegangen sind. Der Armutsforscher Loïc Wacquant (2015: 8 f.) beschreibt diesen Zusammenhang so:

- Prekarität erzeugt Menschenhass. Sie untergräbt
- die Bereitschaft, sich mit anderen zu identifizieren und Bindungen einzugehen, und damit die Voraussetzungen von Solidarität. Stattdessen nährt sie unter den Enteigneten ein durchdringendes Gefühl von Demütigung. [...] Im Gegensatz zum Industrieproletariat, dessen kollektive Identität als Erbauer dieser Welt ihm nicht nur enorme Zulauf verschaffte, sondern auch Geschlossenheit verlieh, ist das postindustrielle Prekariat [...] eine Ansammlung disparater Gruppen, zerrissen und gespalten durch verschiedene zentrifugale Kräfte und Impulse.

Wacquant geht also davon aus, dass ein Mindestmaß an sozialer Stabilität und Identifikation mit anderen nötig ist, um Vertrauen aufzubauen und Solidarität zwischen den Lohnabhängigen zu fördern. Wenn sich diese Stabilität in Luft auflöse, bestehe die Gefahr, dass sich Wut und Frustration der Menschen gegen noch Schwächere wenden. Dass diese Gefahr real ist, zeigen gegenwärtig Erfahrungen in ganz Europa. Verschiedene politische Akteure nutzen die allgemeine Verunsicherung aus, um gezielt Ressentiments zu schüren; antisemitische, rassistische, sexistische und homophobe Schuldzuweisungen und Bewegungen gewinnen an Attraktivität und Zulauf. Nicht nur in Deutschland wird die Ursache sozialer Desintegrationerscheinungen zunehmend wieder bei MigrantInnen und Geflüchteten gesucht. Häufig werden auch «der Feminismus» oder eine wachsende Vielfalt an Lebensentwürfen für die negativen Folgen gesellschaftlicher Transformations- und Modernisierungsprozesse verantwortlich gemacht. Rechte Krisenproteste zeigen, was passiert, wenn alltagsrassistische Erklärungsmodelle und die schnelle Identifikation von «Sündenböcken» auf organisierte faschistische Strukturen treffen. «Je stärker das Ohnmachtsgefühl, desto ausgeprägter die Neigung, nach autoritären Lösungen zu verlangen» (Kahrs 2015: 78).

**KRISE DER REPRÄSENTATION** Für eine linke Perspektive ist also die Frage von großer Bedeutung, wie dieser fast naturhaft daher kommende Rechtsdrift, der droht, wann immer Menschen das gegebene System mit seinen vielfachen sozialen Verwerfungen als alternativlos betrachten und ihre Wut gegen Schwächere richten, umgekehrt werden kann. Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Christoph Butterwegge, der 2005 aus Protest gegen

die Hartz-IV-Reform aus der SPD ausgetreten ist, gefährdet die Umsetzung der Agenda 2010 zum einen den sozialen Zusammenhalt in Deutschland, zum anderen fördere sie «postdemokratische Tendenzen». Es sei eine Parallelgesellschaft mit Sozialkaufhäusern, Lebensmitteltafeln und «Hartz-IV-Kneipen» entstanden. Die soziale Spaltung führe auch zu einer politischen Spaltung, weil die Hartz-IV-EmpfängerInnen immer seltener wählen gingen. «Wir entwickeln uns bei den Hartz-IV-Betroffenen zu einer Ohne-mich-Demokratie.» Dies gilt insbesondere auch deswegen, da im Zuge der Durchsetzung neoliberaler Ideologie individuelle Bewältigungsstrategien überwiegen («Ich muss mich mehr anstrengen», oder: «Ich muss besser werden»). Gerade Menschen in benachteiligten Lebenslagen würden systematisch demotiviert, sich an der Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu beteiligen. «Sie sind die Hauptleidtragenden dieser Politik, und viele wenden sich entsetzt von den etablierten Parteien oder überhaupt von der Politik ab. [...] Die Verarmenden und Armen ziehen sich immer mehr zurück, schon deshalb, weil die Teilhabe am öffentlichen gesellschaftlichen Leben ja auch Geld kostet. Sie steigen auch nicht auf die Barrikaden, weil sie ganz andere Sorgen haben, etwa die, wie sie am 20. des Monats noch was Warmes auf den Tisch kriegen» (Butterwegge zit. nach Goettle 2013).

Dabei ist dieser Zusammenhang bei genauerer Betrachtung weniger simpel, als es zunächst scheinen mag. Prekarisierungserfahrungen wie etwa ein Arbeitsplatzverlust allein führen nicht automatisch zu einer Veränderung im Partizipationsverhalten, dazu, dass Menschen sich grundsätzlich von jeglichem politischen Engagement verabschieden. Die Analyse des Phänomens der Nichtbeteiligung an Wahlen zeigt vielmehr: Wenn mehrere sozialstrukturelle Merkmale der Benachteiligung zusammentreffen, sich zu einem räumlichen «kollektiven Kommunikations- und Erfahrungsraum» verdichten (Kahrs 2015: 77), wächst die Wahrscheinlichkeit, dass die Menschen sich nicht länger an Wahlen beteiligen und das Interesse an Politik verlieren. In diesem Kontext ist häufig von einer Krise der Repräsentation die Rede. Diese betrifft im Prinzip alle politischen Organisationen und Parteien, aber vor allem auch klassische linke Organisationen wie zum Beispiel Gewerkschaften, denn ihnen kommt so das kollektive politische Subjekt abhanden.

Auch wenn in der deutschen Debatte – und nicht nur hier – ernüchternde Befunde zur Organisierungsfähigkeit der Prekarisierten überwiegen (vgl. hierzu kritisch Candeias/Völpel 2014: 30 ff.), gibt es in der Praxis viele ermutigende Beispiele von Gegenwehr. Im Kapitel 5 dieser Broschüre werden einige davon exemplarisch vorgestellt. Sie sind vor allem dann erfolgsversprechend, wenn sie ein Engagement zur Verbesserung der alltäglichen Situation mit einer gesamtgesellschaftlichen Veränderungsperspektive verbinden und gemeinsame Interessen verschiedener Betroffener, und zwar in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (auch außerhalb von Erwerbsarbeit), identifizieren. Als solche können sie als Vorbild für sogenannte Mitte-unten-Bündnisse dienen. ●●●

# 3 VON DER KRISE DES FORDISMUS ZUR EUROKRISE – ÖKONOMISCHE HINTERGRÜNDE DER PREKARISIERUNG

**Prekarierte Erwerbsarbeit und Lebensverhältnisse sind auch Folge eines Strukturwandels der Gesellschaft, der bereits in den 1970er Jahren begonnen hat. Die fordistische Entwicklungsweise des Kapitalismus geriet damals in die Krise, der Umbau hin zum neoliberalen, finanzmarktdominierten Kapitalismus begann. Auch dieser ist nicht stabil, wie die gegenwärtige «Vielfachkrise» (Demirović u.a. 2011) zeigt. Welche Dynamiken ursächlich für Prekarisierungsprozesse waren, wird in diesem Kapitel dargelegt.**

## DIE KRISE DES FORDISMUS UND IHRE FOLGEN

**DAS FORDISTISCHE MODELL** Mit dem Begriff des Fordismus wird die spezifische Entwicklungsweise bezeichnet, die die kapitalistischen Industrieländer nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt hat (vgl. Aglietta 1979; Hirsch/Roth 1986; Lipietz 1998). Der Begriff nimmt Bezug auf Henry Ford, der das Fließband in der Automobilproduktion einführte, seinen Arbeitern zeitweise relativ hohe Löhne zahlte und die Idee vertrat, dass auch Arbeiter irgendwann Autos kaufen können sollten (vgl. Ford 1923). Grundlage des Fordismus waren zunächst vor allem zwei wesentliche Veränderungen des industriellen Arbeitsprozesses: Erstens wurde die Arbeit in immer einfachere Teilarbeiten zerlegt; die einzelnen Arbeitsschritte wurden unter anderem durch Zeit- und Bewegungsstudien optimiert. In Bezugnahme auf Frederick W. Taylors 1911 erstmals in englischer Sprache erschienenes Buch «Die Grundsätze der wissenschaftlichen Betriebsführung» wird diese Art der Arbeitsorganisation als Taylorismus bezeichnet. Zweitens wurde der Arbeitsprozess immer stärker mechanisiert, wobei Fließbänder und Spezialmaschinen zum Einsatz kamen. Die industrielle Arbeit wurde revolutioniert: War sie bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts in vielen Bereichen noch stark handwerklich geprägt, so wurden die Arbeiter nun ihres Produktionswissens beraubt, und dieses wurde auf die Maschinerie übertragen. Die Arbeit wurde degradiert und extrem monoton, die Arbeiter einer rigiden technischen und bürokratischen Kontrolle unterworfen. Der Bezug zum Gesamtprodukt wurde immer weniger erkennbar – eine besondere Form der «Entfremdung». Auf dieser Basis wurde aber über einen längeren Zeitraum ein hohes Wachstum der Arbeitsproduktivität erreicht und die standardisierte Massenproduktion von langlebigen Konsumgütern wie Automobilen und Haushaltsgeräten ermöglicht.

Führte diese Massenproduktion in den 1920er Jahren aufgrund mangelnder zahlungsfähiger Nachfrage noch zur Überproduktion und zur großen Krise, so gelang es den Lohnabhängigen nach dem Zweiten Weltkrieg, die Anerkennung der Gewerkschaften und regelmäßige Tarifverhandlungen durchzusetzen, die zu schrittweisen Reallohnsteigerungen führten. Die enge Kopplung von Produktivitätswachstum und Reallohnsteigerungen war die Basis für die parallele Entwicklung von Massenproduktion und Massenkonsum über drei Jahrzehnte – das sogenannte Goldene Zeitalter des Kapitalismus. Produkte, die früher Luxus-

artikel waren oder die sich zunächst nur das Kleinbürgertum leisten konnte, wurden zunehmend auch für die Arbeiterklasse erschwinglich: Die fordistische Konsumnorm, die den Konsum von langlebigen, kapitalistisch produzierten Waren (standardisierte Wohnungen, Automobile, Haushaltsgeräte usw.) einschloss, verallgemeinerte sich. Zur stabilen Entwicklung der zahlungsfähigen Nachfrage trugen nicht zuletzt auch die Einführung von Konsumentenkrediten für die Lohnabhängigen, Ratenzahlungen und der Ausbau der sozialen Sicherung bei. Die fordistische Konsumnorm veränderte die gesamte Lebensweise der Lohnabhängigen: Die räumliche Trennung von Arbeit und Wohnen setzte sich durch, die Wohnung wurde zum bevorzugten Ort der Erholung und der Reproduktion der Arbeitskraft. Die Subsistenzproduktion und die einfache Warenproduktion von Handwerkern und Kleinbauern wurden zunehmend durch die kapitalistische Massenproduktion verdrängt.

Im Rückblick kann man von einem Klassenkompromiss zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen sprechen, auch wenn dieser ständig umkämpft war: Die Lohnabhängigen akzeptierten überwiegend die kapitalistische Ordnung und konzentrierten sich auf den Kampf im Lohnsystem um die Bedingungen der Arbeit. Wichtige Errungenschaften waren hier unter anderem die rechtliche Absicherung von Gewerkschaften, Arbeitskämpfen und Tarifverträgen, die Senkung der Arbeitszeit, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Anspruch auf bezahlten Urlaub, Arbeits- und Kündigungsschutz sowie die Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Die unbefristete, lebenslange Vollzeitbeschäftigung wurde zum Leitbild, zum «Normalarbeitsverhältnis». In Verbindung mit der Absicherung gegen die mit der Lohnarbeit verbundenen Lebensrisiken ermöglichte dies den Lohnabhängigen eine einigermaßen verlässliche Lebensplanung. Das Kapital profitierte von einem korporatistischen System, in dem Bedingungen der Arbeit geordnet ausgehandelt wurden, in dem sich Gewerkschaften kompromissbereit zeigten und in dem Arbeitskämpfe stark reguliert waren.

Rassismus und Sexismus führten allerdings zu Spaltungen innerhalb der gesellschaftlichen Klassen. So ermöglichten die steigenden Löhne in Verbindung mit dem Leitbild der heterosexuellen Kleinfamilie auch, dass sich die Arbeitsteilung zwischen dem männlichen Familienernährer und der Hausfrau verfestigen konnte. Frauen wurden aus der Erwerbsarbeit verdrängt oder mit niedrigeren Löhnen abgespeist. Auch für MigrantInnen und People of Colour (Menschen, die nicht als weiß galten) galt die gesellschaftliche Konsumnorm nur eingeschränkt, da ihnen wie den Frauen die gleichen Löhne wie den weißen männlichen Arbeitern vorenthalten wurden.

**DIE KRISE DES FORDISMUS** Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre geriet die fordistische Entwicklungsweise in eine tiefe Krise. Die Beschäftigten rebellierten gegen die zunehmende Intensivierung der Arbeit; Streiks, Sabotageakte und Absentismus nahmen zu. Die Produktivitätszuwächse sanken. Die Möglichkeiten der tayloristischen Arbeitsorganisation schienen ausgereizt. Im Ergebnis sanken die Profitraten. Subkulturelle Jugendbewegungen

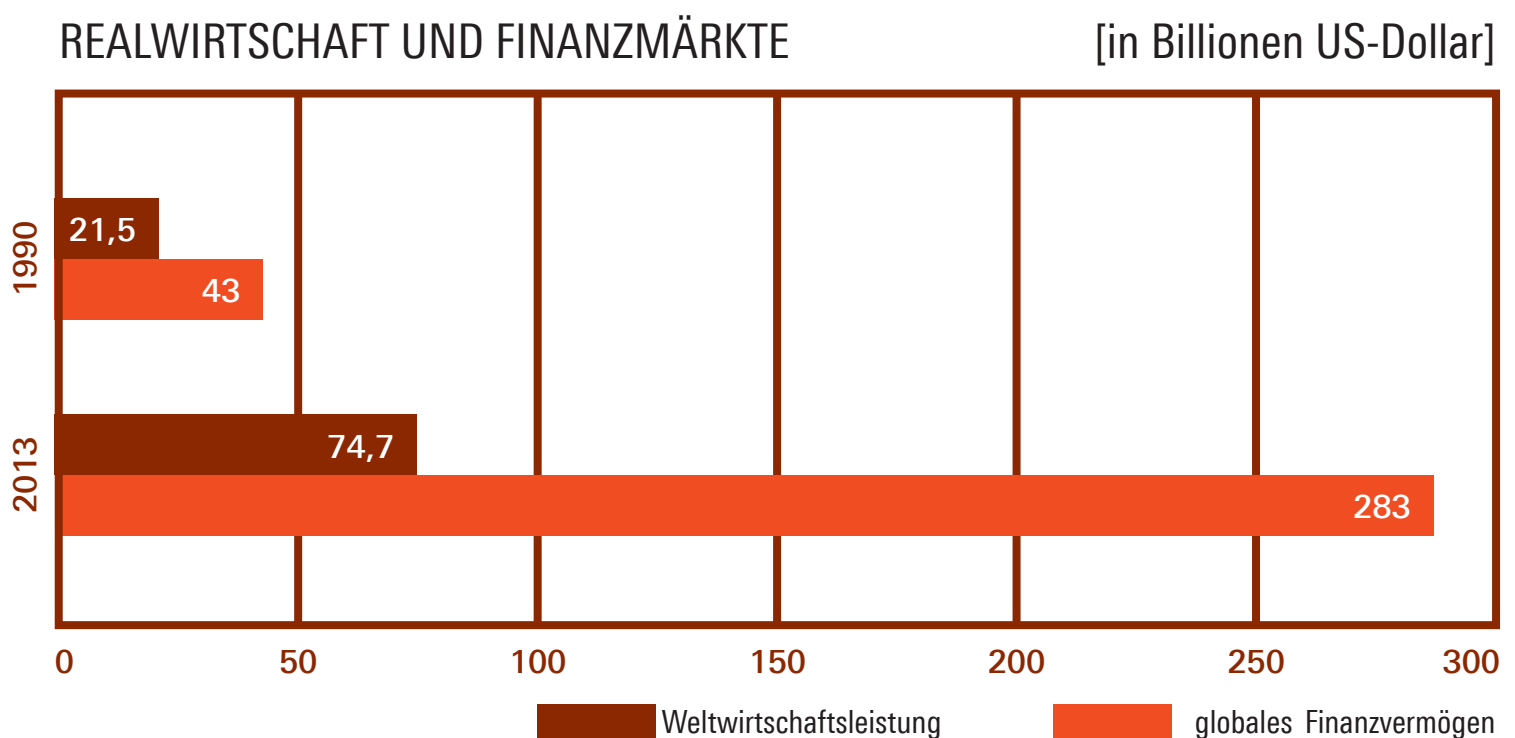
(Hippies, Provos, Gammer etc.) stellten die fordistische Lebensweise infrage. Viele Jugendliche konnten sich nicht vorstellen, das ganze Leben lang den gleichen öden Job zu machen. Immer mehr Konsum erschien kein erstrebenswertes Ziel mehr. Die neue Frauenbewegung kämpfte gegen die verschiedenen Formen des Sexismus; viele Frauen wollten sich nicht mehr mit der häuslichen Arbeitsteilung abfinden und drängten verstärkt auf den Arbeitsmarkt. Auch People of Colour, MigrantInnen und Homosexuelle kämpften gegen Diskriminierung. Die Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung thematisierte die zerstörerischen Folgen der herrschenden Produktions- und Lebensweise. Es handelte sich also nicht nur um eine der üblichen «kleinen», zyklischen Krisen der Kapitalakkumulation, sondern um eine «große» Krise, eine Krise der Entwicklungsweise des Kapitalismus, eine Krise der Hegemonie der Kapitalistenklasse. Über mehrere Dekaden mehrten sich soziale Kämpfe um Lebensweisen, Alltagsgestaltung und Selbstbestimmung, die später teilweise in das neue neoliberale Projekt integriert wurden (vgl. Candeias 2006).

Unter diesen Umständen stellten die weiterhin regelmäßig wachsenden Löhne und andere Errungenschaften der Arbeitenden nicht mehr länger hinnehmbare Steigerungen der Produktionskosten und eine Bedrohung des Gewinns dar. Zu den Gegenstrategien der Unternehmen gehörten daher «die Verlagerung der Produktion in die kapitalistische Peripherie oder Semiperipherie, der direkte Angriff auf die Arbeiterklasse in den Zentren (Massenentlassungen, Schwächung der Gewerkschaften, Senkung der Löhne, Abbau der Sozialleistungen, Prekarisierung) und die Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten für das Kapital durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung» (vgl. Demirović/Sablowski 2012: 80). In diesem «Klassenkampf von oben» wurde der Klassenkompromiss von der Kapitaleseite aufgekündigt. Technologische Entwicklungen führten zu bedeutenden Neuerungen der Produktionsbedingungen. Dank der Automatisierung und Computerisierung konnten in den Fabriken nun, anders als unter der fordistischen Fließbandproduktion, immer flexibler unterschiedliche Konsumgüter hergestellt werden, was auch den sich ändernden Lebens- und Konsumweisen entsprach. Zudem intensivierten sich die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen. Zwar hat es in der Geschichte schon viel länger Welthandel gegeben, jedoch ermöglichten unter anderem die sich globalisierenden Kommunikationswege und die Verbilligung des internationalen Handels eine Intensivierung der weltweiten wirtschaftlichen Austauschbeziehungen. Für diesen gesamten Prozess wurde der Begriff der Globalisierung prägend.

**DIE ERWERBSARBEIT WANDELT SICH** Eine weitere Lösung der Profitabilitätskrise versprach sich die Kapitaleseite von einer grundlegenden Veränderung im Verhältnis von Markt und Produktion und zwar in Form einer Dominanz der Märkte gegenüber der Produktion, die in dieser Ausprägung neu war. Die unternehmensinternen Prozesse wurden auf die Absatz- und Finanzmärkte hin ausgerichtet. Die Folgen dieser ökonomischen Veränderungsprozesse für die Erwerbswelt werden häufig unter dem Schlagwort «Wandel von Arbeit» zusammengefasst. Zunehmend wurden die Arbeitenden vor die Herausforderung gestellt, ihre Tätigkeit selbstständig an die Ansprüche des Marktes anzupassen. Diese Prozesse, die die für den Fordismus typische Arbeits- und Produktionsweise endgültig verabschiedet haben, bedeuteten für die Beschäftigten einen Bruch mit den traditionellen betrieblichen und sozialstaatlichen Regulierungen, die sie zuvor gesichert hatten. Die Erwerbsarbeit verwandelte sich stattdessen zu einer Zone, für die die permanente (Gefahr von) Entsicherung charakteristisch wurde. Nachfrageschwankungen wurden zunehmend auf dem Rücken der Arbeitenden ausgetragen (z.B. durch Flexibilisierung von Arbeitszeit). Entsicherung meint dabei sowohl die Ursache dieser Veränderung als auch ihr Ergebnis.

Spätestens in den 1990er Jahren begannen sich diese Rationalisierungskonzepte der neuen marktorientierten Produktionsweise endgültig durchzusetzen: Die Arbeitskräfte wurden aus ihren institutionellen Bindungen und Sicherungen herausgelöst und die Vermittlerfunktion des Managements zwischen Markt und Beschäftigten wurden abgebaut. Das Wirtschaftsgefüge war nun auf die ökonomischen Vorteile von Unsicherheit ausgerichtet. Hatte die systematische Entsicherung vorher nur den Teil der Beschäftigten betroffen, deren prekäre Arbeitssituation günstig für den Ablauf der Produktions- und Wertungskette war, bekamen sie nun alle zu spüren. Als mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus auch noch der ideologische und politische Konkurrent verschwand, waren diese wirtschaftspolitischen Weichenstellungen umso einfacher durchzusetzen. Der Kapitalismus hatte keine real existierende Alternative mehr: «Nach 1989 wurden fast über Nacht die alten Waffen hervorgeholt: Krieg den Hütten, Friede den Palästen, wie Volker Braun 1989 schrieb» (Haug 2014). Die Unternehmen nutzten diesen Vorteil und machten den ostdeutschen Arbeits-

Abb. 5: Die Entwicklung des globalen Finanzvermögens  
Quelle: Rosa-Luxemburg-Stiftung 2013: 21





markt zum «Versuchslabor» für neue kostengünstigere Arbeitsverhältnisse (vgl. hierzu ausführlicher Brinkmann 2005).

**KRISEN IM FINANZMARKTKAPITALISMUS** Bei den beschriebenen Mechanismen der Krisenregulation ab den 1970er Jahren handelte es sich also nicht einfach nur um zyklische Anpassungsprozesse. Vielmehr fand ein ständiges Ringen um die tiefgreifenden sozialen Umbruchprozesse statt, die die kommenden Jahrzehnte ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung dominierten. Dabei konnten, basierend auf der starken neoliberalen Ideologie, politische Entscheidungen zugunsten einer umgreifenden Liberalisierung der Finanzmärkte durchgesetzt werden. Im dadurch entstandenen Finanzmarktkapitalismus wird Kapital, das nicht genügend Anlagemöglichkeiten in der Produktion findet, zunehmend auf den Finanzmärkten angelegt. Die typische Kapitalbewegung (eine Wertsumme erzielt durch Tauschprozesse einen Wertzuwachs) wird nun vor allem durch eine Investition in Wertpapiere gewährleistet.

Da es aber in Prozessen der Krisenbewältigung auch immer zu nicht beabsichtigten Veränderungen kommt und «[d]as Krisenmanagement [...] weitere Krisendynamiken und Krisenzyklen» (Bader u.a. 2011: 144) erzeugt, waren mit den initiierten Veränderungen die Weichen für neue ökonomische Erschütterungen bereits gestellt. Bei den Finanzprodukten, in die nun zunehmend investiert wird, handelte es sich um Zahlungsverpflichtungen von Kreditnehmern, oft mit unterschiedlichem Ausfallrisiko. Sie werden zu Paketen zusammengeschnürt, was als Verbriefung bezeichnet wird. «Diese Bündelung suggeriert Stabilität. Verluste und Gewinne gleichen sich aus. So die Annahme, was eine Weile funktionieren kann». Wenn aber nun Forderungen fällig werden und nicht zurückbezahlt werden können, zerfällt das ganze Bündel. Geschieht dies in großem Maß, wie bei der Immobilienkrise 2007/08, in der Kredite in Massen an Menschen vergeben wurden, die diese Verbindlichkeiten niemals hätten zurückzahlen können, platzt eine gesamte Blase.

Gehandelte Zahlungsansprüche haben aber nur Wert, solange die Annahme besteht, dass sie bedient werden können. Kommen (berechtigte oder unberechtigte) Zweifel an den Schuldnern auf, verpufft der Wert des gehandelten Finanzproduktes. In Fall der Immobilienkrise gerieten die Banken, die diese Bündel als Fonds nicht nur handelten, sondern auch besaßen, mit in die Zahlungsunfähigkeit. So wurde aus der Immobilienkrise eine Bankenkrise. Die nationalen Regierungen entschieden sich zu diesem Zeitpunkt, die Banken zu retten, sie galten als «too big to fail». Es handelte sich dabei nicht um einzelne Finanzhäuser, die Krise betraf den gesamten Finanzsektor. «Als darauf eine weltweite Rezession in Produktion und Handel folgte, begannen alle großen Industriestaaten, mit Kreditgarantien und Konjunkturprogrammen die private Wirtschaft zu stützen [...] Eine Verschärfung der Banken- und Finanzkrise sollte unbedingt vermieden werden. Deshalb wurden die Banken durch Verstaatlichungen, Garantien, Finanzspritzen und Auslagerungen fauler Kredite in sogenannte bad banks gestützt. Es ging darum, eine Entwertung der Kapitalvermögen und Renditeansprüche zu verhindern. Natürlich wuchs infolge der teuren Bankenrettung und Konjunkturprogramme die Staatsverschuldung, während

## ●●● LESETIPP

*Demirović, Alex/Sablowski, Thomas 2012:*

*Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa,*

*hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin*

zugleich die Staatseinnahmen einbrachen» (Steckner 2013: 25). Indem die Kosten in dieser Weise sozialisiert wurden, wurde aus der Bankenkrise eine Staatsschuldenkrise.

**MIT DER KRISE WIRD POLITIK GEMACHT** «Anders als es die neo-liberale Ideologie seit Jahrzehnten propagiert, haben die Gesellschaften Europas nicht «über ihre Verhältnisse gelebt» (Demirović/Sablowski 2012: 78). Denn die europäische Staatsschuldenkrise wurde durch die Maßnahmen zur Regulierung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst. Die Folgen, die diese «Rettungsmaßnahmen» in den europäischen Ländern hatten, unterschieden sich dabei.

Angesichts der verheerenden Auswirkungen der Krisen in vielen Staaten der EU entstand der Eindruck, dass vor allem Deutschland im europäischen Vergleich die Krise am besten gemeistert habe. Das deutsche Beschäftigungsmodell, in dem vermeintliche Jobgarantien gegen Entsicherung (z.B. durch Kurzarbeit, Lohnzurückhaltung, Zustimmung zu Arbeitszeitflexibilisierung, Senkung von Sozialleistungen) eingetauscht worden waren, wurde als vorbildhaft gepriesen. Dass die Prekarisierten diesem sehr einseitigen «Krisenkorporatismus» zum Opfer fielen, blieb in der öffentlichen Diskussion außen vor. Vielmehr soll das Modell Agenda 2010 und all die damit verbundenen Maßnahmen jetzt auch noch allen anderen Ländern aufgezungen werden. Dabei wird ein zentraler Punkt verschwiegen und übersehen: Die prekarisierten Verhältnisse, die in Südeuropa seit der Krise im Schnelldurchgang durchgedrückt wurden, galten in der Bundesrepublik schon lange, sie wurden über viele Jahre hinweg langsam und schleichend eingeführt. So schleichend, dass es vielen lange nicht auffiel. In einem europäischen Wettlauf nach unten wurden auf EU-Ebene an das deutsche Modell angelehnte Bewältigungsstrategien entwickelt und rigoros durchgesetzt. Neben Steuergeldern in Milliardenhöhe zur Stabilisierung des Finanzsektors wurde auf einen massiven Sozialabbau in den Mitgliedsstaaten gesetzt. Sie wurden gedrängt, Verträge zum Abbau von Staatsschulden durch Kürzung sozialstaatlicher Ausgaben (den Fiskalpakt) zu unterzeichnen. Ländern, die von den Krisen seit 2009 besonders betroffen waren – Griechenland, Spanien, Portugal und anderen – wurden besonders harte Einschnitte diktiert, die die wirtschaftlichen Verhältnisse zusätzlich schwächten (vgl. hierzu u.a. Dörre 2014 und LuXemburg 1/2014).

«Die Länder Europas nehmen innerhalb des globalen finanzdominierten Akkumulationsregimes unterschiedliche Positionen ein. Zusammen mit der Konkurrenz des Kapitals führt dies dazu, dass die Staaten sich wechselseitig bei substantiellen Veränderungen der Regulierung des Finanzsektors blockieren und der Status quo begünstigt wird. Die Kontroversen zwischen den Regierungen sollten jedoch nicht die grundlegenden Übereinstimmungen übersehen lassen. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem Fiskalpakt zeichnen sich eine weitere Vertiefung und zugleich Verschärfung der neoliberalen Ausrichtung der europäischen Integration ab. [...] Die von der deutschen Regierung besonders verfochtene Austeritätspolitik wird in Europa umgesetzt, weil sie die Reproduktion des Akkumulationsregimes insgesamt sichern soll» (Demirović/Sablowski 2012: 3).



# 4 «HABE ICH DENN KEIN RECHT AUF EINEN VERNÜNFTIGEN JOB?» – ENTWICKLUNG UND AUSWIRKUNGEN PREKÄRER ARBEIT

**Zwar gibt** es eine Reihe von Indikatoren wie die Ausbreitung von Niedriglöhnen und befristeten Arbeitsverhältnissen oder den Abbau bestimmter Sozialleistungen, mit denen sich die quantitative Dimension von Prekarisierung zumindest annähernd erfassen lässt. Einige davon wurden im vorangegangenen Kapitel angesprochen und erläutert. Diese und andere empirisch zu erfassenden Veränderungen und Verschiebungen sagen aber nur wenig darüber aus, was sie für die Betroffenen bedeuten, vor welche Probleme sie sich gestellt sehen und wie Menschen mit Erfahrungen von Unsicherheit und Ausgrenzung in ihrem Alltag umgehen. Wie die folgenden fünf Beispiele von Oskar, Mia, Christina, Hans-Jörg und Berthold zeigen, ist es vor dem Hintergrund eines stark fragmentierten und flexibilisierten Arbeitsmarktes, der gezielten Schwächung von Arbeitnehmerrechten und der damit häufig verbundenen schwachen Verhandlungsposition und Vereinzelung von Beschäftigten nicht immer einfach, sich gegen die Zumutungen vonseiten der Vorgesetzten und ArbeitgeberInnen zu wehren.

Gerade aus den Gewerkschaften, den natürlichen Bündnispartnern aller ArbeitnehmerInnen, ist häufig die Klage zu hören: Prekär Beschäftigte seien quasi handlungsunfähig und – wenn überhaupt – dann nur unter großen Anstrengungen zu organisieren. Die hohe Fluktuation in manchen Branchen und Betrieben, die Angst vor Entlassungen sowie eine immer stärker verbreitete Ellbogenmentalität erschwerten eine Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften mit ihnen. Was stimmt: LeiharbeiterInnen oder PraktikantInnen sind wahrscheinlich weniger streikbereit, WerkvertragsnehmerInnen und Selbstständige können überhaupt keine kollektiven Arbeitskämpfe im klassischen Sinne führen. Teilzeitbeschäftigte verbringen verhältnismäßig wenig Zeit im Betrieb oder im Büro, sodass sie häufig keine besonders engen Beziehungen zu ihren KollegInnen pflegen können und eher isoliert sind.

Studien, die sich für die subjektive Perspektive interessieren und sich unter anderem auch auf Interviews mit prekär Beschäftigten stützen, verweisen aber weniger auf Apathie und passive Hinnahme der eigenen Situation als dominante Haltungen als vielmehr auf einen Zustand der Schwebel: «Sie haben den Anschluss an die vermeintliche Normalität noch immer vor Augen und müssen alle Energien mobilisieren, um den Sprung vielleicht doch noch zu schaffen. Andererseits sind permanente Anstrengungen nötig, um einen dauerhaften sozialen Abstieg zu vermeiden» (Candeias/Völpel 2014: 30). Viele suchen nach Orientierung, wissen einfach nicht, wie sie aus ihrer unsicheren Situation herauskommen, was sie zusammen mit anderen tun können, damit sich die Verhältnisse ändern. Prekäre Lebenslagen sind also Ausdruck des Zusammenspiels von objektiven Bedingungen (vor allem ökonomischen Zwängen, aber auch politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen) und subjektiven Verarbeitungsformen (Angst, Resignation, Orientierungslosigkeit, aber auch Wut, der Wunsch nach Besserung und verschiedenen Formen des Protests und des Widerstands). Dies wird am besten deutlich, indem Betroffene selbst zu Wort kommen, ergänzt durch die Darstellung weiterer Merkmale und Strukturen der zunehmend prekarisierten Arbeitswelt.

## 4–1 LEIHARBEIT UND ANDERE BEFRISTUNGEN

### OSKAR: ERST BEFRISTET BESCHÄFTIGT, DANN IN LEIHARBEIT

2009 hat der 31-jährige Oskar befristet für sechs Monate bei einem Daimler-Zulieferer als Produktionshelfer gearbeitet. Die Arbeit gefiel ihm, der Verdienst war gut.

*«Zuerst hieß es bis Ende November, dann wurde es aber glücklicherweise noch einen Monat verlängert. [...] Als die Befristung zu Ende ging, war es schon sehr deprimierend. Eine gewisse Traurigkeit und Resignation kam auf. Ich habe dann 50 Bewerbungen geschrieben, wo nichts dabei rauskam. Die Krise schlug durch. Arbeitslosigkeit ist im ersten Monat vielleicht wie Urlaub. Aber danach macht es keinen Spaß mehr. Ich näherte mich einer Depression. Deshalb habe ich einen Job bei der Zeitarbeit angenommen.»<sup>1</sup>*

Oskar kam dann als Leiharbeiter zu Daimler, wo er als Produktionshelfer eingesetzt wurde, für 7,38 Euro brutto in der Stunde. Monatlich blieben ihm netto 880 bis 970 Euro.

*«Mir wurde von Anfang an gesagt: Wenn das Geld nicht reicht, soll ich Hartz IV anmelden und aufstocken. Das habe ich gemacht und habe ein bisschen Aufstockung bekommen für Wohnung und Heizung. Der Aufstockungsbetrag schwankte zwischen 30 und 80 Euro, je nachdem wie viel ich verdient habe. Ein Daimler-Kollege hat mir erzählt, dass Daimler über 30 Euro an die Leiharbeitsfirma zahlt, aber bei mir kamen nur 7,38 Euro an. Das macht einen schon wütend. Als ich im November 2009 krank wurde, wurde mir gekündigt.»*

Oskar ist Mitglied bei der IG Metall und klagte gegen die Entlassung. Weil die Firma für seine Kündigung keinen akzeptablen Grund vorweisen konnte, musste er wieder eingestellt werden. Kurz darauf ging die Firma in Insolvenz.

*«Ich bin eigentlich ausgebildeter Zahntechniker und habe in diesem Bereich auch gearbeitet. Alle zwei Jahre kam aber eine Gesundheitsreform und die Patienten sollten immer mehr selbst zahlen. Es wurden neue Märkte im Gesundheitswesen erschlossen. Die Zusatzversicherungen kamen auf. Dann kamen Krisen in diesem Bereich mit Kurzarbeit und ich war 1,5 Jahre in Kurzarbeit, wo ich nur 850 Euro verdient habe. Der Berufszweig wurde kaputtgemacht. Mit dem Verdienst kann man keine Familie gründen. Ich bin jetzt 31 Jahre alt und konnte noch nie richtig daran denken. Anfang 2006 habe ich als Zahntechniker aufgehört.»*

<sup>1</sup> Dieses Zitat und die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders angegeben, aus einer Studie der Betriebsseelsorge Stuttgart (Lorenz 2012).

**LEIHARBEIT** Das bereits 2003 verabschiedete «Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen» (Hartz I) ist für den rasanten Anstieg von Leiharbeit in Deutschland verantwortlich. Mit ihm wurde das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz gelockert: Seitdem können ohne Angabe von sachlichen Gründen LeiharbeiterInnen wiederholt befristet eingestellt werden, die zuvor geltende Höchstdauer von zwei Jahren für ihre Beschäftigung wurde aufgehoben. Seit 2004 hat sich die Zahl der Leiharbeitskräfte von knapp 400.000 auf 779.000 fast verdoppelt. Bei fast zwei Dritteln liegt der Verdienst unter der Niedriglohnschwelle von 1.973 Euro. Und sie werden immer älter: Die Zahl der 50- bis 65-Jährigen unter den Leiharbeitskräften hat sich seitdem mehr als vervierfacht (von 37.800 auf 162.000; Ernst 2015: 2).

Heute arbeiten die Jobcenter intensiv mit Leiharbeitsfirmen zusammen, weil diese Art der Vermittlung der einfachste Weg ist, die Arbeitslosenzahlen zu senken. Allerdings handelt es sich hierbei um einen kurzfristigen Effekt: Im Durchschnitt dauert ein Leiharbeitsverhältnis gerade einmal drei Monate. Ganz selten werden Leiharbeitskräfte in eine feste Anstellung übernommen, nach einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbunds (2012a:11 f.) waren es lediglich 7 Prozent. Für die Unternehmen ist der dauerhafte Einsatz von LeiharbeiterInnen besonders kostengünstig: Sie können mit einer kleinen Stammebelegschaft arbeiten und müssen lediglich für diese Löhne und Lohnnebenkosten abführen, Nachfrageschwankungen sind dennoch einfach auszugleichen. Indirekt profitieren die Unternehmen zudem davon, dass die (Tarif-)Löhne in den Verleihbetrieben in allen Tätigkeitsbereichen und Qualifikationsstufen unter denen der branchenüblichen Stammkräfte liegen (minus 33 Prozent bei Beschäftigten mit Fach- und Hochschulabschluss, minus 44 Prozent bei abgeschlossener Berufsausbildung, minus 46 Prozent bei ungelernten Beschäftigten). Auch sonst werden Leiharbeitskräfte als Beschäftigte zweiter Klasse behandelt: Häufig kommt es zu falschen Eingruppierungen im Verleihbetrieb, um die Löhne zu drücken, Fahrtgeld zu weit entfernten Arbeitseinsatzorten ist selten üblich, und am Einsatzort gelten für sie im Vergleich oft schlechtere Pausen- und Urlaubsregelungen als für die dortigen Stammbeschäftigten (ebd.).

**MIA: SEIT VIER JAHREN BEFRISTET ALS LEHRERIN TÄTIG** Mia ist 30 Jahre alt und arbeitet im vierten Jahr mit Unterbrechungen als Lehrerin. Drei Jahre lang mit Verträgen zwischen zehn und elf Monaten, jetzt mit einer Befristung auf sieben Wochen, immer als Krankheitsvertretung und immer an anderen Schulen. Die Arbeitsverträge liefen jedes Mal kurz vor den Sommerferien aus. Für die unbezahlten Wochen musste sie sich Geld ansparen oder sich arbeitslos melden. Ihr wurde vom Schulamt zugesichert, ihr jetziger Vertrag würde verlängert werden, sie weiß allerdings nicht, für wie lang.

*«Bei meinen befristeten Beschäftigungen als Krankheitsvertretung musste ich mich immer wieder neu einarbeiten, meine Kraft investieren, und am Ende ging ich selbst leer aus. Ich übernehme eine Klasse, muss ein Klassenzimmer einrichten, mich auf die Kinder, die Eltern und Kollegen einstellen. Und dann gehe ich wieder. Ich war bisher nie in der gleichen Klassenstufe. Einmal in Klasse 1 in der Grundschule, dann in Klasse 6 und 7 in der Hauptschule. Dann hatte ich eine dritte Klasse, dann eine fünfte. Das Anstrengendste und Schwierige sind aber immer die Kollegen. Man muss sich immer wieder neu beweisen, seinen Platz zwischen den anderen finden und ist einfach immer «die Neue».*

*Die ersten beiden Jahre war ich zu 70 Prozent beschäftigt, im dritten zu 50 Prozent. Und jetzt habe ich eine 75-Prozent-Stelle. Bei 50 Prozent ist das Finanzielle schon ein schwieriges Thema. Ich möchte auch in den Urlaub gehen, ein Auto fahren, Kleider kaufen, mir auch mal was gönnen. Wenn ich dann eine 50-Prozent-Stelle im Angestelltenverhältnis habe, wo ich sowieso schon ca. ein Drittel weniger verdiene wie ein festangestellter Beamter, dann kann ich mir meine Wünsche nicht erfüllen. Da bin ich gerade mal in der Lage, mich selbst durchzubringen.*

*Ich habe Lehramt für Grund- und Hauptschule studiert mit den Fächern Deutsch und Sachunterricht. Leider gibt es dieses Fach Sachunterricht an den Schulen nicht mehr. Ich habe mit 2,2 abgeschlossen und war mit meinem Ergebnis zufrieden. Jetzt wird mir aber jedes Mal, bei jeder Bewerbung gezeigt, dass es doch nicht reicht. Das sind ständige Demütigungen. Ich bekomme von den Kindern und Eltern die Rückmeldung, dass ich eine gute Arbeit mache. Sie wünschen sich, dass ich bleibe. Ich darf aber nicht bleiben und muss am Ende des Jahres wieder gehen. Das bringt mich in einen Zwiespalt, dass ich denke, ich kann es und ich möchte es auch, aber ich bekomme jedes Mal wieder gesagt, ich bin nicht gut genug. Das zehrt am Selbstwertgefühl und macht auch wütend. Diese Wut kann ich nicht auf eine Person übertragen, sondern eigentlich nur auf das System, das mich lähmt. [...] Aber Lehrerin ist schon der Beruf, den ich machen will. [...] Mir bleibt nichts anderes übrig, als das anzunehmen. Ich beweise, dass ich flexibel bin. An den Schulen selbst erfahre ich schon die Wertschätzung, aber von dem System Schule nicht.»*

**BEFRISTUNGEN** Schon seit 1985 sind Befristungen von Beschäftigungsverhältnissen ohne Sachgründe (hierzu zählen Schwangerschafts- oder Krankheitsvertretungen, die Einmaligkeit von Projekten oder Ähnliches) legal. 1996 kamen weitere Lockerungen hinzu. Heute ist fast jede zweite Stelle, die neu vergeben wird, befristet, 2001 war es noch jede dritte. Gerade unter Jüngeren gehören Befristungen fast schon zur Normalität: Unter den 15- bis 24-Jährigen arbeiten etwa 28 Prozent mit befristeten Verträgen, unter den 25- bis 34-Jährigen sind es etwa 14 Prozent, nimmt man alle Altersgruppen zusammen, sind es 9 Prozent. Das sind insgesamt 2,7 Millionen Beschäftigte (vgl. Gysi/Krellmann 2014). Eine Million kamen allein seit 2001 hinzu. Betroffen sind vorwiegend Frauen, MigrantInnen und Niedrigqualifizierte. Der hohe Anteil von Fachhoch- und HochschulabsolventInnen hängt mit der hohen Befristungsquote von AkademikerInnen im öffentlichen Dienst zusammen. Immer weniger jungen Leuten gelingt es, in den stabilen Kern des öffentlichen Dienstes vorzudringen. Die restriktive Einstellungspraxis ist die Folge einer Sparpolitik, die den öffentlichen Dienst seit den 1990er Jahren von 6,7 auf 4,6 Millionen Angestellte schrumpfen ließ. Etwa die Hälfte des Personalabbaus ging auf Privatisierungen zurück (Hans-Böckler-Stiftung 2015b). Für die Gewerkschaften bedeutet die Zunahme befristeter Beschäftigungen eine markante Schwächung: Wer befristet ist, traut sich in der Regel nicht, offensiv für seine Rechte einzutreten.

#### 4—2 UNFREIWILLIGE TEILZEIT – VERTEILUNG VON ARBEITSZEIT

**CHRISTINA: ALLEINERZIEHENDE VERKÄUFERIN<sup>2</sup>** Christina ist Ende 30, unverheiratet, alleinerziehende Mutter eines Kindes, ausgebildete Schneiderin und arbeitslos, da sie keine Arbeit fand, die ihren Lebensunterhalt deckt und zugleich die Versorgung ihres Kindes ermöglicht. Doch im Zuge der Hartz-Reformen wurde das Recht auf ein staatlich garantiertes armutsfestes Existenzminimum relativiert und seine Einlösung an Pflichten gebunden. Deren Ziel ist die Motivation zur Arbeit unterhalb der Standards der alten «Normarbeitsverhältnisse»:

*«Die sind jetzt netter im Jobcenter, aber du bekommst immer vermittelt, dass du dich mehr anstrengen musst, dass du was falsch machst, es an mir liegt. Und wenn ich nicht dauernd beweise, wie ich mich bemühe, drohen sie mir, Leistungen zu kürzen – aber ganz freundlich, und du darfst dich nie aufregen, bloß nicht. Da wird auch ein mieser Job wieder attraktiv, aber soll ich jetzt putzen gehen? Habe ich kein Recht auf einen vernünftigen Job, von dem ich leben kann?»*

2 Die folgende Darstellung zu Christina, inklusive der Zitate, ist der Untersuchung von Mario Candeias und Eva Völpel (2014: 21 ff.) entnommen.

Christina findet eine Stelle als Verkäuferin, zunächst sozialversicherungsfrei auf 400-Euro-Basis, dann immerhin für 30 Stunden in der Woche – also eine «lange Teilzeitstelle» an fünf Tagen pro Woche, befristet. Der Lohn ist so gering, dass sie zusätzlich «ergänzende Leistungen zum Lebensunterhalt» bezieht – sie ist eine der 1,3 Millionen sogenannten AufstockerInnen, die trotz Arbeit staatliche Unterstützung erhalten, um wenigstens das nicht einmal armutsfeste Existenzminimum zu erreichen, eine staatlich verwaltete «working poor».

*«Für das bisschen zusätzliches Geld muss man sich aber dauernd rechtfertigen und alles bloßlegen; die verursachen einen Wahnsinnsaufwand, und dann stimmen die Bescheide oft nicht.»*

Will sie ihr Recht erlangen, muss sie Widersprüche einlegen und gegebenenfalls vors Sozialgericht gehen, wie so viele.

*«Aber wer hat die Zeit dafür?»*

Nach eigener Auskunft arbeitet Christina, Erziehungs- und Hausarbeit eingerechnet, 70 Stunden in der Woche.

*«Der Stress macht dich platt, zwischen der Chefin, die dauernd antreibt, und den vielen Kunden, die an mir ziehen [...] Wie soll man da noch freundlich und aufmerksam bleiben? Auch die Kolleg\_innen sind überlastet, da kann man sich auch gegenseitig kaum helfen, darunter leidet das Betriebsklima. Und am Ende denkt jede, man schafft den eigenen Anspruch nicht, ich bringe nicht genügend Leistung.»*

Der gerade im Dienstleistungsbereich notwendige affektive Aspekt wird untergraben, die Leistung qualitativ hochwertiger Arbeit erschwert – die Folgen sind Stress, Dequalifizierung und eben niedrige Löhne, begründet durch das von den Unternehmen selbst produzierte niedrige Leistungsniveau. [...] Die Verkennung beziehungsweise Entwertung der durchaus vorhandenen Qualifikationen und Leistungen der Beschäftigten ist funktional. Deren Anerkennung würde die Zahlung der Niedrigstlöhne erschweren, das Selbstwertgefühl und die Ansprüche der Beschäftigten auf soziale Rechte stärken.

*«Du brauchst nur kurz darauf hinzuweisen, dass du gewisse Rechte hast, zur Pause zu gehen, Dienstplanänderungen rechtzeitig angekündigt zu bekommen oder dass ich nicht für das Putzen im Lager zuständig bin, schon bist du auf dem Kieker.»*

Entsprechend werden Organisationsversuche etwa zur Gründung eines Betriebsrates mit Drohungen und subtilen Strafen, Versetzung etc. beantwortet. Tarifrecht ist hier seiner Bedeutung enthoben – nur noch eine institutionelle Hülle, die zwar gilt, aber leer bleibt, weil der Anspruch individuell kaum eingelöst werden kann. Niedriglohn erfordert dabei, damit die Arbeitskräfte auch billig bleiben, in gewissem Sinne die kruden, autoritär-paternalistischen Ausbeutungsverhältnisse – oftmals auf Kosten der Produktivität. Die Schwierigkeit, von den erarbeiteten Lohneinkünften ein Leben oberhalb der Armutsgrenze zu bestreiten, stellt Christina vor Zerreißproben.

**MINIJOBS** Mit dem Inkrafttreten des «Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen» (Hartz II) im Jahr 2003 erfolgte eine Umwandlung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen in sogenannte Minijobs, bei denen der monatliche Höchstverdienst inzwischen 450 Euro beträgt. Die Obergrenze von 15 Wochenstunden Arbeit in geringfügiger Beschäftigung entfiel. Die Arbeitge-

ber zahlen seitdem eine einheitliche Pauschale für MinijobberInnen, was ihnen bürokratische Vorteile bietet. Während 2003 etwa 5,5 Millionen Menschen in geringfügiger Beschäftigung waren, arbeiteten ein Jahr später fast eine Million mehr in Minijobs, 2014 war ihre Zahl auf 7,5 Millionen angestiegen (Deutscher Gewerkschaftsbund 2012b).

Da geringfügige Beschäftigungen steuerfrei sind und keine Abgaben für die Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung gezahlt werden müssen, entgehen den Sozialkassen massenhaft Beiträge. Von der Umwandlung von Vollzeit- in Minijobs profitieren vor allem die Unternehmen, da hiermit auf ihrer Seite große Einsparungen verbunden sind. Obwohl Teilzeitbeschäftigte nach dem 2001 eingeführten Teilzeit- und Befristungsgesetz nicht benachteiligt werden dürfen, ist genau dies die Regel. Die Löhne werden gedrückt, und die Arbeitgeber nutzen die Unkenntnis der rechtlichen Lage aus. Häufig werden Leistungen, auf die es einen Rechtsanspruch gibt, wie die Fortzahlung von Lohn im Krankheitsfall oder bezahlter Urlaub, unterschlagen, und tarifliche Sonderleistungen werden einfach nicht gewährt. Mehr als drei Viertel aller MinijobberInnen verdienten 2012 unter 8,50 Euro pro Stunde, also weniger als der damals vom Deutschen Gewerkschaftsbund geforderte und seit Januar 2015 geltende Mindestlohn (ebd.).

**UNFREIWILLIGE TEILZEIT** Im Teilzeit- und Befristungsgesetz ist unter anderem geregelt, dass Beschäftigte, die für eine gewisse Zeit weniger arbeiten wollen, später kein Recht auf eine Rückkehr in ihre alte Vollzeitstelle haben. Weiter heißt es, dass der Wunsch der Beschäftigten hiernach zwar zu berücksichtigen sei und diese gegenüber Externen zu bevorzugen seien, «es sei denn, dass dringende betriebliche Gründe oder Arbeitszeitwünsche anderer Teilzeitbeschäftigter entgegenstehen». Diese Einschränkung eröffnete Unternehmen sowie Arbeitgebern im öffentlichen Dienst die Möglichkeit zu massenhaftem Missbrauch. Häufig werden dringende Gründe konstruiert und Beschäftigte damit unfreiwillig in Teilzeitarbeit gehalten. In den meisten Fällen sind es Frauen, die nach einer Schwangerschaft, nach Pflegezeiten oder Ähnlichem nicht mehr aus ihrem Teilzeitstatus herauskommen. Zehn Millionen Beschäftigte arbeiten heute in Deutschland in Teilzeit, etwa zwei Millionen davon tun dies unfreiwillig. So strebt etwa in Ostdeutschland über die Hälfte der teilzeitbeschäftigten Frauen eigentlich eine Vollzeitstelle an (vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2015).

**STRESS UND ÜBERLASTUNG** Seit vielen Jahren nehmen berufsbedingte Erkrankungen durch Stress und permanente Überarbeitung zu. Die Entwicklungen sind höchst beunruhigend. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der LINKEN im Bundestag im Sommer 2014 geht hervor: Im Jahr 2012 wurden etwa 61,5 Millionen «Arbeitsunfähigkeitstage» gezählt, das sind Ausfalltage von Beschäftigten, die durch psychische Belastungen oder Verhaltensstörungen verursacht wurden. Im Vergleich zum Jahr 2001 ist dies ein Anstieg um 83 Prozent – damals waren es noch 33,6 Millionen Tage (vgl. Bundesregierung 2014c). Besonders Frauen sind übermäßig stark von Stress und Überlastungen betroffen. 2012 veröffentlichte der Deutsche Gewerkschaftsbund Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter dem Titel «Arbeitshetze – Arbeitsintensivierung – Entgrenzung». Daraus geht hervor: 63 Prozent der Befragten müssen seit Jahren immer mehr in derselben Zeit leisten, 52 Prozent müssen sehr häufig oder oft gehetzt arbeiten, 49 Prozent gehen mindestens zweimal im Jahr auch dann zur Arbeit, wenn sie sich richtig krank fühlen, 37 Prozent müssen auch zu Hause an Schwierigkeiten bei der Arbeit denken, 34 Prozent fällt es schwer, nach der Arbeit abzuschalten, 20 Prozent leisten pro Woche zehn und mehr Überstunden (Deutscher Gewerkschaftsbund 2012c).

Gewerkschaftliche Forderungen nach Reduzierung und Umverteilung von Arbeitszeit sind in den letzten Jahren stark in den Hintergrund getreten. In den 1980er und 1990er Jahren wurde noch viel mehr darüber diskutiert, unter anderem mit der Begründung, durch weniger Arbeitsstunden für alle könnten

neue Arbeitsplätze entstehen, die Massenarbeitslosigkeit könnte abgebaut werden. So bliebe fürs Leben mehr Zeit.

● Die Vernachlässigung dieser Diskussion hat viele Gründe: Zunehmende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Erfahrung von Arbeitsverdichtung durch Rationalisierung, Befürchtungen, dass die Kraft für den vollen Lohnausgleich nicht reichen könne, und insgesamt Angst vor einer Niederlage in den Gewerkschaftsführungen. [...] Im Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche 1984 war die Losung der Frauen: Wir wollen «mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen». Und manchmal wurde ein «Lernen» hinzugefügt, denn auch dafür wollten die Frauen mehr Zeit. Das ging weit darüber hinaus, Arbeitslosigkeit mit Arbeitszeitverkürzung bekämpfen zu wollen. Mit der Frauen-Losung ertönte plötzlich eine ganz besondere Melodie im Streik, eine Melodie, die das ganze Leben in den Blick nahm.

••• Stamm 2013: 100 f.

Die Überlegungen und Forderungen aus den 1980er Jahren sind aber gerade heute wieder hochaktuell, denn Arbeit ist heute noch ungleicher verteilt als damals: Während auf der einen Seite Millionen Menschen durch Überstunden krank werden, sind Millionen arbeitslos oder unterbeschäftigt und können von ihrer Arbeit nicht leben. Einschränkungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge bei gleichzeitiger Verlagerung der Verantwortung für die soziale Absicherung ins Private rauben den Menschen zusätzliche Energien und Lebenszeit, vor allem noch immer den Frauen. Die IG Metall und ver.di haben daher die Frage der Arbeitszeit wieder ganz oben auf ihre Agenda gesetzt. Attac fordert eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich für alle Arbeitenden in Europa als eine Antwort auf die Krise (vgl. Attac Deutschland 2014).

#### 4—3 SOLO-SELBSTSTÄNDIGKEIT UND WERKVERTRÄGE

**HANS-JÖRG: SOLO-SELBSTSTÄNDIGER IT-TECHNIKER** 1993 schloss Hans-Jörg sein Studium als Chemie-Ingenieur ab. Er berichtet:

«1993 war die Wirtschaft so belastet, dass ich bei Bewerbungen nicht einmal Vorstellungsgespräche bekommen habe. Von meinem Studienjahrgang hat nur ein Viertel einen Arbeitsplatz bekommen, der Rest hat umgeschult.»

Hans-Jörg machte eine Fortbildung zum IT-Techniker, allerdings ohne Abschluss als Facharbeiter. Er hatte Glück und bekam trotzdem eine Stelle. 2005 verlor er den Job und arbeitet seitdem als Solo-Selbstständiger mit Werkverträgen. Er wünscht sich eine feste Anstellung, schreibt ständig Bewerbungen an Firmen und Leiharbeitsfirmen, hatte aber bislang noch keinen Erfolg. Heute ist er 46 Jahre alt.

«Ich habe zurzeit einen Werkvertrag über einen Monat. Die Aufträge reichen nicht zum Leben. [...] Ich habe jetzt nach neun Monaten, in denen ich versucht habe, selbstständig zu sein, für einen Monat Arbeit. In den neun Monaten [...] bekam ich von der Agentur für Arbeit Stützgeld. In den letzten fünf Jahren verdiente ich mal sieben, acht, neun Euro pro Stunde. Zwischendurch hatte ich keine Arbeit und da war das Leben immer sehr schwierig und ich hatte sehr lange Arbeitslosenzeiten. Mehrmals musste ich Hartz IV beantragen. Jetzt arbeite ich als Selbstständiger in diesem Monat und bekomme nach Abzug meiner Unkosten 10 Euro Stundenlohn.»

**ICH-AGS** Das Hartz-II-Gesetz von 2003 forcierte auch die Entstehung von sogenannten Ich-AGs: Wer sich selbstständig machte, wurde anfangs drei Jahre lang finanziell vom Arbeitsamt unterstützt. Hinter der staatlichen Förderung dieser neuen Selbstständigen

stand auch die Absicht, das Angebot kostengünstiger privater Dienstleistungen auszuweiten. Im Jahr 2006 wurde die Ich-AG als Fördermaßnahme eingestellt und durch den kostengünstigeren Gründungszuschuss ersetzt. Er kann nur von denjenigen beantragt werden, die Arbeitslosengeld I erhalten. Hartz IV-BezieherInnen können nur einen Antrag auf ein schlechter dotiertes «Einstiegs-geld» stellen. Die meisten Bezuschussten wurden zu Solo-Selbstständigen, blieben also ohne MitarbeiterInnen. 2012 waren 6 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland Solo-Selbstständige, das sind etwa 2,4 Millionen (zum Vergleich: Anfang der 1990er Jahre betrug ihre Zahl noch knapp 1,3 Millionen; Deutscher Gewerkschaftsbund 2012d). Für Erwerbslose mag die Gründung einer eigenen Firma zuerst sehr attraktiv wirken: «Der Austritt aus der Lohnarbeit, aus einer vermeintlich unverantwortlichen, abhängigen Existenzweise, erscheint als Übernahme individueller Eigenverantwortung und Gewinnung von Unabhängigkeit» (Candeias 2008). Für etwa ein Drittel der Solo-Selbstständigen bedeutet dies jedoch: Sie verharren im Niedriglohnbereich. Für ihre soziale Absicherung – Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung – sind sie selbst verantwortlich. Vielen fällt es schwer, die hohen Beiträge zu entrichten und mit dem hohen unternehmerischen Risiko ganz allein klarzukommen.

### SELBSTSTÄNDIGE OHNE MITARBEITER

Anteil an allen Erwerbstätigen in %

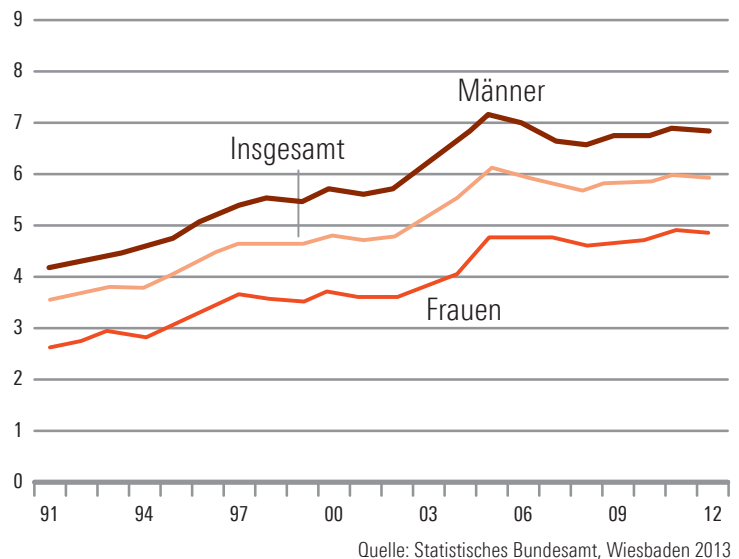


Abb. 6: Entwicklung des Anteils der (Solo-)Selbstständigen an der Erwerbsbevölkerung 1991 bis 2012

**WERKVERTRÄGE** Auch die Vergabe von Werkverträgen hat in den letzten Jahren ganz offensichtlich erheblich zugenommen, obwohl hierzu verlässliche Zahlen fehlen. Weder das Bundesarbeitsministerium noch das Statistische Bundesamt erheben Daten zum Umfang von Werkvertragsarbeit in Deutschland. Das hat etwas mit dem Wesen von Werkverträgen zu tun: Bei einem Werkvertrag schreibt der Auftraggeber eine Dienstleistung aus, die der sogenannte Auftragnehmer dann eigenverantwortlich ausführt. Wie viele Arbeitskräfte er oder sie dafür einsetzt, muss nirgendwo festgehalten werden (vgl. IG Metall 2015a). Besonders verbreitet sind Werkverträge in den folgenden Bereichen: bei Projektarbeiten in der Kreativ- oder IT-Branche, in der Wissenschaft, im Groß- und Einzelhandel und in der Logistik. Über diese Verträge werden bestimmte Tätigkeiten ausgelagert, die Bezahlung erfolgt nicht nach Stundenlohn, sondern pauschal für die Lieferung oder Erstellung eines «Werks». Das kann ein Studienbericht, aber auch das Befüllen von Regalen oder eine gewisse Anzahl von ausgelieferten Paketen sein. Im Zuge der Ausgliederung vieler Tätigkeiten kommt es oft zu «Scheinwerkverträgen», aber Missbräuche sind schwer nachzuweisen. Auch haben die über Werkvertrag Arbeitenden keine oder nur eingeschränkte Mitbestimmungsrechte im Betrieb des Auftraggebers.

In der Industrie ist seit einigen Jahren zu beobachten, wie immer mehr LeiharbeiterInnen zu WerkvertragsnehmerInnen werden. Dieser Trend setzte 2012 ein, nachdem es gelungen war, für LeiharbeiterInnen gewisse Arbeitsstandards tariflich durchzusetzen. Die WerkvertragsnehmerInnen verdienen oft deutlich weniger als Leiharbeitskräfte und haben tendenziell noch weniger Rechte. In der Automobilindustrie arbeitet etwa ein Drittel der Beschäftigten auf der Grundlage eines Werkvertrages, auf den Werften sind es fast 40 Prozent (ebd.). In den letzten paar Jahren wurden immer mehr Fälle von Missbräuchen bekannt.

#### 4–4 DISKRIMINIERUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT

##### **BERTHOLD: MIT SCHWERBEHINDERUNG AUF JOBSUCHE**<sup>3</sup>

Seit 2008 ist Berthold nach einem Unfall schwerbehindert. Er ist 49 Jahre alt und arbeitet zurzeit in einem Minijob, weil er keine existenzsichernde Arbeit findet. Er glaubt immer weniger daran, noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben.

Berthold lebt in einer kleinen Stadt in Brandenburg. Nach Abschluss der 10. Klasse absolvierte er eine Ausbildung zum Maschinen- und Anlagemonteur. Danach arbeitete er etwa fünf Jahre in seiner Heimatstadt, danach war er bei verschiedenen Firmen in ganz Deutschland angestellt. In fast 30 Jahren war er nur zweimal je vier Wochen arbeitsuchend gemeldet und so gut wie nie krank.

2008 änderte sich für Berthold alles – er fiel in seiner Küche um und brach sich dabei zwei Lendenwirbel. Daraufhin war er länger krankgeschrieben. Rückwirkend wurde er als erwerbsgemindert eingestuft und erhielt eine entsprechende Rentenleistung, wurde jedoch bei der Beantragung auf eine Verlängerung wieder als gesund eingeschätzt. Seitdem lebt er von den Zahlungen aus seiner privaten Berufsunfähigkeitsversicherung (800 Euro im Monat). Der Wiedereinstieg in das Berufsleben gelang ihm trotz umfangreicher Arbeitssuche (er hat um die 100 Bewerbungen geschrieben) bis heute nicht. Übrig blieb für ihn nur eine Stelle als Pförtner oder Sicherheitsfachkraft, dafür benötigt er jedoch ein bestimmtes Sicherheitszertifikat, für das er bezahlen muss. Die Kostenübernahme wird ihm vom Integrationsfachdienst und Jobcenter aber verwehrt.

So arbeitet Berthold seit einem Jahr in einem Minijob (14,5 Stunden pro Woche). Seine Aufgabe besteht darin, die Außenanlagen einer Schwimm- und Sporthalle zu pflegen. Damit kann er sich monatlich etwas zu seiner Berufsunfähigkeitsversicherung dazuverdienen. Er ist allerdings sehr unzufrieden mit seiner Situation, enttäuscht und verunsichert durch die zahlreichen erfolglos verlaufenen Bewerbungen. Nach wie vor wünscht er sich nichts mehr als eine anständige und für ihn angemessene Erwerbstätigkeit.

**MENSCHEN MIT BEHINDERUNG** Von rund neun Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland sind 2,5 Millionen erwerbstätig. Nur 4 Prozent aller Behinderungen bestehen von Geburt an, der Rest entsteht durch Unfälle oder Krankheiten im Laufe des Lebens, vermehrt im höheren Alter (Deutscher Gewerkschaftsbund 2010).

● **Verbreitung und Entwicklung sind auch abhängig von gesellschaftlichen Entwicklungen. Oft ist das Arbeitsleben selbst Auslöser für Erkrankungen und Behinderungen. So hat die Zahl psychischer Erkrankungen und Behinderungen in den letzten Jahren enorm zugenommen. [...] Schlechte Arbeitsbedingungen wie andauernder Stress, hoher Leistungsdruck, einseitig belastende Arbeitsabläufe, schwere körperliche Arbeit oder unsichere Arbeitsverhältnisse wirken negativ auf Gesundheit und Wohlbefinden der Beschäftigten.**

●● Ebd.: 3

Behinderte Menschen haben große Schwierigkeiten, Arbeit zu finden, weil auf Unternehmensseite viele Vorurteile bestehen. Häufig mangelt es in den Betrieben und Verwaltungen an Barrierefreiheit, und viele Unternehmen schrecken vor den Kosten für den entsprechenden Ausbau der Gebäude zurück. Neben der Diskriminierung bei der Jobsuche tragen Menschen mit Behinderung grundsätzlich ein größeres Risiko als andere, arbeitslos zu werden. Unter allen Hartz-IV-EmpfängerInnen sind nach eigenen Einschätzungen 35 Prozent gesundheitlich beeinträchtigt, 11 Prozent haben anerkannte Behinderungen (vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2010). In den letzten Jahren haben sich die Chancen für Behinderte auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert: Ihr Kündigungsschutz wurde gelockert, die gesetzlich festgelegte Pflichtquote für Einstellungen wurde 2001 von 6 auf 5 Prozent gesenkt. Als Gegenleistung für die Quotensenkung sollten 50.000 neue Stellen für Behinderte geschaffen werden, mithilfe staatlicher Förderung. Die Stellen kamen aber nie zustande.

Die Jobcenter vermitteln arbeitslose Menschen mit Behinderungen zunehmend in Ein-Euro-Jobs. Der Anteil derjenigen, die so ihren Weg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden, ist gering: Es sind gerade mal 12 Prozent. Die MitarbeiterInnen der Jobcenter sind angehalten, alles zu tun, was die offiziellen Arbeitslosenstatistiken entlastet. Berufliche Rehabilitationsmaßnahmen werden immer seltener gewährt (Deutscher Gewerkschaftsbund 2010: 17). In den über 600 Behindertenwerkstätten in Deutschland wird für durchschnittlich 150 Euro im Monat gearbeitet. Der Mindestlohn gilt hier nicht (vgl. Driesener 2011).

●●●

<sup>3</sup> Die folgende Darstellung stammt aus einem Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2013: 51).

## 5 «ERFAHRUNGEN, DIE VON WUT UND OHNMACHT BEFREIEN» – BEISPIELE VON ORGANISIERUNG UND GEGENWEHR

**Die Herausforderungen** für einen positiven gesellschaftlichen Wandel beginnen mit einer Kritik an den realen Verhältnissen. Diese hat sich sowohl auf die gewandelten Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse und die unter dem Stichwort «Krise der Reproduktion» zusammengefassten Entwicklungen (vgl. hierzu Kap. 2.2) zu richten als auch auf die sozialen Verunsicherungen und Verwerfungen, die aus diesen hervorgehen. «Die Auseinandersetzung mit Prekarität als Kernelement der sozialen Frage ermöglicht es, die Gegenüberstellung von Exklusion und Inklusion, von Outsidern und Insidern zu überwinden und die herrschaftsstabilisierende Funktion von Ungleichpolitik und Prekarisierung zu identifizieren» (Reitzig 2010: 4).

Der zentrale Maßstab für emanzipatorische Veränderung ist jedoch, inwieweit es gelingt, die Voraussetzungen für die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit derjenigen zu verbessern oder überhaupt erst zu schaffen, die ihre eigene Situation verändern, sich aber auch mit anderen gegen die Ausweitung prekärer Arbeits- und Lebenslagen zur Wehr setzen wollen. In einem ersten Schritt müsste es darum gehen, noch mehr Menschen dazu zu ermutigen, vermeintliche Sachzwänge und Logiken, mit denen Lohndumping, Entlassungen, Einsparungen bei Sozialausgaben oder die Privatisierung der Daseinsvorsorge vonseiten der Politik und der Medien in der Regel gerechtfertigt werden (Standortkonkurrenz, Notwendigkeit zum Sparen etc.), infrage zu stellen. Dies wäre eine wichtige Bedingung dafür, um das weitverbreitete Gefühl der Vereinzelung, des Ausgeliefertseins und der Ohnmacht zurückdrängen oder gar überwinden zu können. Darüber hinaus besteht eine wichtige Aufgabe der Linken in dem Aufzeigen von Alternativen zum Herrschenden (vgl. hierzu auch Kap. 6 zu Strategien und Forderungen), und darin, deutlich zu machen, dass soziale Verhältnisse schon immer umkämpft waren und dass es auch heute erfolgreiche Organisationsversuche gibt, die sich den schwierigen Verhältnissen stellen und auf Solidarität und kollektive Mobilisierungen setzen – und dies oftmals aus einer Situation heraus, die manche eher als perspektiv- und hoffnungslos beschreiben würden.

Dabei ist zu bedenken: «Jede Zeit, jede konkrete gesellschaftliche Konstellation entwickelt ihre eigene Artikulation von Gegenwehr und ihre eigenen Streikformen» (Zeise 2014: 2). Ein Blick auf gewerkschaftliche Auseinandersetzungen der jüngeren Vergangenheit macht deutlich: Neue konfliktorientierte und innovative Ansätze sind gerade in den Sektoren entstanden, die in den letzten Jahren besonders massiven Angriffen und Umstrukturierungen ausgesetzt waren (ebd.). Dass die Organisation prekär Beschäftigter möglich ist, Arbeitsverbesserungen durchgesetzt und dabei auch neue Gewerkschaftsmitglieder gewonnen werden können, das haben verschiedene Organizing-Kampagnen der IG Metall, der IG BAU und von ver.di gezeigt, im Sicherheitsgewerbe, in der Telekommunikation und unter Leiharbeitskräften, um nur einige zu nennen. Insbesondere die Kampagne von ver.di gegen den Lebensmitteldiscounter Lidl erreichte eine bundesweite Aufmerksamkeit, weil die Gewerkschaft gezielt ein Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen eingegangen war,

dem es gelang, die Praktiken des Discounters öffentlichkeitswirksam zu skandalisieren.

Weiterhin bemerkenswert ist: Einige der wichtigsten Arbeitskämpfe und Auseinandersetzungen der letzten Jahre fanden im Bereich sozialer und anderer Dienstleistungen statt, in dem weiterhin vorwiegend Frauen zu relativ schlechten Bedingungen tätig sind. Immer öfter gehen Gruppen von Beschäftigten auf die Barrikaden, mit deren Aufbegehren und Widerständigkeit niemand wirklich gerechnet hatte: Frauen im Einzelhandel, Erzieherinnen, Pfleger und Krankenschwestern. Deren Auseinandersetzungen stehen auch für neue Kampfformen, eine demokratischere Streikkultur, Erfahrungen mit neuen Bündnissen, zum Beispiel zwischen Beschäftigten und den von ihrer Arbeit Abhängigen.

● Hier liegen Ansätze einer (Re-)Organisierung vor,  
 ● die Kämpfe um Arbeitsverhältnisse mit solchen  
 ● um ein gutes Leben verknüpfen, Ansprüche an gute Arbeit mit einem Umbau von Zeitregimen, Geschlechterverhältnissen und einer sozial-ökologischen Transformation.

●●● LuXemburg 1/2013, Editorial

**AUSWAHL DER BEISPIELE** Die Kämpfe der Pflegekräfte am Berliner Krankenhaus Charité, die 2011 begannen und bis heute anhalten, repräsentieren diese neue Organisations- und Streikkultur. Sie sind das erste beeindruckende Beispiel für eine gelungene Gegenwehr gegen die Ausweitung prekärer Verhältnisse – hier im Gesundheitswesen –, das wir in diesem Kapitel kurz vorstellen werden.

Die Initiative Kotti & Co. ist das zweite Beispiel, das wir ausgewählt haben. Es steht stellvertretend für die zunehmenden Mieterkämpfe in Deutschland und für Auseinandersetzungen um das «Recht auf Stadt». Diese sind Ergebnis eines wachsenden Unbehagens mit Prozessen, die seit den 1990er Jahren unter den Stichworten «neoliberale Umstrukturierung der Städte» oder «unternehmerische Stadtpolitiken» diskutiert werden und vielerorts zulasten von Prekären und Einkommensschwachen gehen und Verdrängungsprozesse nach sich ziehen. Doch «der Verlust an sozialen, politischen, wirtschaftlichen und Bürgerrechten ist nicht nur für traditionell ausgegrenzte bzw. benachteiligte Gruppen schmerzlich spürbar geworden, sondern zunehmend auch für relativ privilegierte Stadtbewohner, deren Vorstellungen vom guten städtischen Leben nicht aufgehen in der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Räume, der Aufwertung und Vermarktung ihrer Kieze und der Unterwerfung ihres Alltags unter die wachsende Standortkonkurrenz» (Mayer 2012: 63). In der Auseinandersetzung um bezahlbaren Wohnraum und die Zukunft unserer Städte und Kommunen deuten sich also auch Möglichkeiten von neuen Mitte-unten-Bündnissen an.

Das dritte in dieses Kapitel aufgenommene Beispiel «Lampedusa in Hamburg» steht repräsentativ für Organisationsprozesse von nach Deutschland Geflüch-

teten, die seit einigen Jahren eine neue Dimension erlangt haben. Ausgangspunkt war der Selbstmord von Mohammad Tahsepar im Januar 2012 in Würzburg, einem jungen Mann aus dem Iran, der mit seiner scheinbar aussichtslosen Lage in Deutschland nicht zurechtkam. Seine Verzweiflungstat führte überall im Land zu Protesten und einer breiteren öffentlichen Auseinandersetzung über die vielerorts menschenunwürdigen Lebensbedingungen von AsylbewerberInnen. Seitdem kämpft die selbstbewusst gewordene Refugee-Bewegung in Deutschland, zu denen die Gruppe «Lampedusa in Hamburg» gehört, gegen die sogenannte Residenzpflicht, die Unterbringung in Lagern und gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete. Das Mobilisierungspotenzial dieser neuen bundesweiten sozialen Bewegung reicht inzwischen weit über das traditionelle linke Milieu hinaus und ermutigt dazu, mit Forderungen nach gleichen sozialen Rechten für alle, würdigem Wohnen, medizinischer Versorgung, Arbeitserlaubnis und einem Bleiberecht drohende Spaltungen zwischen verschiedenen Gruppen von Prekarisierten entgegenzuwirken.

Die hier vorgestellten Initiativen und Bewegungen können alle als eine Art Labor für die Erprobung neuer solidarischer und demokratischer Praxen und Bündnisformen betrachtet werden. Immer häufiger richten sich die Proteste gegen Prekarisierungstendenzen in verschiedenen Lebensbereichen und stellen Verknüpfungen her, nicht zuletzt zwischen dem Ungleichheit und Unterdrückung fördernden kapitalistischen Weltwirtschaftssystem und den politischen und ökonomischen Verhältnissen in Deutschland. Hier werden darüber hinaus neue Formen der Selbstermächtigung von Gruppen praktiziert, die lange Zeit als besonders schwach, als zu ressourcenarm oder als zu zersplittert galten – getrennt durch Herkunft, Sprache, Religion etc. –, um sich überhaupt organisieren zu können. Diese Ansicht wurde bis vor Kurzem auch in großen Teilen der Linken vertreten.

Die neue Qualität des Widerstands von prekär Arbeitenden und Lebenden zu betonen, heißt jedoch nicht, so zu tun, als sei die Ausweitung und Zusammenführung der vielen kleineren und größeren Kämpfe ein Kinderspiel. Auch wenn bereits viele Verbindungen bestehen:

● Für die Gewinnung von Handlungsfähigkeit ist es notwendig, aus Widerspruchskonstellationen, in denen sich alle bewegen müssen, eine Verallgemeinerung von Interessen zu erarbeiten, die Differenzen respektiert. [...] das Bild der Assoziation in einer Bewegung ist dabei sicherlich tragfähiger als das der großen, einheitlichen Kraft.

●●● Candeias/Völpel 2014: 47

In diesem Sinne stehen die folgenden Beispiele für einen vielversprechenden Anfang und ein Signal. Es wird sich zeigen müssen, inwieweit es auch in Deutschland möglich ist, in den gegenwärtigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen um Prekarisierung nicht nur Gemeinsamkeiten zu propagieren, sondern auch wirklich herzustellen und zur Grundlage der Neuformierung starker linker Bewegungen und Mobilisierungen zu machen.

## 5—1 «MEHR VON UNS IST BESSER FÜR ALLE!» ARBEITSKÄMPFE AN DER BERLINER CHARITÉ

«Mehr von uns ist besser für alle!» Unter diesem Motto ist in Berlin an einem der größten Universitätskliniken Europas eine beeindruckende neue Tarifbewegung entstanden, die wegweisend sein könnte für zukünftige Arbeitskämpfe in Krankenhäusern und im gesamten Gesundheitswesen. Schon seit Jahren sind die drückenden Personalprobleme an der Berliner Charité Gegenstand von erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den Beschäftigten sowie ihrer Gewerkschaft ver.di und der Klinikleitung. Mit einer neuartigen Tarifforderung wollen die hauptsächlich weiblichen Angestellten nun dem Pflegenotstand entgegentreten. Sie fordern unter anderem eine «Mindestpersonalbemessung», also einen festen Schlüssel von PatientInnen pro Pflegekraft, was nicht nur ihrem Interesse an

besseren Arbeitsbedingungen entspricht, sondern auch die Bedürfnisse der PatientInnen nach einer besseren Versorgung sowie die der Angehörigen und FreundInnen berücksichtigt, da die Letzteren oftmals einspringen müssen, wenn das Krankenhaussystem versagt. Damit schreibt das widerständige Personal an der Charité in gewisser Weise Geschichte, weil damit zum ersten Mal in einem Arbeitskampf im Gesundheitssektor eine «qualitative Forderung», die sich direkt gegen die fortschreitende Ökonomisierung alles Sozialen richtet, im Zentrum steht. Bereits im Sommer 2011 hatte am Berliner Universitätskrankenhaus ein öffentlichkeitswirksamer Streik stattgefunden, an dem sich damals etwa 2.000 Pflegekräfte beteiligten, unterstützt von ver.di und dem Deutschen Beamtenbund (vgl. zum Streik von 2011 ausführlicher Luigi 2013 und Zender 2014). Zuvor hatte ver.di fünf Monate lang mit der Geschäftsführung über den Abschluss eines neuen Tarifvertrags für die insgesamt 10.000 nichtärztlichen Beschäftigten verhandelt, allerdings ohne positives Ergebnis. Hintergrund dieser Auseinandersetzung: Bereits 2003 war das Land Berlin als Haupteigentümer der Charité aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten, sodass für die Beschäftigten nicht länger der Flächentarifvertrag galt. Nach einem fünftägigen Vollstreik (während dieser Zeit blieben 40 Stationen mit etwa 50 Prozent der Betten geschlossen, 90 Prozent der terminierten Operationen fielen aus, was einen Einkommensverlust von rund 5,5 Millionen Euro für die Klinik bedeutete) konnten die Beschäftigten ihre finanziellen Forderungen nach 300 Euro mehr Gehalt im Monat weitgehend durchsetzen. Es wurde vereinbart, dass ihr Gehalt schrittweise an das Niveau des Flächentarifvertrags angepasst werden sollte.

Dieser Erfolg erwies sich später jedoch als ein zwiespältiger Sieg. Zwar waren Lohnsteigerungen erkämpft und gewerkschaftliche Organisationsmacht aufgebaut worden, allerdings nutzte die Klinikleitung die damit gestiegenen Kosten als Begründung für weitere Personalkürzungen und Arbeitsverdichtung. So kam es 2013 zu erneuten Arbeitsauseinandersetzungen. Dieses Mal forderte das Personal eine tarifvertraglich geregelte Mindestbesetzung, um eine gute Patientenbetreuung sicherzustellen. Auf diesem Weg soll verhindert werden, dass der Personalschlüssel nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten berechnet wird. Unterstützung bekamen die Beschäftigten an der Charité im Juni 2013 von der neu gegründeten Initiative «Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus», das ein ungewöhnlich breites zivilgesellschaftliches Bündnis darstellt, bestehend aus Pflegekräften, MedizinstudentInnen, Auszubildenden, VertreterInnen von Gewerkschaften, der Partei DIE LINKE, des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe und verschiedenen linken und sozialpolitischen Initiativen sowie zahlreichen solidarischen Einzelpersonen. Mit Unterschriftenaktionen, Flashmobs und öffentlichen Veranstaltungen setzen sie sich nicht nur für die Forderungen der Beschäftigten in den Tarifauseinandersetzungen an der Charité ein, sondern für eine gesetzliche Regelung zur Personalbemessung an allen Krankenhäusern. Fast 500 UnterstützerInnen bekennen sich auf ihrer Website zum Arbeitskampf der Pflegekräfte. «Ich zeige Gesicht für mehr Personal im Krankenhaus, weil jeder menschenwürdig und gut gepflegt werden möchte», lautet eine der eingängigen Begründungen.

2014 schien der Konflikt vorerst gelöst zu sein, nachdem das Krankenhaus zumindest die Neuanstellung von 80 zusätzlichen Beschäftigten und die Gründung einer paritätisch besetzten Gesundheitskommission zugestanden hatte. Die hätte das neue Personal dort einsetzen sollen, wo es am dringendsten gebraucht wurde. Allerdings hat sich diese Kommission als untauglich erwiesen. Die versprochenen Einstellungen erfolgten viel zu langsam, außerdem konnte das neu eingestellte Personal den Abgang vieler altgedienter PflegerInnen nicht auffangen. Da die Arbeitsbelastungen seit 2011 eher zugenommen haben, rief ver.di im Frühjahr 2015 daher zu Warnstreiks auf, um die Klinikleitung an den Verhandlungstisch zu zwingen (vgl. Soos 2015). An diesen Streiks beteiligten sich an den verschiedenen Berliner Standorten mehrere Hundert Beschäftigte, das Bündnis «Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus» brachte 1.500 Menschen auf die Straße, um die Forderungen der Beschäftigten und von ver.di nach einer Beendigung des Pflegenotstands nachdrücklich zu unterstützen:



- Gemeinsam mit den Streikenden möchten wir
- die Berliner Bevölkerung darüber aufklären, dass
- nicht der Streik, sondern der alltägliche Normalzustand die PatientInnen im Krankenhaus gefährdet, und die Beschäftigten auch für unser Interesse als PatientInnen streiken: Eine gute Versorgung im Krankenhaus kann nur mit genügend Personal und guten Arbeitsbedingungen sichergestellt werden!<sup>1</sup>



Wie nötig eine Verbesserung der Arbeitssituation in der Pflege ist, zeigen Zahlen, die ver.di (2015) kürzlich vorgelegt hat: Demnach müssten die Krankenhäuser in Deutschland 162.000 zusätzliche Vollzeitstellen einrichten, allein 70.000 im Pflegebereich, um eine angemessene Betreuung der PatientInnen sicherzustellen. Daher überrascht es nicht, dass die Kämpfe an der Berliner Charité um «gute Arbeit» und die gesellschaftliche Anerkennung dieser Arbeit, die weiterhin hauptsächlich von Frauen verrichtet wird, vielerorts genau beobachtet werden und auf so große Unterstützung in der Bevölkerung stoßen.

### HINTERGRÜNDE: KOMMERZIALISIERUNG UND PRIVATISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS

Sei etwa 30 Jahren ist das Krankenhausystem einem wachsenden Wettbewerbs- und Privatisierungsdruck ausgesetzt. «Deutschland nimmt bei der Privatisierung von Krankenhäusern weltweit eine Sonderstellung ein. Es ist das einzige Land im Kreis vergleichbarer Industrieländer, das seit 15 Jahren in großem Umfang öffentliche Krankenhäuser aller Aufgabenstellungen und Größenordnungen an private Krankenhauskonzerne verkauft» (Stumpfögger 2009: 200). Inzwischen sind hier ein Drittel aller Einrichtungen Privatkliniken, das liegt deutlich über dem Anteil in den USA (Lataza/Schubert 2013).

Diese Entwicklung ist politisch gewollt und mit zahlreichen Gesetzesinitiativen gezielt vorangetrieben worden. 2004 mündete sie in der Umstellung der Krankenhausfinanzierung vom Selbstkostendeckungsprinzip auf das sogenannte Fallpauschalensystem (vgl. hierzu ausführlich Busch 2014). Seitdem konkurrieren öffentliche, private und freigemeinnützige Krankenhäuser um die lukrativsten PatientInnen. Mit dem Fallpauschalensystem erhalten die Krankenhäuser für jede Behandlung einen bestimmten Betrag. Die Sätze richten sich unter anderem nach der Art der Behandlung, das heißt, für manche Eingriffe gibt es mehr, für manche weniger Geld. Gewisse Behandlungen, die gute Einnahmen bringen, haben seitdem auffällig zugenommen, etwa Knie- oder Hüftoperationen, Kaiserschnitte, unnötige Blinddarmentfernungen. Auf der anderen Seite werden Leistungen, die finanziell belasten, eingespart, selbst wenn damit gesundheitliche Risiken für die PatientInnen verbunden sind. Der Kostendruck auf die Krankenhäuser ist enorm gestiegen. Die Folge ist eine Abwärtsspirale. Wenn die Erträge zu gering sind, werden einzelne Stationen oder ganze Krankenhäuser geschlossen. Zudem übt ein Fallpauschalensystem «grundsätzlich einen Anreiz aus, die Verweildauer der Patienten im Interesse des Krankenhauses zu verkürzen», wie auf der Internetseite des Bundesministeriums für Gesundheit nachzulesen ist. «Ähnlich einer Fabrik werden PatientInnen zu Fällen, deren Produktionskosten kalkuliert- und rationalisierbar sind» (Lataza/Schubert 2013). Ein Resultat davon: Immer häufiger kommt es zu «blutigen Entlassungen». PatientInnen werden zu früh nach Hause geschickt, obwohl Wunden noch nicht verheilt sind, ihr Gesundheitszustand schlecht und weitere medizinische Betreuung nötig ist. Viele der Entlassenen kehren nach einigen Tagen zurück in die Klinik und brauchen erneute Behandlungen. Die Krankenhäuser haben seitdem auch keine geringeren Kosten, im Gegenteil: Von 1991 bis 2010 haben sie sich fast verdoppelt (Bölt/Graf 2012: 120).

**PFLEGENOTSTAND** Im Zuge der Einführung des Fallpauschalensystems werden Lücken bei den Finanzen inzwischen vor allem durch Personalabbau ausgeglichen. Es wird geschätzt, dass zwischen 1996 und 2008 in der Pflege rund 50.000 Stellen gestrichen wurden, während die Zahl der zu behandelnden PatientInnen um 15 Prozent gestiegen ist (vgl. ver.di 2015). Immer mehr Personal wird im Rahmen von Leiharbeit eingestellt. Selbst im ärztlichen Dienst stieg der Anteil der Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten im Zeitraum von 1991 bis 2010 von 4 auf 17 Prozent, unter den anderen Beschäftigten nahm der Anteil sogar um 19 Prozentpunkte zu, nämlich von 26 auf 45 Prozent (Bölt/Graf 2012: 116).

- Hinzu kommt, dass sich seit Anfang der neun-
- ziger Jahre die Bundesländer Schritt für Schritt
- ihrer Verpflichtung entziehen, im Rahmen der sogenannten dualen Finanzierung für die Krankenhausinvestitionen aufzukommen – wegen des vermeintlichen Sachzwangs der «leeren öffentlichen Kassen». Der Investitionsstau ist inzwischen auf mehr als 50 Milliarden Euro angewachsen. Daher mussten die Krankenhäuser Geld, das ihnen von den Krankenkassen eigentlich zur Finanzierung ihrer Betriebskosten, vor allem Personalkosten, überwiesen wurde, für Baumaßnahmen und Investitionen verwenden. Dieses Geld fehlt für die bessere Bezahlung beziehungsweise die Anstellung von Pflegekräften!

●●● Rakowitz 2013: 23

Den Pflegekräften machen der extreme Personalmangel und die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen schwer zu schaffen. Die Arbeit hat sich enorm verdichtet, darunter leidet die Qualität ihrer Tätigkeit. Eine deutliche Mehrheit (um die 60 Prozent) aller im Krankenhaus Beschäftigten kann sich nicht vorstellen, den Beruf bis ins Rentenalter auszuüben (Nock u.a. 2013). Dem eigenen Anspruch und Berufsethos, die PatientInnen so gut wie möglich zu versorgen, können sie trotz der Ableistung extrem vieler Überstunden ganz häufig nicht gerecht werden. Gespräche mit PatientInnen und menschliche Zuwendung bleiben immer mehr auf der Strecke. 60 Prozent geben an, sie hätten zu wenig Zeit für ihre Arbeit, mehr als 40 Prozent der Pflegenden und 30 Prozent der ÄrztInnen verzichten angeblich mehrmals in der Woche auf Pausen (ebd.). Das führt zwangsläufig zu Fehlern. Es überrascht daher nicht wirklich, dass Studien einen Zusammenhang zwischen der Sterbewahrscheinlichkeit und dem Umfang des Pflegepersonals festgestellt haben. Demnach nimmt pro zusätzlichem Patienten, um den sich eine Pflegekraft kümmern muss, die Mortalitätsrate im Krankenhaus um 7 Prozent zu (vgl. Osterloh 2014). Das ist aus ethischer als auch professioneller Sicht kaum hinzunehmen. «Personalmangel zum Gegenstand einer Tarifauseinandersetzung zu machen, birgt das Potenzial, das Arbeitsethos der Pflegekräfte anzusprechen, und könnte gleichzeitig zum Vorbild für andere sorgetätige Beschäftigte und ihre Gewerkschaften werden» (Wolf 2013).

<sup>1</sup> Vgl. die Website der Kampagne unter: [www.mehr-krankenhauspersonal.de/1484](http://www.mehr-krankenhauspersonal.de/1484)

## 5—2 KOTTI & CO.: «UNSER PROBLEM IST NICHT DIE SOZIALE MISCHUNG, SONDERN DIE ZU HOHE MIETE»

Am südlichen Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg steht seit Mai 2012 aus Protest gegen die als unsozial empfundene Wohnungspolitik und die zunehmende Verdrängung von Armen aus den innerstädtischen Quartieren ein sogenanntes Gecekondu, eine Art Holzhütte. Das Wort Gecekondu kommt aus dem Türkischen und bedeutet «über Nacht erbaut». Häuser oder eine Siedlung, die über Nacht auf öffentlichem Grund errichtet wurden, waren – so heißt es – nach osmanischem Gewohnheitsrecht vor Abriss geschützt, die BewohnerInnen konnten von den staatlichen Ordnungskräften nicht vertrieben werden.

Das kleine Holzhaus haben die Mitglieder der Mietergemeinschaft Kotti & Co., die sich bereits 2011 zusammengefunden haben, errichtet. Sie sind so etwas wie eine lokale Mini-Occupy-Bewegung, die seit Jahren einen öffentlichen Platz in Kreuzberg mit ihrem Protestcamp besetzt hält, und zugleich ein ungewöhnlich aktives, ideenreiches und innovatives Nachbarschaftsnetzwerk, das die Mieterbewegung in Berlin und darüber hinaus in vielerlei Hinsicht maßgeblich vorangebracht hat. So zählt Kotti & Co. unter anderem zu den Hauptinitiatorinnen einer Konferenz zum sozialen Wohnungsbau, die im November 2012 im Berliner Abgeordnetenhaus stattfand (vgl. Mietergemeinschaft Kotti & Co. 2013), und des sogenannten Berliner Mietenvolksentscheids. Dessen Ziel ist es, mit öffentlichen Mitteln ausreichenden preiswerten Wohnraum in der Hauptstadt zu schaffen (vgl. u.a. Arenz 2015). Sollte dieses Referendum in Berlin erfolgreich sein, könnte es wichtige Impulse für ähnliche Initiativen in anderen Städten liefern und die Rekommunalisierungsbestrebungen im Bereich Wohnen vorantreiben.

In den vergangenen Jahren haben in der Protesthütte von Kotti & Co. Hunderte von kleinen und größeren Treffen sowie Dutzende politische und kulturelle Veranstaltungen stattgefunden. Sie dient als zentrale Anlaufstelle für die Nachbarschaft und häufig auch als Ausgangspunkt für öffentlichkeitswirksame Aktionen wie zum Beispiel die inzwischen fast 30 legendären «Lärmdemos», die Kotti & Co. in unregelmäßigen Abständen mit verschiedenen anderen politischen und sozialen Initiativen veranstaltet. Mal geht es um das Bleiberecht von Geflüchteten, die zeitweise eine leerstehende Schule und einen Platz in der Nähe besetzt hatten, mal um den Erhalt eines Nachbarschaftsheims für SeniorInnen im Ostberliner Stadtteil Pankow, aber immer auch um das Thema bezahlbares Wohnen. Denn der Grund, warum sich die Initiative gegründet hat, sind die Mieterhöhungen in den rund 1.000 ehemaligen Sozialwohnungen am Kottbusser Tor (inzwischen vorwiegend im Besitz der privatisierten Wohnungsbau-Gesellschaft GSW und verwaltet von der Hermes Hausverwaltung AG). Hier wohnt die Mehrheit der AktivistInnen. Viele von ihnen können sich als GeringverdienerInnen, RentnerInnen, Studierende oder Erwerbslose diese Kostensteigerungen nicht leisten. Die Mieten sind inzwischen so hoch, dass jeder zweite

Haushalt fast die Hälfte seines Einkommens dafür ausgeben muss. Immer mehr NachbarInnen droht die Vertreibung aus ihrem vertrauten Wohnumfeld.

Kotti & Co. verlangt daher die Kappung der rasant gestiegenen Mieten und Nebenkosten auf ein sozialverträgliches Niveau und setzt sich zugleich für die Rekommunalisierung von Wohnraum ein. Ihre Forderungen richten sich sowohl an ihre Hauseigentümer und -verwaltungen als auch an die Berliner Politik, insbesondere an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und die Senatsverwaltung für Soziales.

Ein Großteil derjenigen, die sich Kotti & Co. angeschlossen haben, lebt schon sehr lange in den ehemaligen Sozialbauten im Zentrum von Berlin-Kreuzberg, die viele in Politik, Medien und Wissenschaft vor allem als problematische Großraumsiedlung betrachten. Sie jedoch fühlen sich wohl dort. Sie gehörten zu den ersten, die ab den 1960er Jahren damit begonnen haben, aus dem verwaisten «Mauerbezirk» Kreuzberg, aus dem nach der Teilung der Stadt viele weggezogen waren, einen lebendigen Ort zu machen, der heute aufgrund seiner Multikulturalität, Buntheit und Diversität besonders beliebt unter seinen BewohnerInnen und auch bei Berlin-BesucherInnen ist. «Unser Problem ist nicht die Mischung, sondern die zu hohe Miete», erklären sie selbstbewusst all denjenigen, die behaupten, der Zuzug von einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen würde dem ganzen Stadtteil guttun.

● Die Menschen der «Gastarbeiter-Generation haben Kreuzberg attraktiv und lebenswert gemacht. Jetzt reicht die niedrige Rente nicht mehr, um ihren Lebensabend im angestammten Umfeld zu genießen. Sie haben den Kiez «aufgewertet», jetzt schlagen die Eigentümer und das Land Berlin Kapital aus dem «kosmopolitischen Flair». [...] Die zweite Generation kämpft gegen den Rassismus auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt – immer noch ist ein nicht-deutscher Name das Ausschlusskriterium für eine Arbeit oder Wohnung [...]. Die Kinder der dritten Generation bekommen oftmals von ihren Lehrern in der Schule gesagt, dass sie nichts könnten und keinen höheren Schulabschluss schaffen würden, dass sie Terroristen seien. Diese und ähnliche diskriminierende Äußerungen sind selbst in Berlin alltäglich. [...] Das Jobcenter behandelt viele respektlos und empfiehlt obendrein den Umzug an den Stadtrand («Ziehen Sie doch nach Mahlzahn!»), statt sich für bezahlbare Mieten im sozialen Wohnungsbau einzusetzen – und ignoriert ebenso die Gefahren in anderen Bezirken.

●●● Kotti & Co. 2012



Berlin-Kreuzberg Kottbusser Tor: MieterInnen wehren sich gemeinsam 2012  
Foto: Halina Wawzyniak, <https://flic.kr/p/cDoM3W>, CC BY 2.0

Wie zahlreiche gelungene lokale Bündnisprojekte und vielfältige gemeinsame Aktivitäten zeigen: Die «Integrationsmaschine» Kotti & Co. (Arps 2012) spricht ganz verschiedene soziale und politische Milieus, Alters- und Bevölkerungsgruppen an, weil es den Beteiligten gelingt, diverse Dimensionen von Prekarisierung und Alltagserfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung aufzugreifen und für alle verständlich zu thematisieren. Sie haben angefangen, ihre Situation selbst in die Hand zu nehmen, sich zum Thema Wohnungs- und Mietpolitik schlau zu machen, zu verstehen, was bei ihnen in den Häusern, in der Nachbarschaft und anderswo vor sich geht (vgl. hierzu auch Kaltenborn/Endres 2012). Zugleich nutzen sie ihr neu erworbenes Know-how, um andere Initiativen zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen praktische Vorschläge und Forderungen zu entwickeln, wie die Wohnungssituation für einkommensschwache MieterInnen in Berlin und anderswo grundsätzlich verbessert werden kann. Der Mietenvolksentscheid ist ein Ergebnis von jahrelangen Bemühungen, diese Forderung zusammen mit möglichst vielen anderen auch politisch durchzusetzen. Dabei legt die Initiative Kotti & Co. eine Energie und Offenheit an den Tag und

strahlt eine Überzeugungskraft aus, die viele einem Haufen von Hartz-IV-EmpfängerInnen, prekär lebenden KünstlerInnen und ehemaligen HausbesetzerInnen bis vor Kurzem niemals zugetraut hätten, auch sie sich selbst wahrscheinlich nicht.

Kotti & Co. ist aber nicht nur die Geschichte von einer ungewöhnlichen Mieten- und Nachbarschaftsinitiative, die bereits jetzt schon den Alltag vieler Menschen positiv verändert hat, sondern handelt auch von weiterreichender Solidarität und davon, wie Berlin und andere Städte lebenswerter und demokratischer werden können.

- **Aber unser Leben ist nicht nur davon bestimmt,**
- **ob wir die Miete noch zahlen können oder nicht.**
- **Bildung, Arbeit, Rassismus, Kultur und viele andere «Themenfelder» bestimmen unser Leben. Das «Co» in unseren Namen steht für unsere Solidarität mit anderen und es verweist auf die Zusammenhänge zwischen dem «eigenen» und dem «anderen».**

●●● Kotti & Co 2015

Es geht also um die Frage des Zusammenlebens, darum, wie wir dafür sorgen können, dass unsere Städte zu Orten werden, die sich alle leisten können, wo es keine Ghettos für Reiche und Arme, keine strukturellen Diskriminierungen und keine Angst mehr vor Zwangsräumungen gibt und wo ganz unterschiedliche Menschen und Bevölkerungsgruppen in denselben Bezirken zusammenleben können. Zudem haben Initiativen wie Kotti & Co. deutlich gemacht: Sozialer Wohnungsbau ist kein Nischenthema mehr, für das sich nur wenige ExpertInnen interessieren. Es geht um wesentlich mehr als nur um das Schicksal von ein paar Tausend BewohnerInnen einer in die Jahre gekommenen Neubausiedlung.

Auch in den Parteien und Gewerkschaften haben immer mehr erkannt, dass Wohnen (wieder) zentraler Bestandteil der sozialen Frage ist. Hiervon zeugt unter anderem die Diskussion um die sogenannte Mietpreisbremse, ein ab dem 1. Juni 2015 gültiges Bundesgesetz, das Bundesländern bei angespannter Wohnungslage temporär die Möglichkeit einräumt, Mieterhöhungen vonseiten privater Vermieter bei Neueinzügen zu kappen. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE und Mietervereine kritisieren die voraussichtlich begrenzte Wirkung dieses Gesetzes durch zu viele Ausnahmeregelungen und fordern weiterrei-

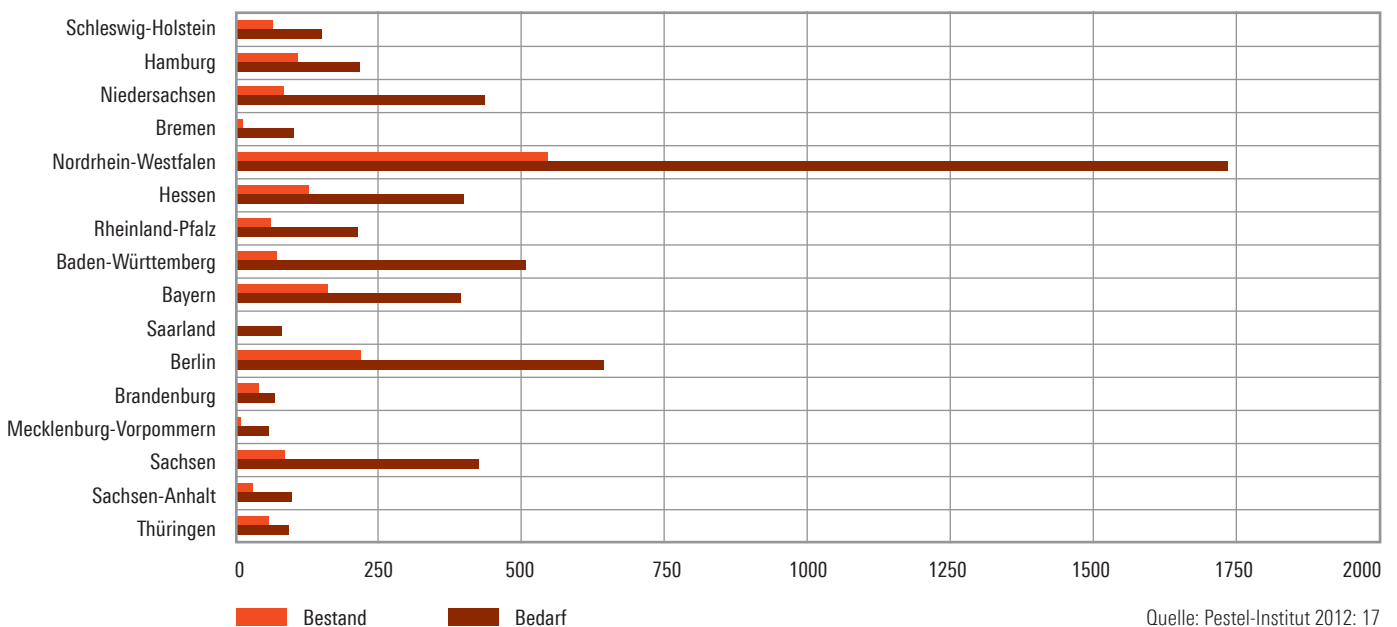
chende staatliche Eingriffe, um einkommensschwache Bevölkerungsgruppen auf dem Wohnungsmarkt zu schützen. Diskussionen über die grundsätzliche Notwendigkeit, Wohnen neu zu organisieren, werden gerade unter dem Stichwort «Wohnen als soziale Infrastruktur» geführt (vgl. Vrenegor/Osório 2011; Holm 2014), wobei folgende Aspekte besonders betont werden: Zugang aller zu bezahlbarem Wohnraum, die Notwendigkeit einer Demokratisierung der Wohnraumverwaltung sowie die Bedeutung von gemeinschaftlichen Wohnformen.

**HINTERGRÜNDE: WENN WOHNEN IMMER MEHR ZUR UMKÄMPFTEN WARE WIRD**

Der hiesige Wohnungsmarkt unterlag in den letzten Jahrzehnten dramatischen Veränderungen, große Immobilienkonzerne haben auch hier zunehmend an Einfluss gewonnen. Dabei ist Deutschland im Unterschied zu anderen Teilen der Welt in großen Teilen immer noch Mieterland. In München und Köln leben jeweils 75 Prozent aller Haushalte zur Miete, in Hamburg sind es 78 und in Berlin sogar 85 Prozent (Holm 2014: 11). Auch wenn es große regionale Unterschiede bei der Mietpreisentwicklung gibt und schrumpfende Regionen wachsenden gegenüberstehen, ist nicht nur in westlichen Großstädten der Wohnungsmarkt angespannt. Bundesweit sind die Mieten seit Beginn der 1990er Jahre von 4,48 Euro auf 7,25 Euro pro Quadratmeter gestiegen, das heißt um über 60 Prozent (Bulwiengesa 2015). Hinzu kommen Strom- und Heizkosten, die das Wohnen zusätzlich verteuern. So haben sich die Strompreise für Privathaushalte allein zwischen 2000 und 2014 fast verdoppelt. 2013 wurde fast 345.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgeklemmt, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen konnten. Im Hartz-IV-Regelatz sind für Wohnen, Energie, Wohninstandhaltung gerade mal 33,36 Euro monatlich vorgesehen, was vollkommen unzureichend ist. Es entsteht das, was derzeit unter dem Stichwort «Energiearmut» diskutiert wird (vgl. Pomrehn 2013). Preiswerter Wohnraum wird also zunehmend knapp in Deutschland (vgl. Abb. 8). Selbst in ökonomisch eher schwachen Gebieten, wo es zum Teil massiven Wohnungsleerstand gibt wie in großen Teilen Ostdeutschlands oder im Ruhrgebiet, führt dieser nicht unbedingt dazu, dass Prekarisierte einfachen Zugang zu angemessenem und für sie bezahlbarem Wohnraum haben. Dort, wo immer mehr Menschen hinziehen (wollen), unter anderen in zahlreichen Universitätsstädten, verdrängen steigende Preise weniger Zahlungskräftige zunehmend an die Stadtränder. Menschen mit gravierenden sozialen Problemen landen zudem immer häufiger auf der Straße.

**BESTAND UND BEDARF AN SOZIALEM MIETWOHNRAUM NACH BUNDESLÄNDERN**

Abb. 8: Bezahlbarer Wohnraum – Kluft zwischen Angebot und Nachfrage wächst



Quelle: Pestel-Institut 2012: 17

**VON ZWANGSRÄUMUNGEN UND WACHSENDER WOHNUNGSNOT** Obwohl Wohnungsnot, insbesondere Obdachlosigkeit, schwer statistisch zu erfassen ist, gibt es einige Schätzungen und Zahlen, die die Dimension des Wohnungsproblems in Deutschland veranschaulichen können: Im Jahr 2012 lebten etwa 284.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung («Wohnungslose»). Für dieses Jahr wurden 65.000 neue Wohnungsverluste gezählt, darunter rund 25.000 verursacht durch Zwangsräumungen (Schramm 2015). Dabei erweisen sich wie etwa in Berlin die Jobcenter und die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften als «die Motoren von Verdrängung und Zwangsräumungen», fand vor Kurzem eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanzierte Studie von WissenschaftlerInnen an der Humboldt-Universität heraus (Berner u.a. 2015). Verdeckte Wohnungslosigkeit und das vorübergehende Unterkommen bei Bekannten sind insbesondere unter Jugendlichen und MigrantInnen weit verbreitet. Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes lebten 20 Prozent aller armutsgefährdeten Personen (das heißt diejenigen, die über weniger als 60 Prozent des mittleren statistischen Einkommens verfügen) in überbelegten Wohnungen. (Als überbelegt gilt eine Unterkunft, wenn Personen über 18 Jahren oder Paare kein eigenes Zimmer haben oder mehr als zwei Kinder unter 12 Jahren in einem Raum untergebracht sind.) Fast die Hälfte der von Armut bedrohten Haushalte muss mehr als 40 Prozent des Gesamteinkommens für Wohnkosten ausgeben, bei Haushalten mit höheren Einkommen sind es lediglich um die 16 Prozent (Schramm 2015).

Viele Menschen, die von den Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft als «fremd» wahrgenommen werden, etwa muslimische Frauen mit Kopftuch, oder die zu den unliebsamen MieterInnen gezählt werden, wie zum Beispiel kinderreiche Familien, haben zusätzlich erhebliche Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche (vgl. Bundesregierung 2013). Außerordentlich problematisch ist die Wohnsituation von Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus. Flüchtlinge sind gesetzlichen Sonderregelungen unterworfen, die ihnen vielerorts den Zugang zum Wohnungsmarkt systematisch versperren (vgl. hierzu auch Kap. 5.3).

**VERNACHLÄSSIGUNG DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUS** Hauptursache für die zunehmende Wohnungsnot in Deutschland sind der deutliche Anstieg von Mietpreisen und Einschränkungen beim staatlich geförderten Wohnungsbau. Viele Bundesländer konzentrieren sich in der Wohnungspolitik auf die Förderung von Wohneigentum – dessen Erwerb jedoch einem privilegierten Teil der Bevölkerung vorbehalten ist. Der Deutsche Mieterbund fordert bundesweit den Neubau von einer Million Wohnungen bis Ende 2017, darunter rund 250.000 Sozialwohnungen (vgl. Hecker 2014). Neue Programme für den sozialen Wohnungsbau wurden aber bislang nicht aufgelegt. Hunderttausende bisherige Sozialwohnungen sind schon aus der Mietpreisbindung herausgefallen oder werden dies in den nächsten Jahren tun. So beschloss zum Beispiel das Land Berlin vor etwa zehn Jahren, aus der Anschlussförderung des sozialen Wohnungsbaus auszusteigen. In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Sozialwohnungen nach Angaben des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung deutlich verringert: Zwischen 2002 und 2012 sank deren Zahl um 40 Prozent von 2,6 auf 1,5 Millionen (ebd.).

Für Investoren ist das Geschäft mit den Immobilien dagegen äußerst attraktiv. AnlageberaterInnen empfehlen den Kauf von Wohnungen und Häusern, weil die Renditen hoch sind und die Risiken gering – gerade jetzt, zu unruhigen Zeiten an den Finanzmärkten. Die Deutsche Bank nennt die Anlage in Immobilien «Beton-gold», für die meisten AnlegerInnen zählt in der Regel vor allem schneller Profit. So werden aus immer mehr Mietwohnungen in deutschen Städten Luxusapartments, Ferienwohnungen oder Büros. Der Anteil privater Haus- und WohnungseigentümerInnen hat in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen. Aus einer Antwort der Bundesregierung (2014b) auf eine Kleine Anfrage der Partei DIE LINKE im Oktober 2014 geht hervor: Von 1994 bis 2013 verkaufte der Bund 88 Prozent seiner Wohnungen an Privatinvestoren. Von ehemals 398.000

Wohnungen wurden 352.000 veräußert. Nach Angaben des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung haben die Kommunen von 1999 bis 2011 rund 195.000 Wohnungen an private KäuferInnen verschertelt (Held 2011: 675).

### 5–3 «WIR WOLLEN UNSER LEBEN ZURÜCK» – WIDERSTAND VON GEFLÜCHTETEN: DAS BEISPIEL «LAMPEDUSA IN HAMBURG»

Die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa ist zu einem Symbol für die verfehlte und inhumane Flüchtlingspolitik der Europäischen Union geworden. Immer wieder geraten vor ihrer Küste überfüllte Boote mit Menschen, die sich in Europa Schutz vor Krieg und Verfolgung sowie eine bessere Zukunft erhoffen, in Seenot. Mehrere Tausend haben dabei bereits ihr Leben gelassen. Im Unterschied zu vielen ihrer LeidensgenossInnen haben es die etwa 300 Geflüchteten, die sich 2013 in der Gruppe «Lampedusa in Hamburg» zusammengeschlossen haben, bis ins Wirtschaftswunderland Deutschland geschafft, sogar bis in die wohlhabende Hansestadt. Bei ihrer Ankunft in Italien erhielten sie zwar Aufenthaltspapiere, die ihren Status als Flüchtlinge dokumentieren, aber relativ bald – so die Refugee-AktivistInnen – wurden die öffentlichen Hilfeleistungen eingestellt, sie bekamen 500 Euro pro Person von den italienischen Behörden ausgehändigt und wurden weitergeschickt Richtung Norden (vgl. Rosteck 2013). Die meisten von ihnen sind junge afrikanische Männer, die als Arbeitsmigranten in Libyen lebten, bis sie der dortige Bürgerkrieg zur gefährlichen Flucht zwang.

Nach einer langen Odyssee in Hamburg angekommen, fanden sie zunächst Unterkunft in einem städtischen Winternotquartier. Als sie im Frühjahr 2013 mittellos auf der Straße landeten, organisierten sie sich, um zunächst mit kleineren Aktionen die Öffentlichkeit auf ihre äußerst schwierige Lage aufmerksam zu machen und ein dauerhaftes Bleiberecht als Gruppe (und nicht als Indivi-



duen) nach §23 des deutschen Aufenthaltsgesetzes (Aufenthalt aus humanitären Gründen) zu fordern. Am 1. Mai 2013 traten Mitglieder der Gruppe das erste Mal öffentlich während einer Veranstaltung des Evangelischen Kirchentags auf, sie veranstalteten Pressekonferenzen, Sit-ins im Rathaus, eröffneten eine Ausstellung mit dem Titel «Wir wollen unser Leben zurück» vor der St.-Pauli-Kirche und führten in Kooperation mit dem Hamburger Thalia-Theater Elfriede Jelineks Stück «Die Schutzbefohlenen» auf. Nachdem sich im Oktober 2013 erneut ein schreckliches Bootsunglück vor Lampedusa ereignet hatte und dabei fast 400 Menschen ertrunken waren, kam es im November 2013 zu der bislang größten Mobilisierung in der Stadt. Auf einer Demonstration solidarisierten sich über 15.000 Menschen mit den Forderungen der Gruppe «Lampedusa in Hamburg». Dabei ist es den Flüchtlingen gelungen, einer breiten Öffentlichkeit «die Absurdität deutlich zu machen, der sie ausgesetzt sind: In Italien anerkannt, aber ohne soziale Absicherung auf die Straße gesetzt; nach Deutschland geschickt, wo sie aber nicht arbeiten dürfen, sondern noch einmal ein Anerkennungsverfahren [nach deutschem Asylrecht] durchlaufen sollen; die politische Verantwortung wird zwischen Italien, Berlin und Hamburg hin- und hergeschoben» (Hansen 2014).

J. beispielsweise, der ursprünglich aus Nigeria kommt und nach Libyen gegangen war, um seine Frau und seinen kleinen Sohn in Lagos zu unterstützen, schildert seine Situation so:

● Solange ich in Libyen war, konnte ich sie finanziell  
 ● unterstützen, weil ich immer Arbeit hatte. Jetzt:  
 ● nichts. Das ist ein großes Problem. Für meine Familie ist es schwer, dass ich keine Arbeitserlaubnis in Europa habe. Mein Junge ruft immer an, und ich antworte immer: Mach' dir keine Sorgen, mach' dir keine Sorgen, und hoffe, dass vielleicht später alles besser wird.<sup>2</sup>

Bis heute ist der rechtliche Status der meisten ungeklärt, die rot-grüne Regierungskoalition versucht, den Konflikt auszusitzen, ein Teil der politisch Verantwortlichen möchte die selbstbewussten Bleiberechtsaktivisten am liebsten wieder zurück nach Italien schicken. Davor schützt sie zurzeit noch ihre ungewöhnliche Geschlossen- und Entschlossenheit als Gruppe sowie der große Kreis von UnterstützerInnen, den sie sich in den letzten Jahren aufgebaut haben und der sich aus unterschiedlichen Spektren zusammensetzt. Da sind zunächst die vielen aktiven Mitglieder von Kirchengemeinden und Moscheen, die sich mit den Geflüchteten solidarisiert haben. Insbesondere im Szeneviertel St. Pauli gehört die praktische Unterstützung von Geflüchteten inzwischen quasi zum integralen Bestandteil der Stadtteilarbeit, «von Geld- und Sachspenden über das ebenso spontane wie anhaltende Engagement vieler auch eher «unpolitischer» Menschen» (ebd.). Auch der recht bald gegründete Verein FC Lampedusa, in dem zahlreiche der afrikanischen jungen Männer semiprofessionell Fußball spielen, lebt von der großen Unterstützung der lokalen Bevölkerung.

Nicht unwichtig ist zudem: Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert inzwischen eine Arbeitserlaubnis für Geflüchtete. Von der Gruppe «Lampedusa in Hamburg» waren 168 bereits im Sommer 2013 dem Fachbereich 13 (Besondere Dienstleistungen) von ver.di kollektiv beigetreten, was in Gewerkschaftskreisen nicht überall auf Zustimmung stieß. Während ein extra gegründeter Unterstützungskreis die neuen Kollegen willkommen hieß und vielfältige praktische Solidarität praktizierte, wurden auch Befürchtungen laut, ver.di würde auf diese Weise andere Mitglieder verlieren, zudem sei die Gewerkschaft keine humanitäre Hilfsorganisation, für Flüchtlinge seien andere zuständig (vgl. zum Konflikt ausführlich Bremme 2015).

«UNSERE FREUNDE BLEIBEN HIER!» Überaus aktiv an der Bleiberechtskampagne beteiligt waren darüber hinaus auch zahlreiche SchülerInnen, Studierende und Auszubildende. Im August 2013 suchten RedakteurInnen von Hamburger Schülerzeitungen den SPD-Bürgermeister Olaf Scholz im Rathaus auf, um sich unter anderem bei ihm für die Forderungen der Gruppe «Lampedusa in Hamburg» stark zu machen. Am 12. Dezember desselben Jahres führten über 3.500 Hamburger SchülerInnen zur Unterstützung der Refugee-Bewegung einen sogenannten Schulstreik durch, den der Hamburger Landesverband der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft ausdrücklich unterstützte.

Inzwischen haben sich gegen Rassismus und das menschenunwürdige Migrations- und Asylregime der EU engagierte junge Menschen im bundesweiten «Refugee Schul- und Unistreibündnis» zusammengeschlossen. Mit Slogans wie «Unsere Freunde bleiben hier!» oder «Gemeinsam lernen, gemeinsam kämpfen!» richten sie den Fokus auf ihr unmittelbares Umfeld, aber auch auf strukturelle Zusammenhänge von Ausbeutung, Vertreibung und Ungleichheit (vgl. Börger 2015). Sie fordern unter anderem die Rücknahme einer geplanten Gesetzesverschärfung, wonach Asylsuchende schneller und konsequenter inhaftiert werden könnten, volle Staatsbürgerrechte für Geflüchtete und die Abschaffung der sie isolierenden Lagerunterbringung in Deutschland. Zudem hat sich das Schul- und Unistreibündnis vielerorts 2015 als ein wichtiger Akteur bei der Mobilisierung von Protestdemonstrationen gegen Aufzüge von Pegida erwiesen. Dabei nutzten die AktivistInnen Erfahrungen mit Mobilisierungen und Strategien vorausgegangener Bildungsproteste. Sie machen

Foto: Rasande Tyskar, <https://flic.kr/p/obo1g7>, CC BY-NC 2.0

Hamburg:  
 Lampedusa-Flüchtlinge demonstrieren  
 für eine menschlichere Asylpolitik  
 und ein dauerhaftes Bleiberecht



<sup>2</sup> Einem Interview entnommen, das auf der Internetseite von »Lampedusa in Hamburg« veröffentlicht ist. Vgl. <http://lampedusa-in-hamburg-professions.blogspot.de/p/interviews.html>.



Berlin-Mitte:  
SchülerInnen streiken in Solidarität mit Geflüchteten

Foto: Petshoppetshop

Schulen und Universitäten – also die Orte, an denen sie einen Großteil ihres Alltags verbringen und zu vielen zusammenkommen – zu zentralen Ausgangspunkten von politischer Mobilisierung. Sie bleiben – im wahrsten Sinne des Wortes – demonstrativ den Lehrveranstaltungen fern. Sie gründen Solidaritätsnetzwerke und suchen nach KooperationspartnerInnen auch außerhalb ihrer Bildungseinrichtungen. Und sie nutzen selbstbewusst die Tatsache, dass gerade Proteste von SchülerInnen eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit erreichen können.

### HINTERGRÜNDE: DAS ABSCHRECKUNGSSYSTEM GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN

In den meisten Staaten an den Außengrenzen der EU, wo die meisten Fluchtsuchenden aus afrikanischen oder arabischen Krisenregionen stranden, ist es seit Langem üblich, diese entweder einfach ihrem Schicksal zu überlassen und ihnen keinerlei staatliche Unterstützung zukommen zu lassen. Viele werden aber auch unter meist katastrophalen Bedingungen eingesperrt. Auch in Deutschland, das von unserer Regierung gern als besonders großzügig gegenüber politisch Verfolgten präsentiert wird, ist Abschreckung Teil der offiziellen Migrations- und Flüchtlingspolitik:

«Nach den Pogromen von Lichtenhagen und Hoyerswerda 1992/1993 ermöglichte es die rassistische und neonazistische Stimmung in Deutschland, dass CDU, CSU, FDP und SPD den sogenannten Asylkompromiss zimmerten – ein Gesetzeswerk, das nur zwei Zwecke hat: Flüchtlinge fernzuhalten und jenen, die trotzdem kommen, das Leben so schwer wie möglich zu machen. Das Sozialrecht wurde herangezogen, um in der aufgeheizten Stimmung den wachsenden Rassismus zu bedienen. Ausbaden mussten das Hunderttausende Flüchtlinge. Ihre Versorgung regelt seither das Asylbewerberleistungsgesetz» (Jakob 2015: 23).

### AUSGRENZUNG UND PREKARISIERUNG PER SONDERGEBUNG

Seit diesem sogenannten Asylkompromiss müssen Menschen für die Dauer ihres Asylverfahrens in sogenannten Sammelunterkünften leben. Das Gesetz sieht zudem, was eine Besonderheit in ganz Europa ist, eine «räumliche Beschränkung des Aufenthalts» von Geflüchteten in Deutschland vor. Offiziell besser bekannt ist diese Bestimmung unter dem Namen «Residenzpflicht». Sie bedeutet, dass Asylsuchenden das Grundrecht auf freie Wohnsitzwahl und Mobilität unter Androhung von Strafe verwehrt wird. Wer gegen diese Bestimmung verstößt, muss mit Geldbußen rechnen, im Wiederholungsfall droht Gefängnis. Im September 2014 einigten sich Bundesregierung und DIE GRÜNEN im Bundesrat nach langjährigen hartnäckigen Kämpfen der Refugee-Bewegung auf die Verkürzung der Residenzpflicht auf drei Monate.

Sonderregelungen gelten auch für die Arbeitserlaubnis. Für Asylsuchende und Geduldete ist die Arbeit in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts ganz verboten. Auch danach haben sie nur schlechte Chancen auf einen halbwegs gut bezahlten Job, weil es «bevorrechtigte Arbeitnehmer» gibt (dazu zählen Deut-

sche, aber auch StaatsbürgerInnen aus anderen EU-Ländern oder anerkannte Flüchtlinge). Anspruch auf reguläre Sozialleistungen haben in Deutschland auch nur anerkannte AsylbewerberInnen. Die Sozialleistungen, die Asylsuchende, Geduldete und zum Teil auch andere Flüchtlinge erhalten, lagen bis vor Kurzem rund 30 Prozent niedriger als der Hartz-IV-Satz und damit weit unter dem, was in Deutschland als menschenwürdiges Existenzminimum gilt. Erst im Juli 2012 kritisierte das Bundesverfassungsgericht die Leistungen als «evident unzureichend» und hob sie auf 359 Euro im Monat an (gültig ab 1. März 2015). Das ist deutlich mehr als früher, aber weiterhin weniger als die Unterstützung, die erwerbslose Menschen mit deutschem Pass erhalten. Allerdings ist die Frist, bis normale Sozialleistungen gezahlt werden, mit der Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes von 48 auf 15 Monate reduziert worden.

Eine der größten Diskriminierungen im Sozialsystem gegenüber Geflüchteten besteht allerdings fort: Menschen im laufendem Asylverfahren haben in den allermeisten Bundesländern weiterhin nur ein Anrecht auf eine medizinische Versorgung in gesundheitlichen Notfällen – nur bei «akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen» besteht ein Leistungsanspruch. Flüchtlingsorganisationen sprechen von «lebensgefährlicher Minimalmedizin», während die Bundesärztekammer die Bestimmung für «nicht mit der vom Grundgesetz vorgegebenen Garantie eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar» hält (zit. nach Jakob 2015).

Der staatliche Umgang mit Schutzsuchenden in Deutschland zeigt also deutlich: Ein Großteil des Leidensdruckes, den Geflüchtete hier verspüren, ergibt sich aus den alltäglichen, von diversen Sondergesetzen und Verwaltungen für sie durchgesetzten «normalen» prekären und exkludierenden Lebens- und Arbeitsbedingungen. «Durch sie wird den Betroffenen ihr Status als «Flüchtlinge» jeden Tag aufs Neue vor Augen geführt. Als Objekte staatlicher Zwangsverwaltung sind sie vielfältigen Formen von Fremdbestimmung, Abwertung und Autonomieverlust ausgesetzt. Die soziale Erfahrung des «Unerwünschtseins», der «vorübergehenden Duldung», wird kontinuierlich und auf allen Ebenen vermittelt» (Hemmerling/Schwarz 2014: 21). Umso wichtiger erscheint es, dass die erstarkte Refugee-Bewegung in Deutschland und anderen europäischen Ländern unterdessen vielerorts auf wachsende Unterstützung stößt.

Im Juni 2014 stellten Prominente, darunter die Parteivorsitzende der LINKEN Katja Kipping, ein «Manifest für Lampedusa in Hamburg» vor.<sup>3</sup> Darin heißt es:

● An der Zukunft der Lampedusa-Flüchtlinge in  
 ● Hamburg hängt für uns auch die Hoffnung auf  
 ● ein anderes Europa, das global tatsächlich Verantwortung übernimmt, statt nur seine Interessen durchzusetzen. Uns ist klar, dass dieses Europa eines ist, das wir von unten, zivilgesellschaftlich und in Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen durchsetzen müssen. ●●●

3 Vgl. <http://manifest-fuer-lampedusa-hh.de/>

## 6 (HERAUS-)FORDERUNGEN FÜR KÄMPFE GEGEN PREKARITÄT

Die im vorangegangenen Kapitel aufgeführten Beispiele von lokalen Initiativen, die klein angefangen, sich aber Großes vorgenommen haben – von einer Beendigung des Pflegenotstands über die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus bis hin zu einer Durchsetzung des Bleiberechts von Geflüchteten –, inspirieren und machen Mut. Sie zeigen, dass Organisation möglich ist und breite Proteste und Bündnisse das Potenzial haben, neue Perspektiven zu eröffnen und gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Sie zeigen Interventionsmöglichkeiten und -punkte auf, an die es anzuknüpfen gilt, damit es nicht bei Einzelfällen von Widerstand bleibt. Gerade weil Prekarisierung und Unsicherheit ein Maß erreicht haben, das für immer mehr Menschen die Grenze des Zumutbaren überschritten hat, müssen aber auch die Herausforderungen, die Gegenwehr erschweren oder verhindern, in den Blick genommen werden. Es gilt, sich strategisch auf diese einzustellen.

### STRATEGISCHE HERAUSFORDERUNGEN

**DAS VERSTÄNDNIS VON PREKARISIERUNG ERWEITERN**<sup>1</sup> Prekarität wird weiterhin oftmals als ein Problem der sogenannten Unterschicht oder einer gesellschaftlichen Minderheit dargestellt oder wahrgenommen. Dieser Blick ist verengt. Systematisch unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse und eine Zunahme gesellschaftlicher Spaltungsprozesse betreffen die meisten Menschen. Die Problemlagen und Auswirkungen mögen sich unterscheiden – ob anhaltende Erschöpfung und Überlastung, Angst vor Wohnungslosigkeit, ob Dauerbefristung oder politische Perspektivlosigkeit, ob ständiges Hinterherhecheln bei den Sorgeverpflichtungen oder Konkurrenzdruck durch Leiharbeit. Auch wenn es klassenspezifische Unterschiede hinsichtlich der Bewältigungsmöglichkeiten und -strategien geben mag, können sich auch Hochqualifizierte und Angehörige der Mittelschicht nicht in Sicherheit wiegen. Auch sie sind oftmals nur einen klitzekleinen Schritt vom Abgleiten in prekarisierte Arbeits- und Lebensbedingungen entfernt.

Vor allem wenn Prekarität nur auf Erwerbsverhältnisse bezogen wird, wird leicht übersehen, wie stark diese in vielfältiger Weise in die Lebensgestaltung von Menschen eingreift. Da aber der Wunsch bei vielen Menschen groß ist, sich vom diskreditierten Prekariat abzugrenzen, identifizieren sich entsprechend auch viele nicht mit Kämpfen gegen Prekarisierung.

Auch die herrschende Politik tut viel dafür, um die realen Verhältnisse zu verschleiern, und in den Medien werden die Sorgen, Nöte und Belastungen von

Menschen in prekären Lebenslagen kaum aufgegriffen. So werden prekarisierte Menschen alleingelassen, sie nehmen die Verhältnisse hin, wie sie sind, oder suchen nach individuellen Lösungsstrategien. Die verschiedenen Erscheinungsformen prekärer Existenz machen es zusätzlich komplizierter, Verbindendes zu erkennen. Doch ohne geteilte Interessen ist es ungleich schwerer, untereinander solidarisch zu sein und sich über Gruppengrenzen hinweg zusammenzutun. Daher stellt sich die Aufgabe, der Ausdifferenzierung der Prekarisierten entgegenzuwirken. Durch das gemeinsame Herausarbeiten übergreifender Anliegen kann es gelingen, «die Erfahrungen, vor allem auch zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Prekären, zu verallgemeinern» (Candeias/Steckner 2015: 34). Auf der Grundlage von miteinander verbundenen Forderungen lässt sich widerständiges Handeln entwickeln, um ein kollektives politisches Bewusstsein (wieder) zu gewinnen.

Bisher gelten prekarisierte Menschen aus verschiedenen Gründen als politisch wenig mobilisierungs- und handlungsfähig. Doch es gibt auch, wie nicht nur hier gezeigt, erfolgreiche Gegenbeispiele, das Widerstandspotenzial des Prekariats ist nicht zu unterschätzen. Dort, wo sich Prekarisierte organisieren, stellt sich heraus: Ein guter Ausgangspunkt ist häufig, gemeinsame Lagen und verwandte Erfahrungen miteinander auszuwerten und daraus strategische Konsequenzen zu ziehen. Manchmal finden solche Aktivitäten eher autonom organisiert statt, andere Male profitieren sie von der Unterstützung traditioneller oder neu entstandener politischer Institutionen und Organisationen, vor allem wenn es diesen gelingt, Kräfte zu bündeln und verbindende Angebote zu machen, unterschiedliche Erfahrungen in den Blick zu nehmen und herauszufinden, was verallgemeinerbar und für weitere Kämpfe nutzbar ist.

**VIELFALT ORGANISIEREN** Viele Organisationen oder Gruppen führen in verschiedensten Bereichen Kämpfe um Entprekarisierung. Das ist auch wichtig, weil je nach Situation und Problem differenzierte Strategien und ein spezifisches Fachwissen nötig sind. Die Akteure stehen dabei vor der Herausforderung, dass die Ursachen und Gründe, die verantwortlich für den sozialen Missstand sind, gegen den sie kämpfen, oft die gleichen sind. Von daher richten sich die Kämpfe häufig gegen einen «gemeinsamen Feind». Die eigenen Ziele und Forderungen dürfen nicht isoliert von anderen betrachtet werden, eine Konkurrenz und Streitereien um den Einsatz von Ressourcen und die jeweilige Diskurshegemonie schwächen alle. Nur wenn die gemeinsamen Ziele deutlich gemacht und als solche benannt werden, werden die Akteure zusammen für sie eintreten.

Welche Ziele das im Kampf gegen Prekarisierung sein können, ist noch nicht ausdiskutiert und verbindlich entschieden. Während es einigen darum geht, das fordistische «Normalarbeitsverhältnis» zu verteidigen, bedeutet dies für andere ein Zurück zu einer schon immer auf Ausgrenzung basierenden Norm, die überhaupt erst möglich war aufgrund anderer prekärer Verhältnisse – zum Beispiel

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen basieren weitgehend auf einem Beitrag von Mario Candeias und Anne Steckner (2015) in der Zeitschrift LuXemburg.

unbezahlter Sorgearbeit, Lohndumping im vermeintlichen Peripheriebereich der kapitalistischen Wertschöpfung und flächendeckender Zerstörung von sozialer Infrastruktur. Für eine herrschaftskritische und emanzipatorische Vision ist der Bezug auf die vermeintlich besseren Verhältnisse in der Vergangenheit zu wenig. Allein deswegen, weil ein Leben, das auf einen Achtstundentag ausgerichtet ist, für immer weniger Menschen erstrebenswert erscheint. Hier war vor allem die feministische Kritik wirksam und hat es ermöglicht, die Verteilung von Energie und Zeit auf die verschiedenen Lebensbereiche viel kreativer zu denken. Ein gutes Leben mit ausreichend Zeit für alle und jedes, ökonomisch abgesichert und erfüllt, darunter lassen sich verschiedenste Lebensentwürfe fassen. Die vielfältigen Ansprüche in den Blick zu nehmen, scheint zentral für eine erfolgreiche Organisierung zu sein.

Die Frage, wie unter dem omnipräsenten ökonomischen Druck solidarische Praxen entwickelt werden können, stellt sich für das Miteinander in den Verwaltungen und Betrieben in besonderem Maße. Hier begegnen sich oft noch einigermaßen gesicherte Kernbelegschaften und prekär Beschäftigte. Aufgrund der zunehmenden Spaltung sind positive Erfahrungen mit Solidarität und Kollektivität inzwischen rar geworden. Dabei stellen die sogenannten Randbelegschaften, die in vielen Fällen schon die betriebliche Mehrheit ausmachen, eine massive Bedrohung für die Kernbelegschaften dar. Sie signalisiert Letzteren, jederzeit durch billigere Arbeitskräfte ersetzbar zu sein. Dass Arbeitende so systematisch in Konkurrenz zueinander gesetzt werden, erschwert gemeinsames Handeln. Gewerkschaftliches Engagement ist daher vielfach zu bloßen Abwehrkämpfen verkommen, offensive Forderungen entsprechen kaum noch dem Organisationsgrad in den Betrieben. Aber nur wenn es gelingt, die gesamte Belegschaft zusammenzubringen und sich gemeinsam für Verbesserungen von Arbeitsbedingungen einzusetzen, kann den Angriffen der Kapitaleseite wirksam etwas entgegengesetzt werden. Dafür sind Arbeitskampftechniken gefragt, die den neuen Spaltungslinien Rechnung tragen.

Eine verbindende Perspektive von Kämpfen kann aber nicht vor nationalstaatlichen Grenzen haltmachen. Ein Hintergrund von Prekarisierungstendenzen sind die zunehmende Globalisierung und die engen internationalen Verflechtungen, wie die Auswirkungen der europäischen Krisenpolitik zeigen. Dass Syriza in Griechenland an die Macht kommen konnte, hat neue Denkhorizonte eröffnet: Der Wahlerfolg markiert eine Zäsur in einer bis dahin als unabwendbar scheinenden EU-Austeritäts- und Krisenpolitik. Trotz massiver Angriffe auf die neue griechische Regierung, mit der Absicht, diese zu diskreditieren und zu schwächen, sind andere Wege vorstellbar geworden. Dass auch bei den kommenden spanischen Parlamentswahlen eine linke Partei siegen könnte, verstärkt die Hoffnung auf einen grundsätzlichen Wandel in Europa. Gemeinsame europaweite Kämpfe rücken so plötzlich in greifbare Nähe. Nur eine transnationale solidarische Bewegung kann verhindern, dass verschiedene Bewegungen und Initiativen gegeneinander ausgespielt werden. Proteste über verschiedene Anliegen und räumliche Grenzen hinweg zu organisieren, bedarf einer besonderen Anstrengung, aber wenn sie glückt, ist der Gewinn umso größer.

**LEBENSNAHE KÄMPFE FÜHREN** Oft haben die Menschen keine Vorstellung davon, dass andere Verhältnisse denkbar und möglich sind, dass sich der Einsatz dafür wirklich lohnen kann. Sie wissen nicht, was ihnen kollektiv möglich wäre, kennen gar nichts anderes als ihre prekäre Lage und Machtlosigkeit, die sie deswegen für «normal» halten. Vieles bleibt unhinterfragt. Deshalb müssen Perspektiven und Ziele sichtbar gemacht werden, nur dann werden viele Menschen entschlossen für sie eintreten.

Nicht nur bei der Erwerbsarbeit, auch in vielen anderen Bereichen werden Menschen gezielt und systematisch entmutigt. Veränderungen der Gesellschaft und die Gestaltbarkeit von Lebensverhältnissen erscheinen daher wenig aussichtsreich. Gerade aber die konkrete Lebenssituation zu verbessern, ist für Menschen im Wortsinn naheliegend. Prekarisierte gehen auf unterschiedlichste Weisen mit ihrer entscherten Lage um. Ihre Wünsche können stark variieren. Zielsetzungen, die von oben festgelegt werden, Versuche von Verallgemeinerungen, ohne die Betroffenen einzubeziehen, können kontraproduktiv sein und nicht den Bedürfnissen vor Ort entsprechen. Forderungen und Perspektiven müssen also am besten gemeinsam mit den Akteuren entwickelt werden. So wird zudem das Mobilisierungspotenzial gestärkt. Die Beispiele existierender Kämpfe zeigen: Da wo Widerstand stattfindet, setzt er an konkreten Anliegen an und ermöglicht Menschen, sich zu ermächtigen und selbst tätig zu werden. Wird dies dann mit gesamtgesellschaftlichen Kämpfen verbunden, verstärken sich der Druck und die Kraft dieser Bewegungen.

Die Verbindung solcher Auseinandersetzungen stellt eine wichtige Herausforderung dar. Mehrere Anliegen müssen gebündelt werden. Die Lebensverhältnisse insgesamt könnten hier ein Dreh- und Angelpunkt sein: Sie betreffen alle Menschen und könnten über Klassenfraktionen hinweg verbinden. Eine konkrete Forderung könnte eine entgeltfreie soziale Grundversorgung sein, eine ausreichende Ausstattung mit bezahlbarem Wohnraum, der gesicherte Zugang zu Kultur, Bildung und Gesundheit, die Gewährleistung von Mobilität etc. Auch Proteste der gesellschaftlichen Mitte sind hier anschlussfähig, wie viele Bewegungen und Initiativen zeigen, die sich für die Rekommunalisierung von Infrastrukturen und Leistungen der Daseinsvorsorge engagieren. Hier liegt das Potenzial, dass Mitte-unten-Bündnisse eine wirklich transformative Wirkung entfalten.

**POLITISCHE FORDERUNGEN** Ob politische Veränderungen eintreten, hängt auch von den sie einfordernden Kräften ab. Joseph E. Stiglitz (2013: 16) formuliert das so: «Es liegt an uns allen – unsere politische Führung inbegriffen –, den Mut und Weitblick aufzubringen, dieses erdrückende Elend endlich zu lindern.» Für eine Entprekarisierung sind dabei viele kleine und größere Schritte nötig. Sie braucht konkrete Ansprüche, aber auch transformatorischen Weitblick. Im Folgenden werden einige wichtige Forderungen aufgelistet. Sie bieten einen Orientierungsrahmen, der zu ergänzen ist. Es handelt sich um Forderungen, die vor allem für Kämpfe im Hier und Jetzt eine Rolle spielen und aufgegriffen werden können. Sie können einen Einstieg in ein gesellschaftsveränderndes Projekt nicht ersetzen, lassen sich aber (auf dem Weg dahin) mit diesem verknüpfen.



## ENTPREKARISIERUNG DER ARBEIT

- **Gute Löhne:** Ein Lohn von 12,40 Euro entspräche laut EU-Sozialcharta einem fairen Lohn. An einen solchen Mindestlohn muss zudem eine jährliche Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten gekoppelt werden.
- **Dauerhafte Arbeitsplätze:** sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen verbieten
- **Leiharbeit abschaffen:** wirksame Kontrollen gegen Scheinwerkverträge einführen
- **Volle Mitbestimmungsrechte** bei Leiharbeit und Werkverträgen
- **Minijobs abschaffen:** abhängige Beschäftigung nur mit Sozialversicherung
- **Teilzeit:** Lohndumping für Teilzeitkräfte verbieten (Kontrollen nötig)
- **Arbeitszeit:** mehr Souveränität der Beschäftigten im Umgang mit ihrer Arbeitszeit.  
Ziel: eine durchschnittliche Arbeitszeit von 30 Stunden pro Woche. Dafür muss eine gesellschaftliche Debatte vorangetrieben werden. Kurzfristig: Wochenhöchst-arbeitszeit auf 40 Stunden senken, statt wie bislang 48 Stunden.
- **Wirksame Stressverordnungen:** besserer Arbeits- und Gesundheitsschutz
- **Tarifverträge stärken:** Ziel sind umfassende und allgemeingültige Flächentarifverträge und volles Streikrecht
- **Volles Recht auf Arbeit** für alle Flüchtlinge vom ersten Tag ihres Aufenthalts in Deutschland

## DISKRIMINIERUNGSFREIE ABSICHERUNG BEI ERWERBSLOSIGKEIT

- **Eine Existenzsicherung,** von der man leben kann: 1050 Euro im Monat bei jährlicher Anpassung an Kostensteigerungen. Als ersten Schritt: Hartz IV auf 500 Euro anheben und Zwangsumzüge verbieten
- **Sanktionen von Erwerbslosen verbieten** – Existenzsicherung ist nicht kürzbar. Die Wahl der Arbeit muss selbstbestimmt sein.
- **Ein-Euro-Jobs abschaffen**
- **Individuelle Berechnung** statt dem Prinzip der «Bedarfsgemeinschaften» (es gelten bereits gesetzliche Unterhaltungsverpflichtungen)

## EIN SICHERES LEBEN AUCH IM ALTER

- **Das Rentenniveau** muss wieder angehoben werden.
- **Eine Mindestrente** muss gelten: 1050 Euro mit jährlichen Anpassungen. Zunächst ist eine Mindestrente von 900 Euro nötig.
- **Ost- und Westrenten** müssen angeglichen werden.
- **Die Rente mit 67** gehört abgeschafft. Nur die wenigsten können so lange arbeiten.
- **Eine solidarische Rentenversicherung:** Alle Arbeitenden müssen in die gleiche Kasse einzahlen.

## DAS GESUNDHEITSSYSTEM STÄRKEN

- **Eine solidarische Bürgerversicherung** für alle: Die Trennung in private und gesetzliche Krankenversicherungen aufheben, keine Zuzahlungen mehr für Medikamente, Arzt- oder Krankenhausleistungen.
- **Bedarfsorientierung:** Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand und müssen bedarfsorientiert finanziert werden.
- **Gesetzliche Personalbemessung** für die institutionelle und außerinstitutionelle Pflege aller, die dieser bedürfen
- **Eine Aufwertung** von pflegender Arbeit
- **Volle Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge**

## BILDUNG UND KINDERBETREUUNG

- **Kitas, Schulen und Universitäten** sind hochgradig unterfinanziert. Hier muss es dringend einen Richtungswechsel geben. Investitionsrückstände müssen aufgearbeitet werden.
- **Dem großen Mangel an ErzieherInnen** und in anderen Sozialberufen muss mit einer Aufwertung der Arbeit begegnet werden: Sozialberufe brauchen bessere Löhne und Arbeitsbedingungen.
- **Die Drittmittelfinanzierung der Universitäten** muss eingedämmt werden. Universitäten gehören in die öffentliche Hand.

## MOBILITÄT FÜR ALLE

- **Nahverkehr erhalten,** mehr Investitionen für einen funktionstüchtigen Fuhrpark und breite Netze
- **Ein fahrscheinfreier ÖPNV** ist perspektivisch durch eine solidarische Steuerpolitik und stärkere öffentliche Finanzierung möglich und anzustreben. Zwei Schritte, die sofort umsetzbar sind: Sozialtickets einführen, den Hartz-IV-Satz für Verkehrsmittel anpassen
- **Die Deutsche Bahn muss sich am Bedarf orientieren:** Marode Bahnhöfe sanieren, Flächen erschließen, mehr Personal in Zügen und auf Bahnhöfen einsetzen.

## WOHNEN MUSS BEZAHLBAR SEIN

- **Hohe Mieten** müssen gesetzlich eingedämmt werden.
  - Mietpreisbremsen können Höchstmieten in einer Kommune festlegen.
  - Die Möglichkeit zu Mieterhöhungen bei Neuvermietung oder Sanierung muss abgeschafft werden.
- **Zweckentfremdung und Leerstand** müssen wirksam bekämpft werden.
- **Der soziale Wohnungsbau** muss dem Bedarf angepasst werden. Dafür sind jährlich 150.000 neue Sozialwohnungen nötig. Die Wohnungen müssen bedarfsgerecht, barrierefrei und energieeffizient sein.
- **Der Hartz-IV-Satz fürs Wohnen** ist in vielen Fällen zu niedrig. Er muss individualisiert werden. Die Heizkosten müssen in der Grundsicherung einbegriffen sein.
- **Ein Grundkontingent an Strom** sollte für alle zur Verfügung stehen, es dürfen keinerlei Stromabklemmungen mehr durchgeführt werden. ●●●

# LITERATUR

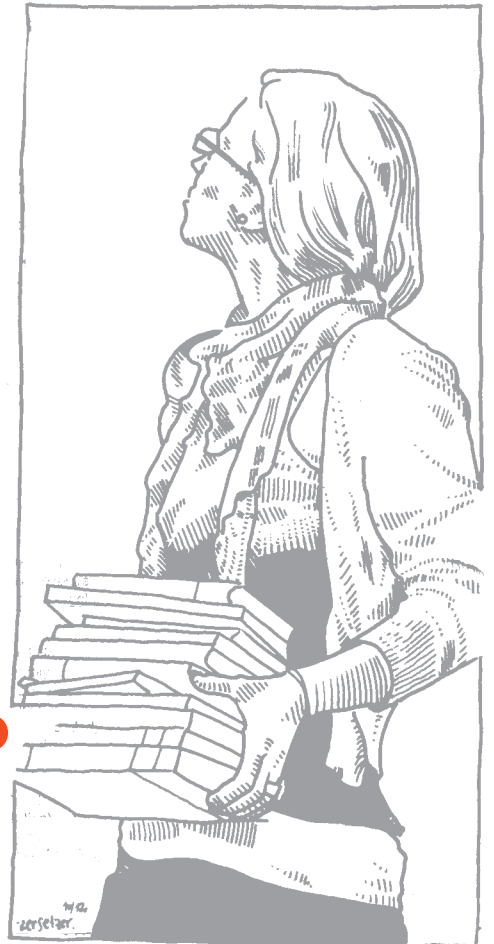
- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2013): Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen, Berlin, unter: [www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Experten/Expertise\\_Zugang\\_zum\\_Arbeitsmarkt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Experten/Expertise_Zugang_zum_Arbeitsmarkt.pdf?__blob=publicationFile).
- Arenz, Horst (2015): Soziale Wohnungspolitik ist machbar, in: *neues deutschland*, 12.3.2015, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/964612.soziale-wohnungspolitik-ist-machbar.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/964612.soziale-wohnungspolitik-ist-machbar.html).
- Arps, Jan Ole (2012): Die Integrationsmaschine. Die Initiative Kotti & Co. hat Schwung in den Berliner Mieterprotest gebracht, in: *analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 575, unter: [www.akweb.de/ak\\_s/ak575/28.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak575/28.htm).
- Attac Deutschland – Bundesarbeitsgruppe ArbeitFairTeilen (2014): 30-Stunden-Woche für Europa – Mit Arbeitszeitverkürzung aus der Krise, unter: [http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2014/02/azv\\_eu2.pdf](http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2014/02/azv_eu2.pdf).
- Bader, Pauline u.a. (2011): Vielfachkrise. Eine Debatte, in: *LuXemburg* 2/2011, S. 142–153, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2009/09/LUX\\_1102\\_komp.pdf](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2009/09/LUX_1102_komp.pdf).
- Berner, Laura/Jensen, Inga/Holm, Andrej (2015): Zwangsräumungen in Berlin. Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems. Eine Fallstudie in Berlin, Berlin, unter: [www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrbereiche/stadtsoz/forschung/projekte/studie-zr-web.pdf](http://www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrbereiche/stadtsoz/forschung/projekte/studie-zr-web.pdf).
- Bölt, Ute/Graf, Thomas (2012): 20 Jahre Krankenhausstatistik, Statistisches Bundesamt, Februar 2012, Wiesbaden, unter: [www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Gesundheitswesen/20JahreKrankenhausstatistik.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Gesundheitswesen/20JahreKrankenhausstatistik.pdf?__blob=publicationFile).
- Börger, Jörg (2015): Mit einem bundesweiten Aktionstag protestieren SchülerInnen in Berlin für ein humaneres Bleiberecht, Interview, in: *neues deutschland*, 24.2.2015, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/969006.schueler-streiken-gegen-asyl-rechtsverschaeerfung.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/969006.schueler-streiken-gegen-asyl-rechtsverschaeerfung.html).
- Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall, in: *ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz.
- Bremme, Peter (2015) «We are here to stay.» Selbstorganisation von Flüchtlingen in Gewerkschaften. Das Beispiel Hamburg, in: *LuXemburg* 1/2015, S. 54–59, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/we-are-here-to-stay/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/we-are-here-to-stay/).
- Brinkmann, Ulrich (2005): Die Labormaus des Westens: Ostdeutschland als Vorwegnahme des Neuen Produktionsmodells?, in: Lang, Reinhart (Hg.): *The End of Transformation?* München, S. 305–325.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03514.pdf>.
- Bulwiengesa (2015): *Bulwiengesa-Immobilienindex 1975 bis 2014*, unter: <http://www.bulwiengesa.de/de/publikationen/studien/bulwiengesa-immobilienindex-2015>.
- Bundesregierung (2013): *Ethnische und rassistische Diskriminierung in Deutschland*, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Memet Kilic u.a., Drucksache 17/12919, Berlin, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/129/1712919.pdf>.
- Bundesregierung (2014a): *Befristete Arbeitsverhältnisse in den Bundesländern*. Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten Jutta Krellmann u.a., Drucksache 18/2621 vom 24.9.2014, Berlin, unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/026/1802621.pdf>.
- Bundesregierung (2014b): *Steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und ihre anhaltende Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt*. Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann u.a., Drucksache 18/734 vom 7.3.2014, Berlin, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/007/1800734.pdf>.
- Bundesregierung (2014c): *Psychische Belastungen in der Arbeitswelt*. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Krellmann u.a., Drucksache 18/2291 vom 6.8.2014, Berlin, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/122/1712273.pdf>.
- Bundesregierung (2014d): *Wohnungsverkäufe aus Bundesbesitz*. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Caren Lay u.a., Drucksache 18/3426 vom 2.12.2014, Berlin, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/029/1802959.pdf>.
- Busch, Günter (2014): *Gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern?*, in: Detje, Richard/Stamm, Sybille/Wilde, Florian (Hg.): *Kämpfe um Zeit. Bausteine für eine neue (arbeits-)zeitpolitische Offensive*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung,

- Reihe Manuskripte Neue Folge, Berlin, S. 74–85, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte\\_10.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_10.pdf).
- Butterwegge, Christoph (2013): Gerhard Schröders Agenda 2010. Zehn Jahre unsoziale Politik, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Analysen/Analysen\\_Agenda.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Agenda.pdf).
- Butterwegge, Christoph (2015): Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik? Weinheim/Basel.
- Candeias, Mario (2006) Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung, unter: [www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/721.handlungsfahigkeit-durch-widerspruchsorientierung.html](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/721.handlungsfahigkeit-durch-widerspruchsorientierung.html).
- Candeias, Mario (2008): Die neuen Solo-Selbständigen zwischen Unternehmergeist und Prekarität, in: Prokla 150, 1/2008, S. 65–82, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/dokumentationen/091113-14\\_Creatives\\_Industries/Texte/Candeias\\_prekaer\\_prokla\\_08.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/dokumentationen/091113-14_Creatives_Industries/Texte/Candeias_prekaer_prokla_08.pdf).
- Candeias, Mario/Veth, Silke (2007): Die neue Normalität Prekarität, in: RosaLux 2/2007, S. 12–14, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/RosaLux\\_2\\_2007.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/RosaLux_2_2007.pdf).
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisation der Linken in der Krise, Hamburg, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Candeias-Voelpel\\_Plaetze-sichern.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Candeias-Voelpel_Plaetze-sichern.pdf).
- Candeias, Mario/Steckner, Anne (2015): Prekär schreiten wir voran? Acht Thesen zu offenen strategischen Problemen, in: LuXemburg 1/2015, S. 32–39, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/prekaer-schreiten-wir-voran-acht-thesen-zu-offenen-strategischen-problemen/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/prekaer-schreiten-wir-voran-acht-thesen-zu-offenen-strategischen-problemen/).
- Castel, Robert (2005): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.) (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Analysen/Analyse\\_Finanzdominierte\\_Akkumulation.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_Finanzdominierte_Akkumulation.pdf).
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2010): Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit – Wissensstand, Praxis und Anforderungen an eine arbeitsmarktintegrative Gesundheitsförderung, arbeitsmarktaktuell DGB, Nr. 9/August 2010, Berlin, unter: [www.google.de/?gws\\_rd=ssl#q=Gesundheitsrisiko+Arbeitslosigkeit+%E2%80%93+Wissensstand%2C+Praxis+und+Anforderungen+an+eine+arbeitsmarktintegrative+Gesundheitsf%C3%B6rderung](http://www.google.de/?gws_rd=ssl#q=Gesundheitsrisiko+Arbeitslosigkeit+%E2%80%93+Wissensstand%2C+Praxis+und+Anforderungen+an+eine+arbeitsmarktintegrative+Gesundheitsf%C3%B6rderung).
- Deutscher Gewerkschaftsbund/Bundesvorstand (2012a): Prekäre Beschäftigung – Herausforderung für die Gewerkschaften. Anregungen und Vorschläge für die gewerkschaftliche Diskussion, Berlin, unter: <http://www.dgb.de/themen/+++co++625f4954-a925-11df-6fd9-00188b4dc422>
- Deutscher Gewerkschaftsbund/Bundesvorstand (2012b): Raus aus der Armutsfalle – DGB-Reformkonzept Minijob, Berlin, unter: [www.igbau.de/Binaries/Binary17373/DGB\\_Broschuere\\_Minijobs-Endf.pdf](http://www.igbau.de/Binaries/Binary17373/DGB_Broschuere_Minijobs-Endf.pdf).
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2012c): Arbeitshetze, Arbeitsintensivierung, Entgrenzung: So beurteilen die Beschäftigten die Lage, Ergebnisse der Repräsentativumfrage 2011 der DGB-Index Gute Arbeit GmbH, Berlin, unter: [www.dgb-bestell-service.de/besys\\_dgb/pdf/DGB501006.pdf](http://www.dgb-bestell-service.de/besys_dgb/pdf/DGB501006.pdf).
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2012d): Licht und Schatten im Beschäftigungssystem – Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den letzten 20 Jahren, arbeitsmarktaktuell DGB, Nr. 2/Februar 2012, Berlin, unter: [www.sozialpolitik-aktuell.de/tl\\_files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Dokumente/Licht%20und%20Schatten.pdf](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Dokumente/Licht%20und%20Schatten.pdf).
- Deutscher Gewerkschaftsbund/Bundesvorstand – Abteilung Jugend und Jugendpolitik (Hg.) (2014a): Ausbildungsreport 2014, Berlin, unter: <http://www.dgb.de/presse/+++co++6c4de58a-338a-11e4-b49d-52540023ef1a/file/DGB-Jugend-Ausbildungsreport-2014.pdf>
- Deutscher Gewerkschaftsbund/Bundesvorstand – Abteilung Jugend und Jugendpolitik (2014b): Mindestlohn. Was ändert sich für Jugendliche und junge Beschäftigte?, Berlin, unter: [www.dgb-bestellservice.de/besys\\_dgb/pdf/DGB41585.pdf](http://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/DGB41585.pdf).
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2015): Unfreiwillige Teilzeit, unter: <http://ratgeber-ungesicherte-jobs.dgb.de/fragen-und-antworten/unfreiwillige-teilzeit>.
- DIE LINKE (2015): Tatsächliche Arbeitslosigkeit, unter: [www.die-linke.de/politik/positionen/arbeitsmarkt-und-mindestlohn/tatsaechliche-arbeitslosigkeit/](http://www.die-linke.de/politik/positionen/arbeitsmarkt-und-mindestlohn/tatsaechliche-arbeitslosigkeit/).
- Dörre, Klaus (2006): Prekäre Arbeit und soziale Desintegration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/2006, S. 7–14, unter: [www.bpb.de/apuz/29490/prekaere-arbeit-und-soziale-desintegration?p=all](http://www.bpb.de/apuz/29490/prekaere-arbeit-und-soziale-desintegration?p=all).

- Dörre, Klaus (2008): Prekarität – Zentrum der sozialen Frage im 21. Jahrhundert, unter: [www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Veranstaltungen/VA-Dokumentationen/Doerre\\_Prekaritaet\\_\\_Zentrum\\_der\\_sozialen\\_Frage\\_im\\_21.\\_Jahrhundert.pdf](http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Veranstaltungen/VA-Dokumentationen/Doerre_Prekaritaet__Zentrum_der_sozialen_Frage_im_21._Jahrhundert.pdf).
- Dörre, Klaus (2014): Das deutsche Jobwunder, Vorbild für Europa? Brüssel.
- Driesener, Katja (2011): Einkommenssituation von Mitarbeitern in einer Werkstatt für behinderte Menschen, Teil 1, unter: [www.heilpaedagogik-info.de/verguetung-wfbm/1650-einkommen-werkstatt-fuer-behinderte-menschen.html](http://www.heilpaedagogik-info.de/verguetung-wfbm/1650-einkommen-werkstatt-fuer-behinderte-menschen.html).
- Eggs, Johannes/Trappmann, Mark/Unger, Stefanie (2014): ALG-II-Bezieher schätzen ihre Gesundheit schlechter ein, IAB-Kurzbericht 23/2014, Nürnberg, unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb2314.pdf>.
- Ernst, Klaus (2015): Leiharbeit wächst auf hohem Niveau. Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage «Entwicklung von Leiharbeit» (Drucksache 18/4619), unter: <http://linksfraktion.de/nachrichten/leiharbeit-waechst-hohem-niveau/>.
- Ford, Henry (1923): Mein Leben und Werk, Leipzig.
- Fried, Barbara/Dück, Julia (2015): Caring for Strategy. Transformation aus Kämpfen um soziale Reproduktion entwickeln, in: LuXemburg 1/2015, S. 84–93, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/caring-for-strategy/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/caring-for-strategy/).
- Goettle, Gabriele (2013): Expandierender Suppenküchenstaat, in: die tageszeitung, 25.11.2013, unter: [www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=k&dig=2013/11/25/a0097&cHash=c4d2383a8b42bdf713450e7945576503](http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=k&dig=2013/11/25/a0097&cHash=c4d2383a8b42bdf713450e7945576503).
- Grell, Britta (2011): Kommunale Fürsorgepolitik, in: Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Handbuch Kommunale Sozialpolitik, Wiesbaden, S. 162–174.
- Gysi, Gregor/Krellmann, Jutta (2014): Unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen endlich zur Regel werden, unter: [www.linksfraktion.de/nachrichten/unbefristete-arbeits-verhaeltnisse-muessen-endlich-wieder-regel-werden-2014-04-07/](http://www.linksfraktion.de/nachrichten/unbefristete-arbeits-verhaeltnisse-muessen-endlich-wieder-regel-werden-2014-04-07/).
- Hannemann, Inge (2013): Hartz IV muss abgeschafft werden! – Eine Hamburger Arbeitsvermittlerin erklärt öffentlich, keine Sanktionen mehr zu verhängen, Interview in: analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 583, unter: [www.akweb.de/ak\\_s/ak583/16.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak583/16.htm).
- Hans-Böckler-Stiftung (2014a): Atypisch ist fast normal. Minijobs und Co. bleiben weit verbreitet: Fast jeder zweite Job ist kein Normalarbeitsverhältnis, in: Böcklerimpuls 14/2014, unter: [www.boeckler.de/impuls\\_2014\\_14\\_1.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2014_14_1.pdf).
- Hans-Böckler-Stiftung (2014b): Hartz IV – In der Wiederholungsschleife, in: Böcklerimpuls 17/2014, unter: [www.boeckler.de/impuls\\_2014\\_17\\_3.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2014_17_3.pdf).
- Hans-Böckler-Stiftung (2015a): Mehr Unzufriedenheit nach Deregulierung, in: Böcklerimpuls 6/2015, unter: [www.boeckler.de/impuls\\_2015\\_06\\_Gesamt.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2015_06_Gesamt.pdf).
- Hans-Böckler-Stiftung (2015b): Öffentlicher Dienst: Qualifiziert und befristet, in: Böcklerimpuls 7/2015, unter: [www.boeckler.de/impuls\\_2015\\_07\\_gesamt.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2015_07_gesamt.pdf).
- Hansen, Oliver (2014): Stagnation auf hohem Niveau. Eine Zwischenbetrachtung zu «Lampedusa in Hamburg», in: analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Politik, Nr. 590, unter: [www.akweb.de/ak\\_s/ak590/28.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak590/28.htm).
- Haug, Frigga (2014): «Es gab eine reale Alternative», in: die tageszeitung, 10.1.2014, unter: [www.taz.de/1130805/](http://www.taz.de/1130805/).
- Hecker, Alena (2014): Am Bedarf vorbei gebaut – das hat uns noch gefehlt, in: Der Tagesspiegel, 14.7.2014, unter: [www.tagesspiegel.de/wirtschaft/immobilien/berliner-wohnungsmarkt-am-bedarf-vorbei-gebaut-das-hat-uns-noch-gefehlt/10183944.html](http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/immobilien/berliner-wohnungsmarkt-am-bedarf-vorbei-gebaut-das-hat-uns-noch-gefehlt/10183944.html).
- Held, Tobias (2011): Verkäufe kommunaler Wohnungsbestände – Ausmaß und aktuelle Entwicklungen, in: Information zur Raumentwicklung 12/2011, S. 675–682, unter: [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/lzr/2011/12/Inhalt/DL\\_Held.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/lzr/2011/12/Inhalt/DL_Held.pdf?__blob=publicationFile&v=3).
- Hemmerling, Ulrike/Schwarz, Tobias (2014): Flüchtlinge in Deutschland. Erzwungenes Leben im Zwischenraum, unter: [www.behandeln-statt-verwalten.de/fileadmin/user\\_upload/pdfs/verwaltet-entrechtet-abgestempelt.pdf](http://www.behandeln-statt-verwalten.de/fileadmin/user_upload/pdfs/verwaltet-entrechtet-abgestempelt.pdf).
- Hermann, Ulrike (2012): Die Lüge von der Arbeit, in: die tageszeitung, 3.1.2012, unter: [www.taz.de/184856/](http://www.taz.de/184856/).
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg.
- Holm, Andrej (2014a): Wohnen als Soziale Infrastruktur, unter: [www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_holm\\_wohnen.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_holm_wohnen.html).
- Holm, Andrej (2014b): Mietenwahnsinn. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert, München.
- Holst, Elke/Wieber, Anna (2014): Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn, DIW Wochenbericht Nr. 40/2014, Berlin, unter: [www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.483778.de/14-40-5.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.483778.de/14-40-5.pdf).
- Institut für Arbeit und Qualifikation (2015): Hartz-IV-Empfänger: Fast die Hälfte ist länger als 4 Jahre im Leistungsbezug, Essen/Duisburg, unter: [www.sozialpolitik-aktuell.de/tl\\_files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Sozialstaat/Datensammlung/PDF-Dateien/abbl135\\_Grafik\\_Monat\\_04\\_2015.pdf](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Sozialstaat/Datensammlung/PDF-Dateien/abbl135_Grafik_Monat_04_2015.pdf).
- IG Metall (2015a): Was sind Werkverträge?, unter: [www.fokus-werkvertraege.de/werkvertraege/](http://www.fokus-werkvertraege.de/werkvertraege/).
- Jakob, Christian (2015): Refugees Welcome? Mythen und Fakten zur Migrations- und Flüchtlingspolitik, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente 8, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Argumente/lux\\_argu\\_Fluechtlinge.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_Fluechtlinge.pdf).
- Jürgens, Kerstin (2011): Prekäres Leben, in: WSI Mitteilungen 8/2011, S. 379–385, unter: [www.boeckler.de/wsimit\\_2011\\_08\\_juergens.pdf](http://www.boeckler.de/wsimit_2011_08_juergens.pdf).
- Kahrs, Horst (2015): Ziemlich viel Klasse. Prekarisierung und politische Partizipation, in: LuXemburg 1/2015, S. 74–79, unter: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/ziemlich-viel-klasse/>.
- Kaltenborn, Sandy/Endres, Tashy (2012): «Stadt von morgen beginnt heute.» Kotti & Co protestiert gegen die Berliner Wohnungspolitik, in: LuXemburg 4/2012; S. 92–95, unter: [http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2013/07/LUX\\_1204\\_klein.pdf](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2013/07/LUX_1204_klein.pdf).
- Kipping, Katja u.a. (2014a): Gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV. Antrag an den Deutschen Bundestag, Drucksache 18/3549 vom 17.12.2014, Berlin, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/035/1803549.pdf>.

- Kipping, Katja u.a. (2014b): Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen. Antrag an den Deutschen Bundestag, Drucksache 18/1115 vom 9.4.2014, Berlin, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/011/1801115.pdf>.
- Klein, Dieter (2007): Das Eigentum – Alternativen zur Privatisierung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkt 18/2007, Berlin, unter: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte\\_0718neu.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0718neu.pdf).
- Knuth, Matthias (2014): Rosige Zeiten am Arbeitsmarkt. Strukturereformen und «Beschäftigungswunder», Berlin, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10866.pdf>.
- Kotti & Co. (2012): Presseerklärung zu Rassismus, 16.8.2012, unter: <http://kottiundco.net/2012/08/16/rassismus-verdrangung-in-stichpunkten/>.
- Kotti & Co. (2015): Wer wir sind, unter: <http://kottiundco.net/wer-wir-sind/>.
- Krajewski, Markus/Kynasz, Britta (2014): Auswirkungen des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens (TTIP) auf den Rechtsrahmen für öffentliche Dienstleistungen in Europa, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, unter: [http://www.boeckler.de/pdf\\_fof/S-2014-720-1-1.pdf](http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2014-720-1-1.pdf).
- Latza, Jan/Schubert, Kirsten (2013): Pflegenotstand in der Fabrik Krankenhaus, in analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 587, unter: [https://www.akweb.de/ak\\_s/ak587/21.htm](https://www.akweb.de/ak_s/ak587/21.htm).
- Lipietz, Alain (1998): Nach dem Ende des «Goldenen Zeitalters». Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Hamburg/Berlin.
- Lorenz, Guido (2012): Das Glück sucht sich einen anderen Ort! Prekäre Beschäftigung – Wir empören uns!, Betriebsseelsorge Stuttgart, Stuttgart.
- LuXemburg 1/2014: Gespenst Europa, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/gespenst-europa-luxemburg-1-2014/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/gespenst-europa-luxemburg-1-2014/).
- LuXemburg 1/2015: Mehr als prekär, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/mehr-als-prekaer-luxemburg-1-2015/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/mehr-als-prekaer-luxemburg-1-2015/).
- Matecki, Claus/Schulten, Thomas (Hg.) (2013): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung, Hamburg.
- Mayer, Margit (2012): Recht auf Stadt, in Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan (Hg.): ABC der Alternativen 2.0, in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die tageszeitung und dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac, Hamburg, S. 242–243.
- Mietergemeinschaft Kotti & Co. (2013): Nichts läuft hier richtig. Konferenz zum sozialen Wohnungsbau in Berlin, unter: [https://kottiundco.files.wordpress.com/2012/11/konferenz\\_heft\\_hi\\_rgb\\_3.pdf](https://kottiundco.files.wordpress.com/2012/11/konferenz_heft_hi_rgb_3.pdf).
- Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Niggemeyer, Lars (2015): Hartz IV – Druck auf Löhne, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, 11.1.2015, unter: <http://www.gegenblende.de/++co++0a59b8d2-9a59-11e4-9055-52540066f352>.
- Nock, Lukas/Hielscher, Volker/Kirchen-Peters, Sabine (2013): Dienstleistungsarbeit unter Druck: Der Fall Krankenpflege, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 296, Düsseldorf, unter: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_arbp\\_296](http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_296).
- Osterloh, Falk (2014): Krankenhäuser: Mortalität steigt bei hoher Auslastung, unter: <http://mobile.aerzteblatt.de/print/159578.htm>.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband (2015): Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014, Berlin, unter: <http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/service-download/>.
- Payandeh, Mehrhad (2015): Deutschland im Investitionsstau, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, 21.4.2015, unter: <http://www.gegenblende.de/++co++534cd712-e906-11e4-b1f9-52540066f352>.
- Pelizzari, Allesandro (2012): Entprekarisierung, in: Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan (Hg.): ABC der Alternativen 2.0, in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die tageszeitung und dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac, Hamburg, S. 74–75.
- Pestel-Institut (2012): Bedarf an Sozialwohnungen in Deutschland, Untersuchung im Auftrag der Wohnungsbau-Initiative, Hannover, unter: [www.pestel-institut.de/images/18/Studie%20Sozialer-Wohnungsbau%2008-2012.pdf](http://www.pestel-institut.de/images/18/Studie%20Sozialer-Wohnungsbau%2008-2012.pdf).
- Pomrehn, Wolfgang (2013): Armutsrisiko Energiewende? Mythen, Lügen, Argumente, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente 4, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Argumente/lux\\_argu\\_Armutsrisiko\\_2.Aufl.\\_dt\\_03-2014.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_Armutsrisiko_2.Aufl._dt_03-2014.pdf).
- Rakowitz, Nadja (2013): Gesundheit ist eine Ware – Mythen und Probleme des kommerzialisierten Gesundheitswesens, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente 6, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Argumente/lux\\_argu\\_Gesundheit\\_dt.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_Gesundheit_dt.pdf).
- Reiner, Sabine: «Alte kassieren! Junge zahlen nur drauf!» – Mythen und Fakten zur Rentenpolitik, unter Mitarbeit von Ingo Schäfer, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente 7, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Argumente/lux\\_argu\\_Rentenpolitik\\_dt\\_11-2013.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_Rentenpolitik_dt_11-2013.pdf).
- Reitzig, Jörg (2010): Prekarität, soziale Verunsicherung und Vereinzelung – die Rückkehr der sozialen Frage, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, 1.3.2010, unter: [www.gegenblende.de/++co++408fb73e-2093-11df-6645-001ec9b03e44](http://www.gegenblende.de/++co++408fb73e-2093-11df-6645-001ec9b03e44).
- Rhein, Thomas (2013): Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich, IAB-Kurzbericht 15/2013, Nürnberg, unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2013/kb1513.pdf>.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) (2013): Von wegen Casino. Populäre Irrtümer über Banken, Börse und Kredit, luxemburg argumente 5, Berlin, unter: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Argumente/lux\\_argu\\_5\\_VonWegenCasino\\_web.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_5_VonWegenCasino_web.pdf).
- Rosenbrock, Rolf (2014): Deutschland ist Lebensstandort, nicht nur Wirtschaftsstandort, Presserklärung des Vorsitzenden des Paritätischen Gesamtverbandes, 24.4.2014, Berlin.
- Rosteck, Björn (2013): Still Loving Bleiberecht. Die Gruppe Lampedusa in Hamburg kämpft seit Wochen gegen die Politik des SPD-Senats, in: analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 558, unter: [www.akweb.de/ak\\_s/ak588/22.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak588/22.htm).

- Schmalstieg, Catharina (2015): Prekarität und kollektive Handlungsfähigkeit. Gewerkschaftsarbeit im Niedriglohnsektor. Das Beispiel USA, Hamburg, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Schmalstieg\\_Prekaritaet\\_und\\_Handlungsfahigkeit\\_Netz.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Schmalstieg_Prekaritaet_und_Handlungsfahigkeit_Netz.pdf).
- Schramm, Reinold (2015): Vorsätzliche Wohnungsnot im Reichtumsland Bundesrepublik Deutschland, unter: [www.trend.infopartisan.net/trd0115/t110115.html](http://www.trend.infopartisan.net/trd0115/t110115.html).
- Schulten, Thorsten/Schulze-Buschhoff, Karin (2015): Gewerkschaftliche Strategien gegen prekäre Beschäftigung in Deutschland – am Beispiel der Gebäudereinigung, der Bauwirtschaft, des Krankenhausesektors und der Leiharbeitsbranche, Policy Paper, Wissenschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Düsseldorf, unter: [www.boeckler.de/pdf/wsi\\_pro\\_barsori\\_prekaere\\_beschaeft.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/wsi_pro_barsori_prekaere_beschaeft.pdf).
- Soos, Oliver (2015): Erneut 500 Charité-Mitarbeiter im Ausstand, unter: [www.rbb-online.de/wirtschaft/beitrag/2015/04/charite-berlin-verdi-zweitaegiger-warnstreik.html](http://www.rbb-online.de/wirtschaft/beitrag/2015/04/charite-berlin-verdi-zweitaegiger-warnstreik.html).
- Stamm, Sybille (2013): Wem gehört die Zeit? In: LuXemburg 7/2013, S. 100–107, unter: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/wem-gehoert-die-zeit/>.
- Stiglitz, Joseph E. (2013): Ungleichheit erstickt Erholung, in: LuXemburg 2/2013, S. 22–26, unter: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/ungleichheit-erstickt-erholung/>.
- Steckner, Anne (2013): Bildungsbaustein Eurokrise – «Ich krieg die Krise», Berlin, unter: [www.die-linke.de/fileadmin/download/politische\\_bildung/bildungsmaterial/euro-krise/argumente/bildungsbaustein\\_eurokrise\\_argumente\\_infoboxen\\_stand\\_dez2013.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/politische_bildung/bildungsmaterial/euro-krise/argumente/bildungsbaustein_eurokrise_argumente_infoboxen_stand_dez2013.pdf) 21.
- Stumpfögger, Niko (2009): Wenn die Gründerzeit zu Ende geht, in: Böhlke, Nils u.a. (Hg.): Privatisierung von Krankenhäusern. Erfahrungen und Perspektiven aus Sicht der Beschäftigten, Hamburg, S. 199–219.
- Uellenberg-Van Dawen, Wolfgang (2014): Schrumpfende Ambitionen, in: Mitbestimmung 9/2014, unter: [www.boeckler.de/50916\\_50941.htm](http://www.boeckler.de/50916_50941.htm).
- ver.di (2015): Personalcheck Personalbemessung, unter: <http://gesundheitssoziales.verdi.de/branchen/krankenhaeuser/personalcheck>.
- Vesper, Dieter (2012): Auswirkungen der Schuldenbremse auf die Haushalte ausgewählter Bundesländer und ihrer Gemeinden. Expertise im Auftrag von ver.di, Berlin, unter: <http://bund-laender.verdi.de/++file++52a705546f68442d470002e4/download/Auswirkungen-der-Schuldenbremse.pdf>.
- Vogel, Berthold (2008): Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer sozialer Ungleichheiten, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 33-34/2008, S. 12–18, unter: [www.bpb.de/apuz/31024/prekaritaet-und-prekariat-signalwoerter-neuer-sozialer-ungleichheiten?p=all](http://www.bpb.de/apuz/31024/prekaritaet-und-prekariat-signalwoerter-neuer-sozialer-ungleichheiten?p=all).
- Vrenegor, Nicole/Osório, Manuel (2011): Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur – Was heißt das in Bezug auf das «Wohnen»? , unter: [www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_vrenegor\\_infrastruktur.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_vrenegor_infrastruktur.html).
- Wacquant, Loïc (2015): Schattenseiten einer gespaltenen Stadt. Ein Kaleidoskop der Lebenslangen des urbanen Prekariats, in: Zeitschrift LuXemburg 1/2015, S. 6–13, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/schattenseiten-einer-gespaltenen-stadt/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/schattenseiten-einer-gespaltenen-stadt/).
- Wehler, Hans-Ulrich (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München.
- Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld.
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2014): Armut in Deutschland wächst – Reichtum auch. WSI-Verteilungsbericht, Düsseldorf, unter: [http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen\\_52133\\_52143.htm](http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_52133_52143.htm)
- Wolf, Luigi (2013): «Patienten wegstreiken.» Arbeitskämpfe an der Charité, in: LuXemburg 1/2013, S. 58–63, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/patienten-wegstreiken-arbeitskaempfe-an-der-charit-2/](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/patienten-wegstreiken-arbeitskaempfe-an-der-charit-2/).
- Zeise, Fanny (2013): Einleitung, in: Zeise, Fanny/Hoffmann, Rabea (Hg.): Erneuerung durch Streik – Die eigene Stärke nutzen. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Materialien, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Materialien\\_ErneuerungDurchStreik.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Materialien_ErneuerungDurchStreik.pdf).
- Zender, Sophia (2014): Streiken bis das Patriarchat kommt – Der Arbeitskampf der Pflegekräfte an der Berliner Charité, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Studien/Studien\\_Streiken.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_Streiken.pdf).



serjatur

● ● ● Das Problem der Prekarisierung auf nur wenige Bevölkerungsgruppen oder gar auf die »Unterschicht« zu beschränken, ist Teil des neoliberalen Diskurses. Mit dieser Engführung wird von der sich zuspitzenden sozialen Frage und den negativen Auswirkungen vieler Maßnahmen der letzten Jahrzehnte zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und zum Abbau des Sozialstaats, häufig auch »Reformen« genannt, abgelenkt.

”

HERAUSGEBERIN

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**



zersetzter. 6/14